PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage 50 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 10. Juni, fertiggestellt.

12. Juni 1975 Jg. 3 Nr. 23 50 Pfennig

Kalletaler Arbeiter beschließen:

Hungerstreik gegen Entlassungen

Kalletal/Kreis Lippe. Einstimmig hat am Donnerstag letzter Woche die Belegschaft von Demag/Stübbe den Hungerstreik beschlossen, als letztes Kampfmittel gegen die Schließung des Werkes. In Gruppen wollen die 588 Beschäftigten nach Düsseldorf vor die Villa des Demag-Aufsichtsrats- und Mannesmann-Vorstandsvorsitzenden Dr. Egon Overbeck fahren und dort in Hungerstreik treten.

Seit Anfang des Jahres, als die Stillegungspläne bekannt wurden, führen die Kollegen von Kalletal ihren Kampf mit Warnstreiks und Demonstrationen. Versprechen wurden ihnen haufenweise gemacht, die sich allesamt nach einiger Zeit als leer erwiesen. Verkaufsverhandlungen mit dem vormaligen Besitzer Stübbe scheiterten, weil die Demag/Mannesmann-Kapitalisten nur zum Schein auf die Verhandlungen eingingen und offensichtlich nicht verkaufen wollen, weil sie rationalisieren wollen und keine Konkurrenz haben wollen.

Für die Kalletaler bedeutet die Werkschließung, daß jeder Vierte dort arbeitslos würde und keine Aussicht auf Beschäftigung bestünde.

Auf die Ankündigung des Hungerstreiks erklärte Dr. Overbeck: Er werde sich nicht erpressen lassen. "Ich würde den Hungerstreik als Pression empfinden. Er würde meinen Entscheid nicht um einen Gran ändern. Das einzige, was ich im Leben immer wieder gelernt habe, ist, daß man sich einer Erpressung nicht beugen darf." (nach Frankfurter Rundschau vom 10.6.) Dieser Oberaufseher des achtgrößten Industriekonzerns, verantwortlich für die Ausbeutung von 91 000 Lohnabhängigen des Mannesmann-Kapitals, der mit einem Federstrich über 500 Arbeiter auf die Straße setzen will, leistet es sich, von Erpressung zu reden, wenn über 500 Arbeiter um ihre Existenz kämpfen. Mit diesem Wort appelliert er auch schon an die kapitalistische Staatsmacht, die diese Verhältnisse garantiert, in denen Arbeiter jahrelang ausgepreßt werden, um dann auf die Straße geworfen zu werden.

Außerdem sei er als Aufsichtsratsvorsitzender der Demag gar nicht zuständig, sondern die Geschäftsführung der Demag. Die Demag aber gehört zu 90 % dem Mannesmann-Konzern, dessen Vorstandsvorsitzender Overbeck ist.

Der Mannesmann-Konzern ist im übrigen ein mitbestimmter Betrieb, in dessen Aufsichtsrat der IG Metall-Vorsitzende Loderer stellvertretender Vorsitzender ist. Er rühmt sich, für einen Sozialplan eingetreten zu sein, der bisher allerdings nicht vorliegt. 200 Arbeitsplätze sind bisher angeboten worden in weit entfernten Betrieben und im Durchschnitt zu einem Stundenlohn von 1,50 DM weniger. Von der Mitbestimmung bleibt nichts als die Mitbestimmung der Stillegung.

Verhindert werden kann die Stillegung nur, wenn die gewerkschaftliche Kraft der Belegschaft des Demag/-Mannesmann-Konzern insgesamt in den Kampf geführt wird. Darum kann sich die Gewerkschaftsführung grad durch ihre Mitbestimmungstätigkeit herumdrücken, so daß der Demag/-Stübbe-Belegschaft nur der Protest des Hungerstreiks bleibt. Dieser Protest ist deshalb zugleich ein Aufruf an die Kampfsolidarität der Gewerkschaften.

Willkommen Genosse Sithole!



Präsident Sithole (vierter v. links) mit weiteren Mitgliedern der ZANU bei der Ankunft auf dem Flughafen. Zur Begrüßung war eine Delegation des KBW unter Leitung des Sekretärs, J. Schmierer (zweiter v. links), erschienen.

Vom 10. bis 14. Juni hält sich Genosse Ndabaningi Sithole, Mitglied des Exekutivrates des African National Council (ANC) und Präsident der Zimbabwe African National Union (ZANU) in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin auf. Auf Einladung des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) wird er eine Rundreise durchführen und in Heidelberg, München, Westberlin und Köln auf Veranstaltungen sprechen.

Das Volk von Zimbabwe steht an einer entscheidenden Front gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus. Seit Jahren führt das Volk von Zimbabwe den bewaffneten Kampf gegen das rhodesische Kolonialistenregime. Dabei hat es unter der Führung der ZANU große Erfolge errungen. Nach dem Sturz des portugiesischen Kolonialismus in Guinea-Bissau, Mozambique und Angola haben diese Erfolge im bewaffneten Kampf das Smith-Regime zu einer Änderung seiner Taktik gezwungen. Auf einmal war von "Entspannung" die Rede. Dadurch sollte Zeit gewonnen werden, um das Volk von Zimbabwe zu spalten und die Fortsetzung des erfolgreichen bewaffneten Kampfes zu verhindern.

Diesem Zweck dienen die Verhandlungsvorschläge von Smith. Smith will ohne Bedingungen verhandeln, während es für das Volk von Zimbabwe Verhandlungen nur unter einer Bedingung geben kann: daß sie der sofortigen Errichtung einer Mehrheitsregierung dienen.

Auf die neue Lage haben die politischen Organisationen des Volkes von Zimbabwe mit dem Zusammenschluß im ANC geantwortet. Das Verdienst der ZANU und des Präsidenten Sithole ist es, daß dieser Zusammenschluß auf Grundlage der Mehrheitsregierung und des bewaffneten Kampfes als unvermeidlichem Mittel für die Erreichung dieses Ziels zustande gekommen ist. Damit sind trotz aller Spaltungsversuche von Seiten der Kolonialisten gute Voraussetzungen für das Volk von Zimbabwe geschaffen, um die Manöver des Smith-Regimes zu zerschlagen und in einem langandauernden politischen und militärischen Kampf das Land von der Herrschaft der Kolonialisten zu befreien. Die Losung der ZANU dabei ist: "Laßt uns Zimbabwe befreien und wiederaufbauen".

Wie sehr die Kolonialisten die ZANU wegen ihrer konsequenten Haltung hassen und fürchten, haben sie immer wieder gezeigt: Hatten sie den Präsidenten Sithole elf Jahre lang in Haft gehalten, so nahmen sie ihn nach einer kurzen Zeit der Freiheit erneut fest. Nur dem Druck des Volkes von Zimbabwe und der afrikanischen Völker ist es zu verdanken, daß Smith den Präsidenten Sithole im April zum Kongreß der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) ausreisen lassen mußte. Seitdem befindet sich Präsident Sithole im Ausland, um von da aus dem Kampf des Volkes von Zimbabwe zu dienen.

Den Sekretär der ZANU, den Genossen Herbert Chitepo, haben die Kolonialisten ermorden lassen. Zahlreiche Kämpfer der ZANLA, der Streitkräfte der ZANU, mußten im Kampf gegen die Armee des rhodesischen Kolonialistenregimes und die verbündeten Spezialeinheiten der Südafrikanischen Republik ihr Leben lassen. Längst hat sich jedoch gezeigt, daß noch so große Verbrechen der Unterdrücker ein Volk nicht niederhalten können, das sich entschlossen hat, für seine Freiheit zu kämpfen.

Die BRD-Imperialisten unterstützen das rhodesische Kolonialistenregime. Sie investieren in Rhodesien und sind führend beteiligt an der Umgehung der Boykottmaßnahmen, mit der die UNO das Smith-Regime belegt hat. Die BRD-Imperialisten tun dies gegen den Willen der Arbeiterklasse und des Volkes. Den meisten ist der Rassismus und Kolonialismus zutiefst zuwider. Von der Sympathie für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe haben bereits viele den Schritt zur aktiven Unterstützung dieses Kampfes gemacht. Dies hat sich im letzten Jahr gezeigt, als auf Initiative des KBW innerhalb kurzer Zeit die Mittel für sieben Landrover gesammelt worden sind. Seitdem wird diese aktive Unterstützung in verschiedenen Formen fortgeführt.

Der Stärkung dieser Solidarität soll auch die Rundreise des Genossen Sithole dienen.

Wir grüßen den Genossen Sithole und seine Begleitung in der BRD und in Westberlin.

Es lebe der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!

Es lebe die Freundschaft der Völker!

Mannheim, den 9. Juni 1975

Zentrales Komitee
des Kommunistischen
Bundes Westdeutschland
gez. Joscha Schmierer
(Sekretär)

Zugunglück fahrplanmäßig

Auf der eingleisigen Strecke zwischen Warngau und Schaftlach im Süden von München sind zwei Züge zusammengestoßen. Es gab 38 Tote und über 100 Verletzte. Das Unglück geschah fahrplanmäßig.

Nach dem neuen Sommerfahrplan müssen die beiden Züge, wenn sie genau nach Fahrplan fahren, unweigerlich etwa auf der halben Strecke zwischen den beiden Stationen frontal aufeinanderrasen. Wer hier einen schweren Fehler der Bundesbahndirektion vermuten sollte, wurde vom 1. Präsidenten der Deutschen Bundesbahn, Wolfgang Vaerst, vom Präsidenten der Bundesbahndirektion München, Hugo Bachmann, und vom Abteilungspräsidenten, August Groll, eines Besseren belehrt.

Auf einer Pressekonferenz, einen Tag nach dem Unglück, erklärten sie den Journalisten das Sicherheitssystem der Bundesbahn.

Ihre erste Aufklärung lautete dahin, daß Fahrpläne überhaupt nicht dazu da seien, um danach zu fahren: *"Das Kursbuch ist für uns lediglich ein Leistungsangebot für den Kunden, keineswegs eine betriebliche Grundlage. Das Kursbuch gibt eine Orientierung, ist aber für die Durchführung des Zugverkehrs, soweit es die be-*

Fortsetzung Seite 2

Haftantritt angeordnet

Erklärung des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zur Anordnung des Haftantritts für fünf der Angeklagten im Cabora Bassa/MacNamara-Prozeß

Nach fast fünfjähriger Verfolgung durch die bürgerlichen Gerichte ist jetzt durch die Staatsanwaltschaft Heidelberg für fünf der Angeklagten im **Cabora Bassa / Mac Namara - Prozeß** der "sofortige" Haftantritt angeordnet worden. Auf Einspruch wurde der Hafttermin inzwischen auf den 23.6.75 festgelegt. Bei den fünf Angeklagten handelt es sich um **Joscha Schmierer** (Sekretär des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland), 8 Monate, **Burkart Braunbehrens** (Mitglied des Zentralen Komitees, leitender Redakteur der Kommunistischen Volkszeitung), 8 Monate, **Jochen Noth** (Mitglied des Zentralen Komitees, Sekretär der Ortsleitung Heidelberg), 8 Monate, **Dietrich Hildebrandt** (Redakteur der Zeitschrift "Kommunismus und Klassenkampf"), 12 Monate und **Uwe Kräuter**, 8 Monate.

Die Bundesregierung und die bürgerliche Justiz behaupten stets, in der Bundesrepublik gäbe es keine politischen Gefangenen. Das ist eine glatte Lüge. Bereits Dutzende von Revolutionären und Kommunisten werden von der westdeutschen Bourgeoisie in den Gefängnissen gehalten und fast täglich werden neue Urteile gefällt, die Revolutionäre hinter Gitter bringen sollen.

Gut möglich ist, daß die bürgerliche Justiz durch Einleitung irgendwelcher neuen, an den Haaren herbeigezogenen Verfahren versuchen wird, die Verurteilten im Cabora Bassa/Mac Namara-Prozeß auf Dauer hinter Gitter zu halten. Dessen sind wir uns vollständig bewußt. Wir gehen aber davon aus: ob dies der Bourgeoisie gelingt oder nicht, wird von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse abhängen, von der Entwicklung der Kräfte der Reaktion auf der einen Seite und der Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes auf der anderen Seite. Wir sind sicher, daß sich die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes weiter entwickeln. Dazu wird der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) beitragen.

Betrachtet man die Funktionen der Angeklagten und berücksichtigt man die Tatsache, daß der Bundesgerichtshof die Aufhebung der Bewährung erst nach Gründung des KBW einlei-

Fortsetzung Seite 2 oben

Haftantritt ... Fortsetzung

tete, dann ist klar, daß es der bürgerlichen Justiz hier um mehr geht als um die Verfolgung einzelner Revolutionäre. Sie ist hier auf Weisung der Staatsschutzorgane und des Innenministers tätig, die den Kommunistischen Bund Westdeutschland treffen wollen als Organisation, die erfolgreich am Wiederaufbau der kommunistischen Partei arbeitet. Das zeigte sich auch am ganzen Verlauf des Verfahrens: von der Ablehnung einzelner Richter durch die Justiz wegen Befangenheit, weil sie keinen juristischen Grund für die Aufhebung der Bewährung sahen, bis zur Verwendung von amnestierten und niemals rechtskräftigen Verfahren als Begründung für die Aufhebung der Bewährung. Bei der ganzen Angelegenheit handelt es sich um nichts anderes als die Inszenierung einer Justizfarce zum Zwecke der politischen Verfolgung einer kommunistischen Organisation.

Die Verurteilten haben 1970 in Heidelberg zusammen mit 2 000 Demonstranten gegen den portugiesischen Kolonialismus und die US-Aggression auf das vietnamesische Volk protestiert. Der Anlaß dieser Demonstration war eine Konferenz von notorischen Handlangern des Imperialismus, darunter der Kriegsverbrecher MacNamara. Auf dieser Konferenz sollte unter anderem beraten werden, wie man mit Hilfe sogenannter Entwicklungsprojekte wie dem Cabora Bassa Staudamm die Herrschaft des portugiesischen Kolonialismus aufrechterhalten könnte. Dafür sollten Hunderttausende von Schwarzen aus ihrer Heimat vertrieben und an ihrer Stelle weiße Kolonialisten angesiedelt werden.

Die Herrschaft des portugiesischen Kolonialismus in Afrika ist inzwischen gestürzt. Am 25. Juni wird in Mocambique die Frelimo die alleinige Macht übernehmen. Die US-Aggression in Vietnam, Kambodscha und Laos hat mit der verdienten Niederlage des US-Imperialismus und der Befreiung der Völker Indochinas geendet. Dies zeigt die Stärke der gerechten Sache. Dies zeigt, daß die ungerechte Sache unterliegen muß, selbst wenn sie noch so starke Hilfsmittel zu ihrer Verfügung hat.

Es ist eine allgemeine historische Erfahrung: Wo es Unterdrückung gibt, da gibt es Widerstand. So werden auch die Urteile gegen die fünf Angeklagten im Cabora Bassa / MacNamara Prozeß und die Gefängnisstrafe gegen leitende Funktionäre des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) nicht zu einer Schwächung des Kampfes gegen die herrschende Klasse führen. Sie werden die Entschlossenheit stärken, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Dies gilt für die Häftlinge, dies gilt für den KBW und dies gilt für alle Kräfte, die den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung führen.

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Mannheim, den 7. Juni 1975 i.A.
Joscha Schmierer
(Sekretär des ZK)


Jochen Noth


Joscha Schmierer


Dietrich Hildebrandt


Burkhart Braunbehrens

US-Imperialismus greift nach den Azoren

Terroristen haben in den vergangenen Tagen zeitweise den internationalen Flughafen auf der Azoreninsel Santa Maria blockiert und einen lokalen Rundfunksender besetzt. Durchgeführt wurde der Anschlag von Mitgliedern der "Bewegung für die Selbstbestimmung des azorischen Volkes" (MAPA). Ebenso wie in der "Befreiungsfront der Azoren" (FLA) ist in der MAPA der Einfluß von Portugiesen stark, die in die USA ausgewandert sind.

Die Azoren werden nur von Portugiesen bewohnt, waren nie Kolonie, sondern gehörten immer zum Mutterland. Nordamerikanische Zeitungen haben eine Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegungen durch amerikanische Organisationen angedeutet. Die Azoren sind strategisch außerordentlich wichtig. Die USA unterhalten auf den Azoren große Luftwaffenstützpunkte (Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung vom 9. Juni).

Entscheidung des Revolutionsrates im Streit um die "Republica"

Die vor zwei Wochen vom portugiesischen Revolutionsrat geschlossene Zeitung "Republica" darf wieder erscheinen. Der Revolutionsrat der Bewegung der Streitkräfte (MFA) hat entschieden, die Forderung der Druckereiarbeiter nach Absetzung des Chefredakteurs Rego von der Sozialistischen Partei abzulehnen. Gleichzeitig wird den Zeitungseigentümern verboten, Arbeiter zu entlassen, ausdrücklich auch die nicht, welche den Chefredakteur eingeschlossen hatten. Weiter empfiehlt der Revolutionsrat der Regierung, das "überholte" Pressegesetz zu revidieren, damit Drucker und Setzer Einfluß auf die politische Linie der Zeitung nehmen können.

setzung des Chefredakteurs Rego von der Sozialistischen Partei abzulehnen. Gleichzeitig wird den Zeitungseigentümern verboten, Arbeiter zu entlassen, ausdrücklich auch die nicht, welche den Chefredakteur eingeschlossen hatten. Weiter empfiehlt der Revolutionsrat der Regierung, das "überholte" Pressegesetz zu revidieren, damit Drucker und Setzer Einfluß auf die politische Linie der Zeitung nehmen können.

Bundesregierung beschließt neue Sondergesetze

Mitte letzter Woche hat das Bundeskabinett neue Gesetzesänderungen beschlossen, damit der Staat künftig noch härter gegen seine Gegner vorgehen kann.

In letzter Zeit gehen die bürgerlichen Gerichte immer schärfer und mit Terrorurteilen gegen jeden vor,

Wie mit jenen umgesprungen werden soll, die der Mitgliedschaft oder des Sympathisantentums einer "terroristischen Vereinigung" verdächtig sind, zeigen die restlichen vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzesänderungen, die sich ausschließlich auf Mitglieder "terroristischer Vereinigungen" beziehen

Der Schriftverkehr mit seinen Verteidigern soll grundsätzlich von einem Richter eingesehen werden, die mündlichen Gespräche mit seinem Verteidiger können überwacht werden.

Geregelt wird in dieser Vorlage auch, was im Stammheimer Prozeß bereits praktiziert wird. Ein Vertei

Damit wird nicht nur das Spitzel- und Denunziantentum zur Pflicht, sondern jeder, der einen "Angeklagten" besucht, läuft Gefahr, als Sympathisant verdächtig, gleich in Untersuchungshaft behalten zu werden.

Die vorgeschlagenen Gesetzesänder-

Bundesregierung beschließt neue Sondergesetze

Mitte letzter Woche hat das Bundeskabinett neue Gesetzesänderungen beschlossen, damit der Staat künftig noch härter gegen seine Gegner vorgehen kann.

In letzter Zeit gehen die bürgerlichen Gerichte immer schärfer und mit Terrorurteilen gegen jeden vor, der sich auflehnt gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung, gegen die bürgerliche Ideologie, mit der diese Ordnung verteidigt wird, und gegen den bürgerlichen Staat, der sie schützt.

Wie mit jenen umgesprungen werden soll, die der Mitgliedschaft oder des Sympathisantentums einer "terroristischen Vereinigung" verdächtig sind, zeigen die restlichen vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzesänderungen, die sich ausschließlich auf Mitglieder "terroristischer Vereinigungen" beziehen.

Wer im Verdacht der Mitgliedschaft oder des Sympathisantentums steht, kann jederzeit in Haft genommen werden, für ihn gelten die Einschränkungen, die ansonsten für die Untersuchungshaft gelten, nicht. Es genügt der Verdacht als Haftgrund, auch "wenn sich die Haftgründe der Fluchtgefahr oder Verdunklungsgefahr nicht in dem erforderlichen Maße dartun lassen" (aus der Gesetzesbegründung).

Einmal in Untersuchungshaft, sollen dem Verdächtigen jegliche Rechte der Verteidigung genommen werden, daß er ohne viel Aufhebens abgeurteilt werden kann.

Fünfzehn Jahre Gefängnis erhielt R. Augustin wegen Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" und versuchten Totschlag, fünfzehn Jahre erhielt ebenfalls L. Gent wegen eines ähnlichen Delikts. Der Türke Baha Targün erhielt wegen versuchter Erpressung sechs Jahre; einziger Belastungszeuge war ein türkischer Kapitalist.

Die meisten dieser Prozesse gingen nicht, wie der Staat es sich wünscht, lautlos über die Bühne, sondern verwandelten sich teilweise in Tribunale der Anklage gegen den bürgerlichen Staat, zeigten, wie die bürgerliche Justiz ihr Recht dreht und wendet, bis es für die gewünschte Verurteilung reicht.

Die vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzesänderungen sollen die Justiz jetzt besser in die Lage versetzen, mit denen, die zu Gegnern des bürgerlichen Staates werden, nach Belieben umspringen zu können.

Dazu soll das Strafgesetzbuch durch einen neuen § 219 a ergänzt werden, der einen neuen Tatbestand: die "terroristische Vereinigung", enthält. Wozu dies dienen soll, erfährt man aus der Begründung zum Gesetz: "Die Aktivitäten der anarchistischen Terroristen bilden nach wie vor eine schwerwiegende Herausforderung unseres demokratischen Rechtsstaates."

Es soll mit diesem Paragrafen jede Vereinigung von Menschen verfolgt und unterdrückt werden können, die sich mit dem Mittel der Gewalt gegen die herrschenden Verhältnisse richtet oder auch nur beabsichtigt, dies zu tun.

Wer darunter alles fallen kann, zeigt sich im Unbehagen des SPD-Abgeordneten Sperling über diesen Gesetzesentwurf, der befürchtet, "daß demnächst auch Demonstranten, die gegen Tariferhöhungen im Nahverkehr protestieren, als Terroristen verfolgt werden könnten" (Der Spiegel vom 9. Juni).

Der Schriftverkehr mit seinen Verteidigern soll grundsätzlich von einem Richter eingesehen werden, die mündlichen Gespräche mit seinem Verteidiger können überwacht werden.

Geregelt wird in dieser Vorlage auch, was im Stammheimer Prozeß bereits praktiziert wird. Ein Verteidiger, der auf Verdacht von der Vertretung eines "Angeklagten" ausgeschlossen ist, kann auch die anderen "Angeklagten" im selben Verfahren nicht verteidigen. Darüberhinaus ist er von der Verteidigung aller ausgeschlossen, die sich zum Zeitpunkt seines Ausschlusses aus dem Verfahren aufgrund des neuen Paragrafen "terroristische Vereinigung" bereits in Untersuchungshaft befinden.

Sollte sich nach all diesen Gesetzesänderungen noch ein Anwalt finden, der Mitglieder einer "terroristischen Vereinigung" freiwillig verteidigen will und der die Verteidigung am Interesse der Angeklagten ausrichtet, so kann dies durch eine vom Bundeskabinett beschlossene Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung weiter eingeschränkt werden. Diese sieht vor, daß Verteidiger bis zu fünf Jahre von der Vertretung auf bestimmten Rechtsgebieten ausgeschlossen werden können.

Wer der Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" verdächtig ist, wird so schließlich ohne Verteidiger, nur mit einem staatlichen Zwangsanwalt versehen vor Gericht gestellt werden.

Daß er hier von Anfang an als Schuldiger behandelt wird, sieht man an dem Verteidigerausschluß. Denn dieser gilt auch dann, wenn der "Angeklagte" später freigesprochen wird, er also auch über seinen Verteidiger keine "terroristischen Handlungen" vorbereitet haben kann.

Völlig entrechtet vor den Schranken des Gerichts, erleichtern es weitere Gesetzesänderungen, die das Kabinett beschlossen hat, der Justiz, den Angeklagten bis zu 10 Jahre ins Gefängnis zu bringen, wo er der Rädelsführerschaft, und bis zu fünf Jahren, wo er der Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" überführt wird.

Dazu ist speziell für diese Verfahren vorgesehen, daß Beschuldigte straffrei ausgehen können, wenn sie einen der anderen "Angeklagten" hinreichend belasten. Am Beispiel des Zeugen Ruhland in verschiedenen RAF-Prozessen konnte man studieren, auf was die Justiz hier setzt: daß es ihr gelingt, einen der Beschuldigten so gefügig zu machen, daß er zu jeder Aussage bereit ist.

Gegen das "Sympathisantentum" und um die vollständige Isolierung der Angeklagten von der Außenwelt zu erreichen, sieht eine weitere Gesetzesänderung vor, daß jedermann der Polizei Meldung erstatten muß, wo immer er Aktivitäten einer "terroristischen Vereinigung" zu erkennen glaubt.

Damit wird nicht nur das Spitzel- und Denunziantentum zur Pflicht, sondern jeder, der einen "Angeklagten" besucht, läuft Gefahr, als Sympathisant verdächtig, gleich in Untersuchungshaft behalten zu werden.

Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen machen deutlich, wie sich der Staat die gesetzlichen Mittel verschaffen will, um jeglichen Gegner mit äußerster Härte schlagen zu können. Er nimmt ihnen Schritt für Schritt alle Rechte und setzt die bürgerliche Rechtsordnung für sie außer Kraft.

Neu ist dies nicht. Ausdrücklich sieht das Grundgesetz mit dem Parteienverbotsartikel vor, daß so mit jeder Partei verfahren werden soll, die sich nicht zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung bekennt. Noch jedes Recht, das den Massen im Grundgesetz gewährt wurde, sieht vor, daß man es verwirken kann, daß es davon Ausnahmen gibt.

Angewandt wurde dies bereits anläßlich des Verbotes der KPD, ihrer Auflösung und der Verfolgung ihrer Mitglieder. Alle Rechte wurden ihr und ihren Mitgliedern entzogen, weil sie als Gegner dieser Ausbeuterordnung auftraten. Bis zur Sippenhaft wurde dies fortgesetzt, indem die Angehörigen der Mitglieder der KPD, soweit selbst nicht Mitglieder, als Sympathisanten behandelt und verfolgt wurden.

Mit den neuen Gesetzesänderungen will die Justiz ihre Unterdrückungsinstrumente schärfen. Da als Vereinigung jede Zusammenrottung von Menschen gilt, die ein gemeinsames Ziel haben, sollen die neuen Gesetzesänderungen als Damoklesschwert über jedem schweben, der seine Angelegenheiten in die eigene Hand nimmt. Der sie gemeinsam mit anderen verfolgt, sich dazu mit ihnen zusammenschließt und sich auch nicht von der Gewalt des Staatsapparates davon abhalten läßt.

Man kann daran studieren, worin das Programm der "wehrhaften Demokratie" besteht: darin, daß all jenen, die als Gegner dieser Ausbeuterordnung auftreten, Recht um Recht entzogen wird.

Stets waren es in der Geschichte die Arbeiterbewegung und ihre politischen Organisationen, die vor allem dadurch getroffen werden sollten. Denn die Arbeiterklasse ist der entschiedenste Gegner dieser Ausbeuterordnung, und allein sie kann gemeinsam mit dem Volk den Sozialismus und die klassenlose Gesellschaft errichten.

Während es für den bürgerlichen Staat Sicherheit bloß geben kann, wenn er jede selbständige Regung der Massen durch die Beschneidung von Rechten zu unterdrücken versucht, wird es für den proletarischen Staat Sicherheit nur geben können, wo er den Massen alle Rechte zugesteht, die diese brauchen, um als selbständige und politisch geeinte Kraft den Sozialismus aufzubauen.

Zugunglück fahrplanmäßig
Fortsetzung von Seite 1

triebliche Seite betrifft, keine maßgebliche Grundlage."

Auf Nachfrage der Journalisten stellte sich dann heraus, daß die "*maßgeblichen betrieblichen Grundlagen*" dieselben Angaben enthalten wie das Kursbuch.

Und "*aus einem handgezeichneten Fahrplan der Bundesbahndirektion läßt sich ablesen, daß sich die beiden Züge nicht im Bahnhof Warngau treffen, sondern auf freier Strecke zwischen den beiden Bahnhöfen. Der Plan gehört zu den Betriebsunterlagen des Fahrdienstleiters*" (Süddeutsche Zeitung, 10.6.).

Als auch das ans Licht gezerrt war, gaben die Herren von der Bundesbahnleitung weitere Auskunft: Nicht nur sind die Fahrpläne nicht dazu da, um danach zu fahren. Auch die "betrieblichen Grundlagen" sind keineswegs grundlegend für den Fahrbetrieb. Wirklich grundlegend sind die Sicherheitsbestimmungen und die besagen, daß jeder Fahrdienstleiter, bevor er einen Zug losschickt, ihn am nächsten Bahnhof telefonisch anmelden muß.

Diese Sicherheitsbestimmungen verhindern zwar bei einem überlasteten und unter ständigem Rationalisierungsdruck stehenden Personal nicht unbedingt schwere Unfälle. Aber sie sind todsicher für die Herren aus den Direktionsetagen. Bei jedem Unfall ist plötzlich die Flut der von ihnen in die Welt gesetzten Pläne und Betriebsvorschriften nicht mehr grundlegend, sondern die Verantwortung bleibt an den Fahrdienstleitern hängen, kleinen Beamten, die schlecht bezahlt werden.

In der Woche vor dem schweren Unglück hat der Präsident der Bundesbahn Vaerst angekündigt, daß die Bundesbahn in den nächsten 10 Jahren gut ein Viertel ihres jetzigen Personals von 430 000 Lohnabhängigen "abbauen" werde. 120 000 sollen bis dahin entlassen sein. Der Druck auf die Verbliebenen wird weiter verschärft werden. Für die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten gibt es in dieser Gesellschaft kein todsicheres Sicherheitssystem.

–W.M.–

"Preis des DGB"

Auf der Trabrennbahn Dinslaken wurde am 5. April der "Preis des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)" gelaufen. Er betrug 25 000 DM, die aus den Beiträgen der Mitglieder in die Tasche des siegreichen Rennstallbesitzers wanderten, zur Unterhaltung der feineren Gesellschaft, die die Rennplätze bevölkert.

Ermordung ausländischer Regierungschefs durch den CIA: "Unerhebliche Übergriffe"

Die von US-Vizepräsident geleitete CIA-Kommission hat einen Bericht über die Tätigkeit dieser Geheimdienstorganisation erarbeitet, den US-Präsident Ford trotz gegenteiliger Zusagen bisher nicht zur Veröffentlichung freigegeben hat. Kommissionsvorsitzender Rockefeller sprach nur von "unerheblichen Übergriffen" des CIA, die man festgestellt habe. Der Leiter einer Untersuchungskommission des amerikanischen Senats zum gleichen Gegenstand, Senator Church, antwortete, für ihn seien Mordpläne nicht "unerheblich". Weiter erklärte er: "In gewissen Fällen waren es nicht nur einfache Pläne, sondern wurden tatsächlich Bemühungen unternommen." Genannt wurden als Opfer des CIA der südvietnamesische Marionettenpräsident Diem, Rafael Trujillo, Militärmachthaber in der Dominikanischen Republik von Gnaden der USA, und Patrice Lumumba, der erste Regierungschef des unabhängigen Kongo (Süddeutsche Zeitung vom 9. Juni).

MPLA-Delegation in der Volksrepublik China

Eine Delegation der angolanischen ꓔ Befreiungsorganisation MPLA besucht gegenwärtig China. Die Volksrepublik China unterhält ebenfalls Beziehungen zur rivalisierenden FNLA. Sie vertritt den Standpunkt, daß das Volk von Angola gegen Kolonialismus und Neokolonialismus sich zusammenschließen und sich gegen die vom Imperialismus ausgehenden Spaltungsversuche zur Wehr setzen muß.

BRD-Imperialismus will in der Krise nach vorn durch Angriff auf die Lebensbedingungen der Massen

Nach dem Nullwachstum spricht die Bundesregierung jetzt vom "Wachstum minus Null", um die gegenwärtige Krisenlage mit diesem Wortbrei zu verkleistern. Die jüngsten statistischen Daten zeigen: Die Produktion schrumpft weiter, im März/April gegenüber den Vormonaten um 1,5 %, gegenüber dem Vorjahresstand um 9 %. Die Auslastung der Produktionsanlagen liegt nur bei 70 %.

Wachstum gibt es dagegen bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg im letzten Monat nochmals um 22 000 auf 921 800 an, die Zahl der Arbeitslosen blieb über einer Million. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl um 69 300 auf 1 017 800 ist für die Jahreszeit der geringste seit über 20 Jahren und umfaßt damit nicht einmal den üblichen Abbau der Winterarbeitslosigkeit. Das bedeutet, wenn man die jahreszeitlichen Schwankungen der Beschäftigung außer Betracht läßt, ein Ansteigen der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit. Nicht mitgezählt werden in der amtlichen Zahl der Arbeitslosen die 195 489 Arbeitslosen, die an einer Fortbildung teilnehmen.

Wachstum auch beim Defizit der Bundesanstalt für Arbeit, das derzeit 4,25 Milliarden DM beträgt. Daß über die Hälfte der Gelder der Bundesanstalt für Arbeit nicht zur Unterstützung der Arbeitslosen verwandt wird, sondern zur Subventionierung der Kapitalisten, wird natürlich nicht an die große Glocke gehängt. Dagegen jammerte der Präsident der Bundesanstalt, Stingl, daß die Ausgaben zur Unterstützung der Arbeitslosen um 50 % innerhalb eines Jahres gestiegen sind. Doch diese Zahl verrät nur, daß die Höhe der Zahlungen offensichtlich verringert worden ist. Denn die Zahl der Arbeitslosen ist innerhalb dieses Jahres um mehr als das Doppelte gestiegen, die Summe der Arbeitslosengeldzahlungen jedoch nur um 50 %. Also schleichender Abbau des Arbeitslosengeldes.

Mit einem Wirtschaftsaufschwung rechnen die "Wirtschaftsexperten" der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staates nunmehr nicht so bald. Sicher sind sie sich aber schon darin, daß auch bei einem Wirtschaftsaufschwung die Arbeitslosigkeit nicht entsprechend abnehmen wird. Vielmehr "werde eine im Vergleich zu früheren Jahren hohe Arbeitslosigkeit das Bild verdunkeln", sagt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg (Frankfurter Rundschau vom 7.6.1975). Bundesfinanzminister Apel kündigte für den Fall des Aufschwungs Steuererhöhungen an, und Bundeskanzler Schmidt ergänzte diese Äußerung: Man werde die Kapitaleinkünfte nicht höher besteuern. Geplant ist vielmehr die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die den Verbrauch der Lohnabhängigen besteuert und ihre Lebenshaltungskosten verteuert. Umfangreiche Überlegungen werden von den Kapitalisten und allen bürgerlichen Parteien angestellt, wie man die Sozialausgaben senken kann, während erst vor kurzem die Sozialabgaben, sowohl für Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung erhöht worden sind. Der Kapitalistenverband BDI fordert einen "neuen Kurs in der Sozialpolitik" mit "Erweiterung der individuellen Vorsorge". Und während die Bundesregierung die Gewerkschaftsführer lobt für die Durchsetzung niedriger Tarifabschlüsse, treten die Kapitalistenverbände an die Öffentlichkeit mit Plänen zur "Verhinderung des Verteilungskampfes".

Die Kapitalistenklasse nutzt die Krise zu einem umfassenden Angriff auf die Lohnabhängigen

Faßt man die verschiedenen Meldungen zu einem Bild zusammmen, so kommen darin die Umrisse eines umfassenden Plans der Kapitalistenklasse und ihres Staates zum Ausdruck, nicht nur die Krisenfolgen auf dem Rücken der Arbeiterklasse abzuladen, sondern zugleich mit der Krise die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen umfassend und längerfristig zu drücken, um die Ausbeutung drastisch zu steigern. Die Wirkung der Krise auf die Arbeiterklasse, die Verwendung der Arbeitslosigkeit als Druckmittel zur gesteigerten Ausbeutung der Beschäftigten durch Rationalisierung und Lohnabbau, soll zum Dauerbrenner der Kapitalistenklasse gemacht werden. Zu gleicher Zeit soll die staatliche Ausplünderung durch Steuern und Sozialabgaben erhöht und die "sozialen Sicherungen" abgebaut werden, um einerseits die Staatsfinanzen zu sanieren und nach Möglichkeit noch die Lohnanteile, die die Kapitalisten direkt an die Sozialversicherung abführen (Arbeitgeberanteil), zu senken.

Sicher ist, daß die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat mit diesem Vorhaben auf den Widerstand der Lohnabhängigen stoßen. Sicher ist auch, daß die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat nicht einfach mit einem solchen Plan an die Öffentlichkeit treten, sondern versuchen werden, ihn in vielen einzelnen Vorstößen gegen die Lohnabhängigen durchzusetzen. Spätestens seit der Ölkrise im letzten Jahr ist auch ersichtlich, mit welcher politischen Stoßrichtung und Ideologie die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat auftreten und verlangen, daß "alle Opfer bringen müssen", damit "die deutsche Wirtschaft" vorn bleibt, müssen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes hinten bleiben.

Chauvinismus heißt diese Politik, d. h. der Versuch der herrschenden Kapitalistenklasse für die bessere Konkurrenzposition und die imperialistischen Interessen der Kapitalistenklasse Opfer durchzusetzen, die Volksmassen gegen andere Völker aufzuhetzen und schließlich zu Schlachtvieh zu machen.

Allgemeine Krise des Imperialismus

Die allgemeine Krise des Imperialismus wird gegenwärtig überdeutlich. Der aus dem 2. Weltkrieg als größte Weltmacht hervorgegangene US-Imperialismus hat schwere Niederlagen durch den Befreiungskampf der unterdrückten Völker einstecken müssen. Er befindet sich zugleich in heftigem Konkurrenzkampf mit der Sowjetunion, die mit dem Machtantritt der neuen Bourgeoisie sich zur zweiten imperialistischen Supermacht entwickelte und ebenfalls nach Weltherrschaft strebt. Im Windschatten des US-Imperialismus hat sich der westdeutsche Imperialismus zur stärksten imperialistischen Macht Westeuropas hochgeschoben und versucht auf dem Weltmarkt und bei der Ausplünderung anderer Völker immer größere Brocken zu ergattern. Während die Welt für die Imperialisten durch den Kampf der Völker um Freiheit und Unabhängigkeit immer enger wird, wird die Konkurrenz der Imperialisten immer heftiger. Dabei wächst die Kriegsgefahr vor allem zwischen den beiden Hauptrivalen, den Supermächten USA und Sowjetunion.

Die Exportstrategie des westdeutschen Kapitals verschärft seine Krise

Gegenwärtig wird der Konkurrenzkampf und die Rivalität zwischen den Imperialisten noch verschärft durch die schwere wirtschaftliche Krise in allen westlichen imperialistischen Ländern, aber auch in der Sowjetunion, die einerseits die unmittelbar abhängigen Länder Osteuropas immer stärker ausplündert, andererseits nach Kooperation und Kapitalhilfe in den westlichen Ländern sucht, um mit inneren Schwierigkeiten fertig zu werden.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise in allen imperialistischen Ländern verstärkt die Ungleichheit ihrer Entwicklung und Machtposition. Unter den westlichen imperialistischen Ländern steht die BRD, obwohl selbst tief in der Krise, relativ günstig da. Der westdeutsche Imperialismus hofft, aus dieser Krise mit noch größerem Vorteil herauszukommen. Die relative wirtschaftliche Stärke des westdeutschen Imperialismus beruht auf seinem Export, und darin besteht auch zugleich die Unsicherheit seiner Position. Befinden sich nämlich die meisten Länder, in die das westdeutsche Kapital Waren exportiert, in einer Wirtschaftskrise, so muß der Exportabsatz drastisch sinken. Dies ist gegenwärtig der Fall. Der Export ist real um über 10 % gesunken, die Exportaufträge sind um 15 % geringer als vor einem Jahr. Deshalb ist der westdeutsche Kapitalismus gegenwärtig in einer anderen Lage als in der Krise von 1966/67. In jener Krise konnte er relativ schnell wieder rauskommen, weil er die Exporte gewaltig ausdehnen konnte. Die Löhne wurden in der Krise gedrückt, die Exporte aus den Steuern der Lohnabhängigen subventioniert und konkurrenzgünstig abgesetzt in Länder, die nicht zur gleichen Zeit in der Wirtschaftskrise steckten. Diese Exportoffensive hat dazu geführt, daß heute jeder vierte Lohnabhängige in der BRD für den Export arbeitet und insgesamt ca. 28 % der produzierten Ware in den Export gehen.

Aufgrund der gegenwärtigen Krise in den Abnehmerländern ist der Weg für die Kapitalisten, über den Export aus der Krise zu kommen, heute nicht nur schwieriger. Vielmehr ist die Exportabhängigkeit selbst ein Faktor, der die Krise des BRD-Kapitalismus verschärft, solange die Krise in den anderen Ländern andauert. Das Mittel des Exports, mit dem die Kapitalisten 1967 aus der Krise herauskamen, ist heute ein Grund, das die Krise tiefer und langandauernder ist.

Wirtschaftskrise in allen imperialistischen Ländern – wachsender Konkurrenzkampf

Die meisten Exporte gehen in die EG-Länder, davon nach Frankreich, Holland und Italien allein 30 % des gesamten Exports. In allen drei Ländern sinkt die Produktion und steigt die Arbeitslosigkeit. Rund 8 % des Exports gehen in die USA. In den USA ist derzeit die tiefste Wirtschaftskrise seit 30 Jahren mit einer Arbeitslosenquote von offiziell 9 %, von den Gewerkschaften auf über 11 % geschätzt. Die Industrieproduktion in den USA sank zu Anfang des Jahres um 10 % gegenüber 1974 und war im Mai auf den Stand von 1971 gefallen. In einer Analyse des Handelsblattes wird gesagt: "Der zweite und schwerere Teil der Depression steht noch bevor."

Nach dem verlorenen Vietnam-Krieg wird das US-Kapital gezwungen sein, "neue Märkte ... im Exportgeschäft" zu suchen. "Der Weltmarkt ... wird die neue Strategie zu spüren bekommen: eine Mengenkonjunktur in US-Waren bei Preiskämpfen, deren Härte von Tag zu Tag zunimmt." (Handelsblatt vom 23.5.1975)

Einen beträchtlichen Zuwachs hat der Export in die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten des RGW genommen. Insgesamt hat dieser Export die Größe des Exports in die USA erreicht. Hier aber ist ein Ende abzusehen, weil die Verschuldung der Sowjetunion und der RGW-Staaten eine Höhe erreicht hat, die weitere Exportausdehnung unmöglich macht.

Daß der Export der BRD-Kapitalisten nicht insgesamt noch viel mehr abgerutscht ist, liegt allein an den großen Exportsteigerungen in die ölproduzierenden Staaten des Nahen Ostens.

Kapitalexport und Warenexport

Seit der Krise 1966/67 hat der BRD-Imperialismus nicht nur den Warenexport sondern auch den Kapitalexport gewaltig ausgedehnt. Schon 1970 formulierten die Wirtschaftsinstitute der Kapitalistenklasse die Strategie, durch Kapitalexport die Stellung des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt auszubauen und abzusichern. Der Kapitalexport gibt nicht nur die Möglichkeit, die billigere Arbeitskraft anderer Völker auszubeuten, er wirkt auch zurück auf die Ausbeutungsbedingungen in Westdeutschland. Indem Profite, die die westdeutsche Arbeiterklasse produziert hat, zunehmend im Ausland angelegt werden, wird zugleich die Nachfrage nach Arbeitskraft in der BRD vermindert und werden die Grundlagen geschaffen, um eine langfristig dauernde industrielle Reservearmee zu schaffen: Arbeitslosigkeit, die den Kapitalisten Lohnabbau und steigende Ausbeutung der Beschäftigten erleichtern soll. Auf diese Weise soll zugleich die Konkurrenzfähigkeit im Export durch niedrige Löhne und relativ geringe Inflation erhöht werden.

Stärkung des BRD-Imperialismus nur durch Angriff auf die arbeitenden Massen

Es ist offensichtlich, daß das BRD-Kapital aus der Krise rauswill durch Stärkung innerer Positionen nach außen, Warenexport – Kapitalexport, Aufrüstung und Stärkung seiner politischen und militärischen

Fortsetzung Seite 4 oben

Die BR Deutschland ist größter Exporteur für: Weltmarktanteile 1973 in %

Holzbearbeitungsmasch 54 · Prufmaschinen 60 · Druckereimaschinen 46 · Maschinen f.d Nahrungsmittelindustrie 39 · Textilmaschinen 36 · Präzisionswerkzeuge 29 · Armaturen 26 · Baustoffmaschinen 25 · Landmaschinen 23 · Apparatebau 18 · Fördertechnik 23 · Flüssigkeitspumpen 26 · Wälzlager 27 · Getriebe 36 · Werkzeugmaschinen 39 · Gummi-u Kunststoffmasch. 41

BRD-Weltmarktstellung im Maschinenbau

1671

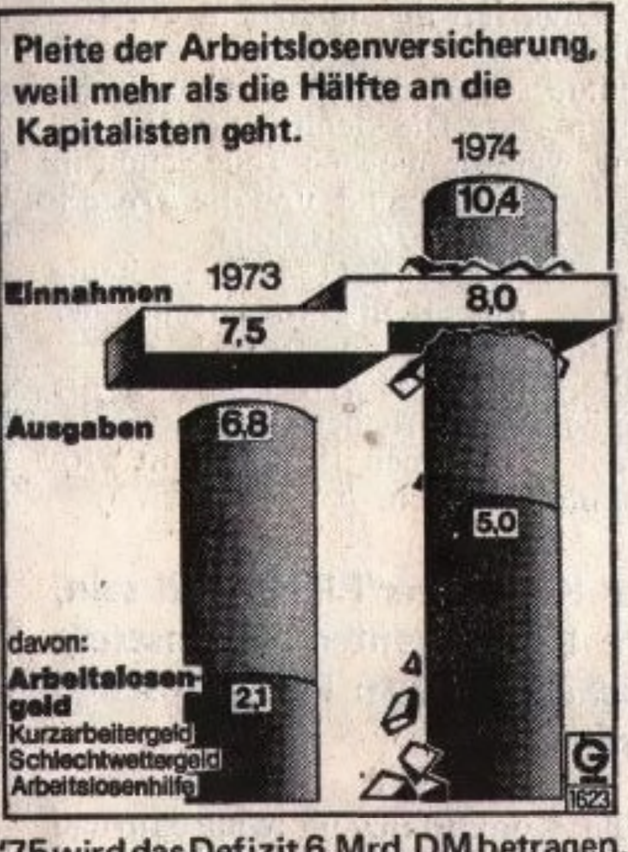
Beim Maschinenexport hat das BRD-Kapital sogar die stärkste Stellung auf dem Weltmarkt noch vor den USA. Doch die Weltmarktstellung des BRD-Imperialismus hat die Krise nur vertieft. Die Arbeitslosigkeit wird hoch bleiben.

Warum die Kassen der Arbeitslosenversicherung leer sind

Bei über einer Million Arbeitslosen und fast einer Million Kurzarbeitern sind die Kassen der Arbeitslosenversicherung leer. Die Reserven sind aufgebraucht und die Einnahmen lagen schon für 1974 um 2,3 Milliarden Milliarden niedriger als die Ausgaben.

Wie der "Spiegel" vom 9. Juni berichtet, muß der Bund aller Voraussicht nach über sechs Milliarden für 1975 außerplanmäßig zuschießen.

Jetzt wird von den bürgerlichen Politikern an allen Ecken ins Gespräch gebracht, daß es wohl ohne Beitragserhöhungen und ohne Abstriche bei den Leistungen nicht abgehen wird. Dabei wird die Sache so hingestellt, als handle es sich bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung um staatliche "Wohltaten". Ins Feld gezogen wird gegen eine angeblich vorhandene Mentalität, vom Staat immer mehr solcher "Wohltaten" zu fordern und zu nehmen, so als seien die Lohnabhängigen auf nichts anderes aus, als dem Staat möglichst oft auf der Tasche zu liegen. Gemessen an den Tatsachen ist diese Propaganda ausgesprochen dreist und unverschämt.



'75 wird das Defizit 6 Mrd. DM betragen.

Erstens handelt es sich bei dem Geld, das die Lohnabhängigen von der Arbeitslosenversicherung erhalten, um nichts anderes als um einen Teil ihrer eigenen Rücklagen, also um einen Teil ihres Lohnes, der seit Jahrzehnten an die Versicherungskassen abgeführt worden ist. Und zwar zu dem einzigen Zweck, im Fall der Arbeitslosigkeit, den die kapitalistische Profitwirtschaft unausweichlich immer wieder produziert, nicht am Hungertuch nagen zu müssen. Dabei kann von "Wohltaten" bei den jetzt ausgezahlten Geldern sowieso keine Rede sein: im Schnitt sind sie gerade zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig.

Zweitens waren es nicht große Ansprüche auf "Wohltaten", sondern die Massenarbeitslosigkeit als Folge der kapitalistischen Krise, die die Kasse der Arbeitslosenversicherung angegriffen hat.

Drittens sind die Kassen bei der Bundesanstalt für Arbeit jetzt nicht deshalb leer, weil die Lohnabhängigen in den letzten Jahren zu wenig zurückgelegt hätten. Sie sind einzig und allein deshalb leer, weil der Staat die Verfügung über die Milliardenrücklagen der Arbeiterklasse an sich gerissen und sie dazu benutzt hat, die Kasse zu plündern und die Kapitalisten damit zu mästen.

Von den 7,4 Milliarden, die die Arbeitslosenversicherung im Jahre 1973 eingenommen hat, wurden nur 1,5 Milliarden als "Leistungen an Arbeitslose" gezahlt, die restlichen Milliarden sind den Kapitalisten auf den verschiedensten Wegen zugeflossen, durch Kredite, Zuschüsse, Übernahme von Umschulungskosten und vielerlei Dinge mehr. Die Überschüsse der Jahre davor, soweit sich überhaupt welche ansammeln konnten, waren ebenfalls für "Kredite" an die Wirtschaft, zur Sanierung im Steinkohlenbergbau, bei Post und Bahn mit vollen Händen verteilt worden.

Auch 1974, bei großer Massenarbeitslosigkeit, gingen von den 10,4 Milliarden Ausgaben nur rund fünf Milliarden an Arbeitslose und Kurzarbeiter. Die restlichen Milliarden wurden wiederum gemäß dem sogenannten "Arbeitsförderungsgesetz" bei "Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik" verteilt. Die Kapitalisten konnten sich die Beschäftigung von Arbeitslosen, insbesondere Aus-, Um- und Fortbildung bezahlen lassen, und die Staatskasse sparte Investitionen und Unterhaltsgelder für die Ausbildung von Arbeitskräften.

Vorgekommen ist, wie der "Spiegel" Nr. 24 enthüllt, daß sich Manager zu Lasten der Arbeitslosenkasse Kurse für "Menschenführung" haben bezahlen lassen.

So dringend wie eine Verbesserung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ist, damit die Arbeitslosen nicht massenweise als Lohndrücker gegen die Beschäftigten ausgespielt werden können und das Lebensniveau der Lohnabhängigen insgesamt niedergedrückt werden kann, so dringlich ist die Durchsetzung der Forderung nach der Selbstverwaltung der Kassen durch die Lohnabhängigen selber und die ausschließliche Bezahlung der Kosten durch die Kapitalisten.

Denn nur dann kann verhindert werden, daß die Rücklagen der Lohnabhängigen nicht geplündert werden und in der Situation der Massenarbeitslosigkeit genügend Reserven vorhanden sind.

Nur dann kann sich die Arbeiterklasse in einer Situation der Massenarbeitslosigkeit einigermaßen gegen ihre Aufspaltung schützen und die Geschlossenheit entwickeln, die notwendig ist, um schließlich überhaupt mit Verhältnissen Schluß zu machen, in denen unvermeidlich immer wieder Millionen Arbeiter auf der Straße liegen.

h.v.

Supertanker werden stillgelegt

Sprunghaft ändert sich die Lage im Schiffbau

Riesige Investitionen haben die Werft-Kapitalisten in den letzten Jahren getätigt, um mit dem weltweiten Tankerboom ihr Geschäft zu machen.

Getrieben durch die Konkurrenz der anderen Werften und gestützt durch umfassende staatliche Subventionen bauten sie ihre Kapazitäten aus und spezialisierten sich auf den Großtankerbau. Jetzt, wo die weltweite Krise den Ölverbrauch drosselt, liegt ein großer Teil der Tankerneubauten nutzlos herum, die von den Kapitalisten planlos ausgeweiteten Kapazitäten werden nicht genutzt. Jeder Kapitalist trachtete danach, dem anderen Kapitalisten zuvorzukommen. Jeder ließ Tanker bauen soviel er eben konnte, um dem Konkurrenten zuvorzukommen. Milliardenwerte, die von den Arbeitern geschaffen wurden, liegen brach. Die Tanker wurden gebaut, um den Kapitalisten möglichst hohe Profite zu bringen. Diese lassen jetzt ungerührt Milliardenwerte verrotten.

Die Arbeiter, die diese Werte unter großen Mühen geschaffen haben, haben offensichtlich für die Abwrackhalde gearbeitet.

In der Krise vernichten die Kapitalisten ungeheure Werte, die ihnen keinen Profit bringen. Für die Kapitalisten sind sie Ballast, den sie abwerfen, um wieder zu größeren Höhen der Profitschinderei aufsteigen zu können.

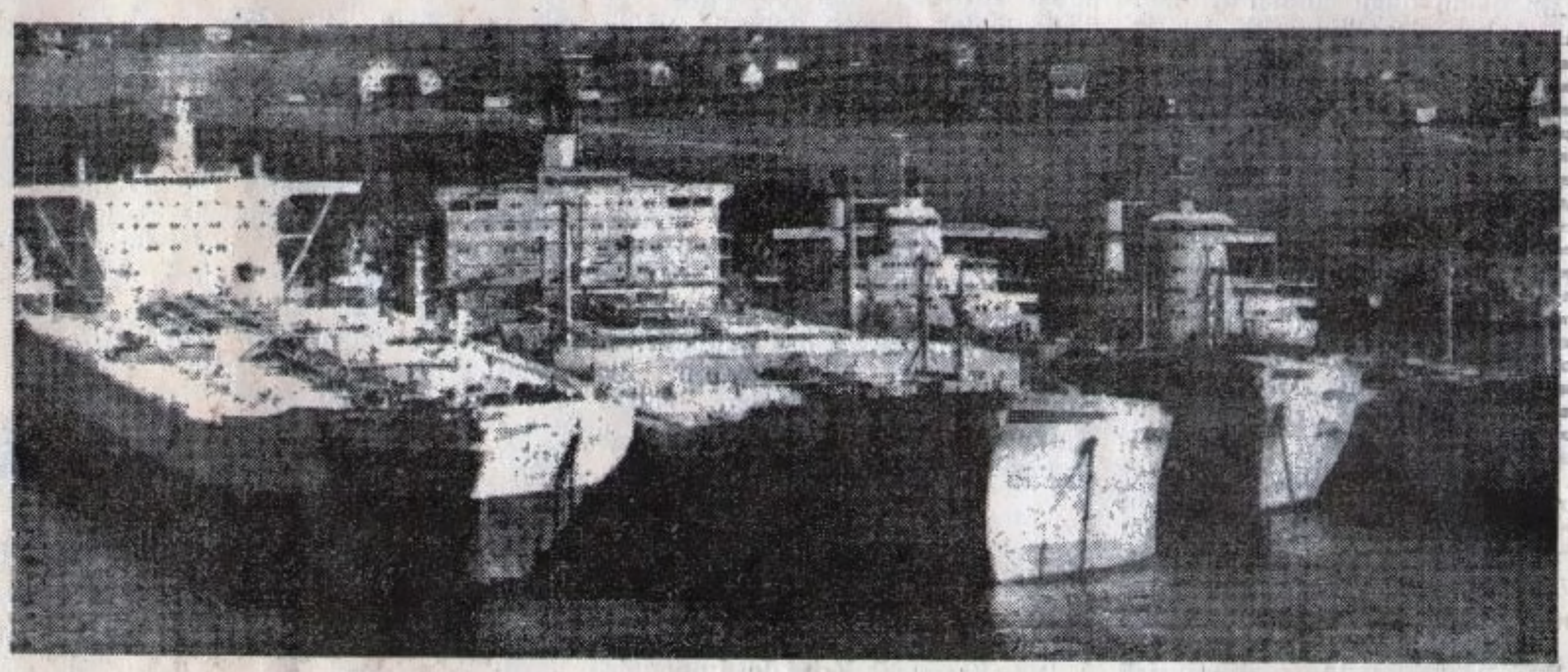
Diese Vernichtung von Werten tritt in den kapitalistischen Krisen gesetzmäßig auf. Um zu überleben, müssen die Kapitalisten so handeln. Die kapitalistische Produktionsweise, die auf der Profitmacherei und Konkurrenz beruht, fesselt die Entwicklung der Produktivkräfte.

Die sozialistische Produktionsweise ist diesen Fesseln nicht unterworfen. In ihr wird nicht das produziert, was möglichst viel Profit bringt, sondern in ihr wird planmäßig für die Bedürfnisse der Gesellschaft produziert. Darum kann es in ihr auch keine Krisen geben, in denen massenhaft Werte vernichtet werden, obwohl Zigtausend Arbeit suchen und kaum genug zum Leben haben.

Die Kapitalisten produzieren nicht das Kapital. Sie lassen die Arbeiterklasse für sich arbeiten. Die Arbeiterklasse produziert alle Werte. Wenn die Arbeiterklasse nicht mehr für die Kapitalistenklasse produziert und sich von der kapitalistischen Ausbeutung befreit, kann sie die gesellschaftliche Produktion aufbauen nach den Interessen aller, die arbeiten, planvoll und rasch, ohne Fesseln. Weil die Arbeiterklasse die gesellschaftliche Produktion aufbauen kann, kann sie auch die alte kapitalistische Ordnung stürzen und die kapitalistischen Fesseln der Produktivkräfte zerschlagen.

Für diese Aufgabe muß die Arbeiterklasse ihre Einheit im Kampf gegen die Kapitalisten herstellen.

Die Lage bei AG Weser / Die Arbeiter müssen ihre Zersplitterung überwinden



Die Überkapazität der Welthandelsflotte – Ergebnis der planlosen, anarchischen Produktion seitens der kapitalistischen Werften und Reedereien – nimmt beständig, von Woche zu Woche, zu. Immer mehr Schiffsraum wird in Fjorden, Buchten, Hafenbecken und an Dalben "angebunden" und schunkelt nutzlos vor sich hin. 91,5 Prozent der aufgelegten Tonnage sind Tanker; die gesamte aufgelegte Tonnage beläuft sich Mitte April auf 15.466.064 t Tragfähigkeit (tdw). Das ist eine Steigerung von 79,7 Prozent gegenüber Mitte März 1975 (nach: Bremer Institut für Seewirtschaft). Auf dem Bild vier "angebundene" Tanker der norwegischen Bergersen Reederei – die "Veni" (227.425 tdw), die "Berge Prince" (280.028 tdw), die "Berge Bergersen" (95.140 tdw) und die "Bergland" (96.170 tdw) – im Hafen von Steinsoey, Norwegen.

Bremen. "Der Übergang kann abrupter nicht sein", schrieb der Weser Kurier zur Lage der deutschen Großwerften.

Ende 1973 hatte der Weltschiffbau seinen höchsten Auftragsbestand mit einer Zuwachsrate von 49 % gegenüber dem Vorjahr. 1974 hatten die Werftkapitalisten wohl ihr bestes Geschäftsjahr nach dem Kriege, der an Krupp abgeführte Gewinn der "AG Weser" betrug immer noch 21,9 Millionen.

Der Frachtratenverfall im Tankergeschäft, der im Januar seinen tiefsten Punkt unter den Betriebskosten erreichte, führt zur Stillegung von Schiffen und zur Stornierung von Neubau-Aufträgen. 25 Millionen tdw Tankschiffraum sollen stillgelegt werden. Von 200 Millionen tdw Auftragsbestand werden möglicherweise nur die Hälfte gebaut. Nach Schätzungen sind schon 40-50 Mio Tonnen storniert, die sich bis zum Jahresende
storniert, die sich bis zum Jahresende
um weitere 20 bis 40 Mio Tonnen erhöhen werden. (Zahlen nach Weser Kurier)

Die Großwerften haben sich auf den Tankerbau gestürzt, weil jeder an diesem Reibach teilhaben wollte.

Die HDW (Howald-Deutsche-Werft) hat für zig Millionen ein Dock für 450 000-Tonnen-Tanker gebaut, die AG Weser hat sich ebenfalls auf "Fließbandproduktion" von Supertankern eingestellt. Sie hat nach der Serie der 250 000-Tonnen-Tanker den 380 000-Tonnen-Tanker angefangen, zugeschnitten auf den Erdöltransport nach Europa. Von den 8 bestellten Tankern hat der griechische Reeder Niarchos nun 2 Euro-Tanker im Wert von 380 Millionen zurückgezogen. Die Groß-Werften der Welt sind zu 70 % für den Tankerbau ausgelegt. Die Teilmärkte für andere Schiffstypen sind nach Auffassung von Vorstandssprecher Ache von der AG Weser weder einzeln noch in der Summe in der Lage, die für den Tankerbau entstandenen Kapazitäten zu beschäftigen.

Mit dieser Aussage ist klar gesagt, es werden welche auf der Straße bleiben. Auch wenn Vorstandssprecher Ache stets beteuert, daß "Sicherung der Arbeitsplätze Vorrang" habe, werden wir es sein.

Auf die Krise reagieren die Kapitalisten, indem sie sich zusammenschließen und das Kapital konzentrieren.

Für den Bau von Großtankern hat die AG Weser mit dem Vulkan eine "Bietungsgemeinschaft" gebildet.

Gemeinsam mit Vulkan und HDW haben sie ein nuklear angetriebenes Doppelrumpfschiff für Containerfracht entwickelt. Die Seebeck Werft in Bremerhaven, die zur AG Weser gehört, kauft das gesamte Betriebskapital "Bremer Stahlbau GmbH" in Bremerhaven auf, die bislang vorwiegend Schiffssektionen baute.

Die fortschreitende Monopolisierung im Schiffbau schafft keine Sicherheit der Arbeitsplätze, sondern **"das Monopol verstärkt und verschärft den chaotischen Charakter, der der ganzen kapitalistischen Produktion in ihrer Gesamtheit eigen ist" (Lenin).**

Das ist klar, wenn man sieht, daß es bei dem Gerangel um die Stornierung von 2 Euro-Tankern durch die Niarchos-Gruppe um Werte von 380 Millionen geht. Die Katameran-Schiffe stellen pro Stück einen Wert von 400 Mio dar. Mit viel größerer Wucht werden die Konkurrenten auf dem Markt aufeinanderprallen viel größere Werte werden vernichtet werden, wenn auch hier das Faß zum Überlaufen voll ist.

Sprunghaft ändert sich heute die Lage im Schiffbau

Nachdem die Kapitalisten jahrelang in der Werftindustrie ihre Reichtümer angehäuft haben, bekommen wir, die all diese Werte geschaffen haben, die Unsicherheit unserer Existenz zu spüren.

Der Stapellauf für den ersten "Niarchos"-Tanker wurde auf Anfang August verschoben. Überstunden im Schiffbau und in anderen Bereichen wurden eingeschränkt.

Wenn kein anderer Käufer für die

Wenn kein anderer Käufer für die beiden Großtanker gefunden wird, kann dies Kurzarbeit oder Entlassung zur Folge haben.

Die Unsicherheit in der Belegschaft veranlaßte die Vertrauensleute, von der Direktion eine Erklärung zu fordern.

Freitag vergangener Woche erklärte Vorstandssprecher Ache, was im Grunde schon aus der Zeitung zu erfahren war. Die Schiffe werden gebaut, weil die meisten Teile schon in der Produktion sind, und die Arbeitsplätze seien bis 77 gesichert.

Die Vertrauensleute stellten keine Fragen, die Sitzung war nach einer Viertelstunde beendet.

Die Belegschaft weiß nicht, was die Kapitalisten vorhaben, ob mit Kurzarbeit zu rechnen ist oder mit Programmkürzungen.

Der Kern ihrer Pläne wird sein, ihre Konkurrenten auf unserem Rücken aus dem Felde zu schlagen

Die Konkurrenz im Weltschiffbau verschärft sich. Hinz vom Vorstand erklärte: Wir geben "heute überall, wo wir hinkommen, den Japanern die Klinke in die Hand".

1974 haben die Kapitalisten seit Jahren mit 41,5 Millionen die höchsten Investitionen getätigt. Die Rationalisierung schafft aber gerade die Bedingung dafür, daß die Kollegen mehr arbeiten müssen und ein Teil arbeitslos wird, wenn die Kapitalisten ihren Markt nicht mehr ausweiten können.

Auf der kommenden Betriebsversammlung am 20. Juni wird es also die Hauptaufgabe sein, die Kapitalisten zur Rede zu stellen.

Die Sozialdemokraten dagegen haben vor, Koschnik als "Landesvater und Aufsichtsrat" sprechen zu lassen.

Koschnik wird versuchen, sich das Etikett der Arbeitsplatzsicherung an die Brust zu heften, und die staatliche Subventionspolitik loben. Mit diesen Subventionen aber führen die Kapitalisten Rationalisierungen durch, um aus den Kollegen mehr Arbeit herauszuholen.

Darauf laufen die Maßnahmen der Kapitalisten hinaus. Sie haben schließlich bis jetzt im Schiffbau Schichtarbeit eingeführt, ohne die Belegschaft zu vergrößern. Einer muß heute für zwei arbeiten.

Die Kapitalisten führen einen Krieg gegen die Arbeiter

Ein Mittel, die Arbeiter getrennt zu schlagen, sind die Überstunden. Die Kollegen machen Überstunden, um ihren Lebensstandard zu halten oder um für kommende Zeiten vorzusorgen. Aber die Kapitalisten lassen nur einen Teil Überstunden arbeiten. Außerdem ist in einigen Bereichen Überstundenstop, anderswo werden Überstunden durchgezogen und noch sonnabends und sonntags gearbeitet.

So können die Kapitalisten einen Teil der Arbeiter dazu bringen, gegenüber den Maßnahmen zum Lohnabbau untätig zu bleiben und abzuwarten. Die Arbeiter müssen diesen Spaltungsmanövern entgegentreten:

Verbot der Überstunden! Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

In der Rohrschlosserei wurden offenbar Zeiten berechnet, die nicht zu schaffen sind. Es fehlen etwa 800 Stunden. Den Kollegen soll die Prämie für Einhaltung der Zeit abgezogen werden.

Zum Anlaß nimmt der Vorgesetzte, daß er drei Kollegen während der Arbeitszeit im Waschraum angetroffen hat. Der Hintergrund dieser "Bestrafung" für alle ist, daß die Kollegen sich bisher erfolgreich gegen einige Schikanen gewehrt haben. Er sieht an diesem Punkt die Möglichkeit, Streit in die Reihen der Kollegen zu bringen, um sie am gemeinsamen Handeln zu hindern.

In einer anderen Abteilung sind die Zeiten so horrend, daß die Kollegen sie nicht schaffen können. Die Kollegen verlangen Zeitaufnahme, weil dann ersichtlich werden würde: Die Zeiten sind nicht zu schaffen. Die Kapitalisten weigern sich; stattdessen kommen sie den Kollegen mit Arbeitsablaufbeobachtungen. Das bedeutet, sie überprüfen, wie die Kollegen ihre Zeit einteilen, wie oft sie pinkeln gehen, Pause machen usw.

Dagegen müssen die Arbeiter sich wehren, sie müssen ihre Reihen ausrichten und die einzelnen Truppenteile, die gegenwärtig noch zersplittert kämpfen, zusammenfassen auf der Linie:

Keinen Lohnabzug – Keine Zeitkürzungen! Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme!

An diesen Punkten muß die Kampffront eröffnet werden. Es muß zudem Klarheit geschaffen werden, ob in absehbarer Zeit Kurzarbeit geplant ist.

An solchen Punkten entwickelt sich der Widerstandsgeist der Arbeiter und stellt sich die Einheit in der Tat her. Wie sich gezeigt hat, als die Kapitalisten die gewohnte Frühstückspause der Arbeiter beschneiden wollten, was die Arbeiter abwehren konnten.

Gerüchte über Entlassungen, wie sie in der Situation der Unsicherheit aufkommen, nützen nicht der Einheit der Belegschaft. Die Haltung des Abwartens erweitert nur den Spielraum der Kapitalisten. Deshalb muß die Geschäftsleitung zu diesen Fragen zur Rede gestellt werden. Das ist die Hauptaufgabe der Betriebsversammlung.

R.

Wie überwinden die Kapitalisten die Stahlkrise?

In der letzten Woche tagten in Hamburg die europäischen Stahlhändler. Sie erklärten, daß in keinem Land Europas "die Kosten von den Stahlpreisen gedeckt werden". Sie sehen bis Ende 1975 keine Änderung.
In zahlreichen Stahlwerken wird im Augenblick kurzgearbeitet. Die Überstunden wurden gestrichen, was zum Beispiel bei den Kranfahrern bei Hoesch-Dortmund, wo immer Kollegen fehlen und deswegen viele Überstunden gemacht werden mußten, zwischen 100 und 200 DM beträgt.
Die Kapitalisten überprüfen in der Kurzarbeit, wie sie in kürzerer Zeit trotzdem mehr aus den Kollegen herausholen können.

Peine. Während die P+S-Kapitalisten für die Belegschaft Kurzarbeit durchführen und beginnen, die Belegschaft abzubauen, tätigen sie auf der anderen Seite Investitionen, die in erster Linie der Rationalisierung dienen.

Anfang des Jahres hat der Aufsichtsrat ein "Investitionspaket" von 450 Millionen DM für die nächsten zweieinhalb Jahre beschlossen.

Das größte zur Zeit laufende Investitionsprojekt ist die Universalmittelstraße für die Erzeugung mittlerer Walzprofile im Werk Peine.

Sie kostet 180 Millionen DM und wird in nächster Zeit in Betrieb genommen. Dafür soll etwas später das Walzwerk 2 geschlossen werden.

Die Universalmittelstraße hat größere Kapazitäten als das Walzwerk 2, und es werden weniger Arbeiter benötigt: Weniger Kollegen müssen also mehr produzieren.

In der Lokalpresse wurde das Investitionskonzept der P+S-Kapitalisten "antizyklisch" genannt: In Krisenzeiten wird investiert, um bei Verbesserung der Auftragslage mehr aus den Kollegen herauszuholen.

Die Verschärfung der Ausbeutung, das zeitweilige Brachliegen von Kapazitäten wie bei Kurzarbeit – so versuchen die Kapitalisten die Krise zu überwinden. Damit werden jedoch nur neue Krisen vorbereitet. Schon im "Manifest" schrieben Marx und Engels:

"Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? . . . Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert."

Wie wir jetzt erfahren haben, könnten die Stahlwerke P+S eine ganze Reihe Aufträge bekommen. Sie nehmen sie nur deswegen nicht, weil die Preisangebote ihnen zu niedrig sind. Man sieht: Die einzige Triebkraft der kapitalistischen Produktion ist der Profit.

Für die Arbeiterklasse bleibt nur der Kampf gegen diese Verhältnisse und gegen jede Maßnahme der Kapitalisten, die Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verschlechtern.

W., Peiner Sympathisantengruppe des KBW

Forts. von S. 3

BRD - Imperialismus

Position in der NATO, in der EG und in den Entwicklungsländern. Wachsende Ausbeutung der Arbeiterklasse, Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen durch den Staat sind die Maßnahmen im Innern, um diese Politik durchzusetzen. Zu den unmittelbaren Folgen der Krise wie Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, kommen hinzu immer weitere Vorstöße der Kapitalisten und ihres Staates zur Senkung der Löhne, zur Steigerung der Arbeitsleistung, zur Sanierung der Staatsfinanzen, durch Steuererhöhung und Abbau der "Sozialleistungen". Dabei rechnen die Kapitalisten, die Arbeiterklasse in einem dauernden Kleinkrieg zermürben zu können und durch die staatliche Politik des Großmachtchauvinismus und der "Opfer, damit wir unseren Vorsprung halten", auf die Interessen des großen Kapitals zu pressen.

Die Arbeiterklasse wird sich gegen diese Angriffe nur durchsetzen können, wenn sie strikt jedes Zusammengehen mit den Kapitalisten zurückweist und alle Abwehrkämpfe, die sie zwangsläufig führen muß, zum Zusammenschluß ihrer Reihen gegen das Kapital und seinen Staat nutzt.

–b–

Arbeiter zeichneten Kredite, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten

Verzweifelter Schritt der Belegschaft

Die Stillegungen von Betrieben nehmen zu. Darunter sind auch häufig alte Familienbetriebe, in denen ein großer Teil der Arbeiter schon seit Jahrzehnten für den Reichtum einer Familie arbeitet.

Einer von diesen Betrieben ist die Firma Bammesberger in Leonberg bei Stuttgart. Bei Bammesberger werden Werkzeugsondermaschinen für die Autoindustrie hergestellt.

Mitte Mai erfuhr die Belegschaft auf einer Betriebsversammlung, daß die Firma sechs Millionen Schulden hat und der Vergleich angemeldet werden mußte. Für April und Mai hat die Belegschaft keinen Lohn ausgezahlt bekommen.

Im vergangenen Jahr war schon ein Verlust von vier Millionen DM gemacht worden. Seit Herbst 1974 war der Betriebsrat mit immer neuen Beruhigungen belogen worden. Am 9. Mai wurde der Vergleich angemeldet.

Bammesberger ist pleite. Damit droht die Entlassung von 600 Arbeitern, 400 in Leonberg und weitere 200 in zwei Zweigwerken.

Die Arbeiter wissen, daß sie, erst einmal auf der Straße, in der nächsten Zeit keinen neuen Arbeitsplatz finden werden.

In ihrer Lage sahen sie keinen anderen Ausweg, als selber für die Schulden der Firma aufzukommen. Sie zeichneten selber Kredite. 240 von ihnen zeichneten insgesamt 2,1 Millionen, also im Durchschnitt 10 000 DM – "unwiderruflich", wie es in der Verpflichtungserklärung heißt. Mehr als die Hälfte von ihnen verschuldete sich und nahm Kredite bei der Bank auf. Sie wollten das Geld in einem Betrieb anlegen, bei dem es völlig offen war, ob nicht trotz der Kredite in nächster Zeit der Konkurs endgültig kommen wird.

Die Firma Bammesberger stand mit sechs Millionen in der Kreide. 2,1 Millionen DM hatte die Belegschaft vorgeschossen, den Rest soll die Landeskreditanstalt dazulegen. Bis zur Entscheidung der Kreditanstalt wurden die Gelder der Belegschaft zunächst auf einem Treuhandkonto zurückgelegt.

Die Landesregierung hat inzwischen, nachdem sie die Bücher geprüft hat, einen Kredit an Bammesberger abgelehnt. Offensichtlich war ihr das Risiko zu hoch. Die Schulden waren noch höher als angenommen. Der Konkursantrag wurde gestellt.

Wie kam es zu diesem verzweifelten Schritt von einem Teil der Belegschaft?

Warum waren die Arbeiter bereit, sich selber hoch zu verschulden oder ihr erspartes Geld in ein völlig unsicheres Geschäft zu stecken, bei dem mit dem Arbeitsplatz auch ihr Geld verloren gehen kann?

Die Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, drängte alle anderen Überlegungen zurück. Offensichtlich sahen die Arbeiter diesen Schritt, mit dem Kapital zusammenzugehen, als einzige Lösung an. Sie banden damit ihr Schicksal auf Gedeih und Verderb auf das der Seite der Kapitalisten und banden sich an ihr Schicksal.

Solche verzweifelten Schritte sind die Konsequenz einer bürgerlichen Politik in der Arbeiterbewegung, wie sie heute von der Gewerkschaftsführung betrieben wird. Wo Tag für Tag die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten gepredigt wird, wo immer wieder dafür eingetreten wird, diese oder jene "Vorleistung" zu erbringen, "Vernunft" walten zu lassen, damit das "Gemeinwohl" nicht gefährdet wird und die Profite wieder sprudeln, da kann sich der Geist des solidarischen Kampfes nur schwer entfalten. Da wird der Geist der Unterwürfigkeit gefördert. Das ist die Linie der bürgerlichen Gewerkschaftsführung. Sie unterwirft die Arbeiter den Interessen der Kapitalisten und bindet den Weg der Arbeiterklasse an das Schicksal der Kapitalisten. Der verzweifelte Schritt der Arbeiter bei Bammesberger ist die Konsequenz dieser "Gesamtwohl"-Politik. Die Arbeiter wollten ihren Arbeitsplatz erhalten und sahen nur den Weg, mit dem Kapitalisten zusammenzugehen, sich ihm mit Haut und Haaren zu verkaufen.

Solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln herrscht, bleibt die Unsicherheit der Existenz der Arbeiter bestehen. Das wird gerade in der Krise immer deutlicher. Der Ausweg aus dieser Lage kann nicht darin bestehen, sich dem Kapital zu unterwerfen, die Interessen der Arbeiterklasse an das Wohlergehen des Kapitals zu binden.

Die Arbeiterklasse kommt aus dieser Lage nur heraus, wenn sie zusammensteht, um ihre nächsten Interessen gegen die Kapitalisten durchzukämpfen und wenn sie schließlich das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschafft und die Herrschaft über die Produktion in ihre eigenen Hände nimmt.

Um an dieses Ziel heranzukommen, wird sie die Politik der Klassenzusammenarbeit in den Gewerkschaften bekämpfen müssen. Das Beispiel Bammesberger zeigt, in welche ausweglose Sackgasse die Arbeiter geraten, wenn sie dieser Politik folgen.

g.b.



Kollegen von Bammesberger protestieren gegen die Stillegung

Röhm: Gegen Kurzarbeit und Entlassungen

Keinen gemeinsamen Weg mit der Geschäftsleitung!

Darmstadt. Die Betriebsversammlung bei Röhm (chemische Fabrik mit 4 000 Beschäftigten) am 3. Juni war der vorläufige Höhepunkt im Kampf gegen geplante Entlassungen.

Seitdem bei Röhm die geplanten Entlassungen bekannt geworden sind, seitdem ist klar, daß die Belegschaft nicht mit dieser Maßnahme einverstanden ist. Der Weg, wie Entlassungen verhindert werden sollen, war jedoch nicht klar.

Auf der Betriebsversammlung am 3. Juni fand im wesentlichen die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Strömungen in der Belegschaft, wie die Entlassungen zu verhindern sind, statt. Eingangs hatte die Geschäftsleitung nochmals die Notwendigkeit der Entlassungen und weiterer Rationalisierungsmaßnahmen mit sinkenden Gewinnen begründet. Ihre Position war also klar.

Die Position der Belegschaft war nicht so einheitlich

Zwei verschiedene Auffassungen wurden vertreten:

Einmal: die Entlassungen müssen verhindert werden durch gemeinsame Anstrengung der Belegschaft, des Betriebsrats und der Geschäftsleitung.

Diese Ansicht wurde vorgetragen von dem Vertreter der IG Chemie/Papier/Keramik, seine Position war, daß die Entlassungen nicht hingenommen werden können, weil es unverantwortlich sei, die Zahl der Arbeitslosen weiter zu steigern – weil jahrelang Belegschaft und Geschäftsleitung gemeinsam ihren Weg in den guten Zeiten gegangen seien – und daß das jetzt nicht einfach vorbei sein kann. Sondern daß man auch jetzt gemeinsame Wege suchen müsse, wenn Kosten eingespart werden müssen.

Als einer dieser Wege bezeichnete er die Ausweitung der Kurzarbeit.

Solange diese Mittel noch nicht ausgeschöpft sind, kommen Entlassungen nicht in Frage.

Er betonte weiter, daß er und der Betriebsrat darüberhinaus jederzeit dazu bereit seien, weitergehend mit der Geschäftsleitung über die Verbesserung der Auftragslage der Firma zu diskutieren.

Mit diesem Angebot war er schon auf der letzten Betriebsversammlung abgeschifft. Damals hatte ihn die Geschäftsleitung auf seinen Vorwurf, die Geschäftsleitung hätte sich nicht in genügendem Ausmaße um Aufträge bemüht, gefragt, ob sie jetzt eine Molkerei aufmachen solle, weil sich diese Produkte besser verkaufen.

Diesmal reagierte die Geschäftsleitung überhaupt nicht auf diese Angebote – sie weiß sehr gut, daß diese Position die ist, die ihr nicht ernsthaft schaden kann.

Die andere Auffassung in der Belegschaft war die, daß es keinen gemeinsamen Weg geben kann, sondern nur einen gegen die Geschäftsleitung.

In den bisherigen Betriebsversammlungen haben sich wenige Kollegen an der Debatte beteiligt, diesmal kam sie um diese Fragen in Gang:

Wir haben so eingegriffen, daß wir gezeigt haben, daß es die Produktionsweise der Kapitalisten ist, die die Krisen hervorbringt – daß sie es sind, die von dieser Produktionsweise profitieren, und daß sie es sein müssen, die die Kosten dieser Krise tragen müssen.

Viele Kollegen fanden das richtig, und diese Auffassung wurde auch in mehreren Beiträgen vertreten.

Das was nicht gelang war, tatsächlich eine zusammenfassende Stellungnahme herbeizuführen, die dies zum Ausdruck brachte.

Die abwartende Haltung gegenüber den Maßnahmen der Geschäftsleitung verschaffte sich auch Ausdruck in Beiträgen, wie die Geschäftsleitung es denn jetzt sähe, daß die BASF 40 % der Aktien von Röhm besitzt und wie es denn wäre, wenn die Firma aufgekauft wird. (Diese Frage wurde von den Spontaneisten gestellt, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Situation zu "problematisieren".)

Die Geschäftsleitung wird dagegen sein, daß sie geschluckt wird, und wird natürlich versuchen, die Belegschaft für den Kampf gegen die Konzerne zu gewinnen, und sie auffordern, durch größere Arbeitsanstrengung diese drohende Gefahr zu verhüten.

Gleich einige Tage nach der Betriebsversammlung konnte die Geschäftsleitung, indem sie sich auf diese Ansichten stützte, den Betriebsrat dazu kriegen, Überstunden in einem Produktionsbetrieb zuzustimmen – dies folgt ganz konsequent aus der Einstellung, daß die Auftragslage der Firma unbedingt verbessert werden muß.

Die Ansicht: "Gemeinsam mit den Kapitalisten durch die Krise" verliert an Boden in der Belegschaft. Die objektive Bedingung dafür ist, daß jeder an den täglichen Verhältnissen merkt, daß die Belegschaft die Krise ausbaden soll. Die subjektive Bedingung, daß der Wille zum Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalisten tatsächlich klarer wird, hat sich verbessert: eine größere Anzahl von Kollegen treten für den Zusammenschluß der Kollegen gegen die Maßnahmen der Kapitalisten offen auf und haben das auf der Betriebsversammlung getan. Anhand der Maßnahmen der Kapitalisten müssen wir die Unversöhnlichkeit der Interessen von Arbeitern und Kapitalisten herausarbeiten und für die Abschaffung der Verhältnisse, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhen, eintreten.

Demonstration gegen Abschiebungen

Das Streikkomitee von Dynamit-Nobel in Fürth ruft für Samstag, den 14. Juni 1975, in Nürnberg, Maximilianstraße, 11 Uhr, zu einer Demonstration auf gegen die drohende Abschiebung von 28 türkischen Kollegen in die Türkei.

Den Kollegen wird vorgeworfen: "Gegen die Belange der Bundesrepublik Deutschland verstoßen zu haben". Die 28 Kollegen haben sich an einem Streik bei Dynamit-Nobel beteiligt. Der Streik richtet sich gegen die geplante Entlassung von 19 Arbeitern. Um den Streik zu brechen, hat die Firmenleitung Polizeikräfte angefordert. Die Polizei überfiel die Streikposten und nahm sie fest. Seitdem sitzen die türkischen Arbeiter in Haft und sollen an das türkische Regime ausgeliefert werden.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland unterstützt diese Demonstration, die unter den Losungen stattfinden wird:

Kämpft mit uns für die Freilassung der 28 Kollegen!
Verhindern wir ihre Abschiebung!
Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen!
Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront!

Der Kommunistische Bund Westdeutschland ruft in Nürnberg und Erlangen zu dieser Demonstration auf.

Ford

Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit

Köln. Die Absatzziffern der Kölner Ford-Werke segeln weiterhin auf neue Rekordhöhen: In den Monaten Januar bis April 1975 konnten 92 240 Autos verkauft werden; das ist gegenüber 1974 eine Steigerung von 71,8 %.

Verglichen mit dem absoluten "Erfolgsjahr" 1973 ist diese Zahl nur um 10,3 % niedriger. Die Herren in den Vorstandsetagen und der Henry Ford II. in Amerika reiben sich die Hände.

Für die Belegschaft aber sieht die Sache ganz anders aus: Wie weit die Schweißauspressung schon fortgeschritten ist, zeigt der Vergleich der Belegschaftszahlen von 1973 und 1975. Seit 1973 sind über 10 000 Kollegen – also über 20 % – entlassen worden.

Um die Produktionszahlen dennoch zu halten bzw. zu steigern, wird im Werk nicht nur an vielen Stellen für zwei gearbeitet, sondern die Geschäftsleitung versucht auch, die Arbeitszeit auszudehnen. Es sollen Überstunden gekloppt werden und samstags sollen Sonderschichten gefahren werden – um nur ja keine neuen Leute einzustellen.

In dieser Situation setzte die Belegschaft Hoffnungen auf den neugewählten Betriebsrat (vgl. KVZ Nr.17/75).

Im Hauptwerk in Niehl wurden diese Hoffnungen enttäuscht: Unter der Losung: **"Keine Neueinstellungen – stattdessen Überstunden"** spielte die Betriebsratsmehrheit unter dem Vorsitzenden Schwarzenberg der Geschäftsleitung voll in die Hände.

Es wurde bei den Verhandlungen noch nicht einmal versucht, einige feste Versprechungen wie: keine Entlassungen, keine Kurzarbeit bis Ende 1975, einzuhandeln. (Eine solche Forderung hatten die Betriebsräte bei Opel Rüsselsheim angemeldet und bei der Einigungsstelle durchgesetzt, um wenigstens nicht ganz "nackt" aus den Verhandlungen herauszukommen; vgl. KVZ Nr.22/75.)

Die uneingeschränkte Zustimmung zu den Überstunden hat im Werk folgende Konsequenzen:

Samstags werden in einigen Hallen 9 (!) Stunden gearbeitet.

Die Frühschicht in der Y-Halle fährt jetzt regelmäßig achteinhalb statt sonst acht Stunden. Und dabei sind durch die Aufrechterhaltung der Stillegung von Y-Ost die Stückzahlen auch noch weiter erhöht worden; die in der Ost-Halle ausfallenden Autos müssen nämlich im restlichen Y-Bereich mitgebaut werden.

Erster Unmut über das Verhalten des Betriebsrats regte sich schon vor der Betriebsversammlung letzte Woche.

Auf der Betriebsversammlung selber mußte sich der neue Betriebsrat von einem Vertreter der sonst so versöhnlerischen Kölner Ortsverwaltung der IGM sagen lassen, daß es besser sei, statt Überstunden neue Leute zu fordern.

Die Auseinandersetzung um diese Frage wurde allerdings in der freien Diskussion zurückgedrängt durch den Streit um die Höhe einer Jubiläumsprämie.

Im Juli bestehen die deutschen Ford-Werke nämlich 50 Jahre, und da will der neue Betriebsrat angeblich einen ganzen Monatslohn rausholen. Konkrete Ergebnisse liegen allerdings noch nicht vor.

Anders wird das Problem mit den Überstunden schon im abgetrennten Ersatzteillager in Merkenich behandelt.

Vor einiger Zeit sind dort schon Flugblätter des Betriebsrats gegen die Überstunden verteilt worden. Auf der Betriebsversammlung wies ein Sprecher darauf hin, daß der Betriebsrat sich bisher gegen Überstunden gewehrt habe. Der Streit mit der Geschäftsleitung ging schließlich vor die Einigungsstelle, die entschied, daß neue Kollegen fest eingestellt werden müssen. Die Geschäftsleitung hatte vorher nämlich schon eine Reihe von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen (meist drei Monate) abgeschlossen.

–O., Ford-Aufbauzelle–

GEW-Wahlen Westberlin: Schlappe für Bundesvorstand

Rechte Senatsfraktion erhielt nur 150 Sitze von 438/ Landesvertreterversammlung am 22./23 Juni

Die Wahlen zur Landesvertreterversammlung Westberlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) waren von der rechten Fraktion in der GEW Westberlin erzwungen worden, die von dem Bundesvorsitzenden der GEW Frister angeführt wird und die Unterstützung von zahlreichen Schulräten und allerhand Senatoren hat.

Die Landesvertreterversammlung Westberlin war den Rechten ein Dorn im Auge, weil hier der richtige Beamtengeist nicht einziehen mochte. Und insbesondere, seitdem die kapitalistische Krise dazu führt, daß von der gerühmten Bildungsreform nichts bleibt wie eine verstärkte Arbeitsbelastung der Lehrer bei gleichzeitiger Verschlechterung der Schulsituation (ein Kunstwerk, was wirklich bloß im Kapitalismus denkbar ist), geht es nicht mehr, wie es Frister vorgeschwebt haben mag. Nämlich gleichzeitig staatstreuer Beamter, Bildungsreformer und gewerkschaftlicher Vertreter der Lehrer zu sein.

Das ist natürlich nie richtig gegangen, aber eine Zeitlang konnte der Anschein entstehen. Damit ist jetzt Schluß.

Dementsprechend nehmen auf allen Ebenen der GEW die Widersprüche zu. Viele Lehrer hatten die Versprechungen des Staates satt. Sie wollen gegen den staatlichen Dienstherren antreten, weil sie sehen, daß bei dem ewigen gut Wetter Betteln, worin Frister ein Meister ist, nichts herauskommt. Es war für den Beamtenbund innerhalb der GEW abzusehen, daß hier etwas unternommen werden müsse. Und weil genauso sicher war, daß es schwierig werden müßte, die Lehrer davon zu überzeugen, daß man Mitgliedsbeitrag in der Gewerkschaft zahlt, um kollektiv zu kuschen, mußte etwas Bürokratisches unternommen werden.

Der Hauptvorstand ließ Vertreterversammlungen einberufen in Mainz und in Köln, die ihm bezüglich der Säuberung der GEW Vollmachten erteilten und überdies sich noch verstiegen, die GEW auf die freiheitlich demokratische Grundordnung festzulegen. Man muß um der Wahrheit willen feststellen, daß die Delegierten auf diesen Bundesversammlungen nur teilweise von Mitgliedern gewählt waren. Ein anderer Teil war von Bezirksvorständen ausgewählt worden, ein anderer Teil direkt von Schulräten, die ererbte GEW-Funktionen dazu benutzten.

Trotzdem muß man heute sagen, wenn die Delegierten gesehen hätten, welche Politik der Hauptvorstand mit diesen Vollmachten anstellen würde, ist es fraglich, ob sie erteilt worden wären.

Der Hauptvorstand entfaltete nämlich eine umfangreiche Ausschlußtätigkeit. Damit waren diese Beschlüsse offenbar als Plan, eine politische Minderheit, denn die Politik der Unterwerfung befindet sich in der GEW in der Minderheit, dadurch in eine Mehrheit zu verwandeln, daß die politische Führung auf den unteren Ebenen schlichtweg weggeputzt wurde durch Auschlüsse.

Der Plan der Rechten, die wir der Richtigkeit halber als Staats- und Beamtenfraktion bezeichnen müssen, ist also in seinen Grundzügen schlicht.

Daß er nicht gebilligt wird von den Mitgliedern, hat sich bei den Wahlen zur Landesvertreterversammlung in Westberlin herausgestellt.

Die Rechten, die unter Führung der GEW-Bundesvorsitzenden Frister und Hoppe in das Feld zogen und den Hals voller Gefährdung der Demokratie hatten, konnten von den 438 Sitzen 150 ergattern. Frister selber trat in Neukölln an. Er erzielte den 32 sten Platz von insgesamt 59. Anneliese Hoppe kam in Wilmersdorf auf den 18. Platz von insgesamt 19. Ganz ähnlich ging es den ausgesprochenen Rechten in den meisten Bezirken.

Es hat sich also herausgestellt, daß es leeres Gerede war, die Landesvertreterversammlung Westberlin habe das Vertrauen der Mitglieder nicht mehr. Sogar die Wahlbeteiligung war mit 35 % bis 40 % höher als beim letzten Mal.

Andererseits ist die Auseinandersetzung noch keineswegs gegessen.

Nachdem Frister zuerst als Verfechter des Mitgliederwillens für außerordentliche Neuwahlen eingetreten war, er dachte, er kann ein Geschäft dabei machen, schreibt er jetzt nach dem Wahlausgang die GEW Westberlin mit Anführungszeichen. Er erkennt die Wahlen, an denen er selber sich beteiligt hat, nicht an, weil ihm der Ausgang nicht paßt.

Was ihm nicht paßt, sieht man an folgendem. Eine Lehrerin, gegen die vom Hauptvorstand der Ausschlußantrag schon gestellt war, weil sie bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus für den KBW kandidiert hat, hatte in Kreuzberg den Platz 7 von 35 Plätzen erreicht, ein Ergebnis, wonach Frister selber sich die Finger geschleckt hätte.

Andererseits muß man sehen, daß es eine Wahl war, in der die Rechten entschlossener angetreten sind als die Linken. Auf dem linken Flügel waren es etwa 40 Kollegen, die aufgrund klarer politischer Festlegungen gewählt wurden. Etwa wie: Mindestens zehn Jahre gemeinsame Schulzeit für alle Schüler! Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung! Streikrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst!

Dazwischen gab und gibt es viele Kollegen, die es zwar ablehnen, sich mit Hurra dem Staat in die Arme zu schmeißen, wie das Frister plant, die aber keineswegs derart klare Auffassungen haben, daß sie gegenüber allerhand Spaltungsdrohungen der Rechten sicher standhaft bleiben könnten.

Und so ist es durchaus offen, wie die Auseinandersetzung weitergeht. Jedenfalls wäre es ganz falsch, wenn sich die GEW-Linke in Westberlin jetzt erstmal beruhigt zurücklehnen würde. Am 22./23. Juni steht in Westberlin die Landesvertreterversammlung an, auf der die Satzungsvollmachten für den Hauptvorstand, die in Köln und Mainz beschlossen wurden, vom Westberliner Landesverband übernommen werden sollen.

Man muß sich im klaren sein. Frister wird sich das Ergebnis dieser Wahlen gut merken. Der Beamtenbund innerhalb der GEW wird zu einer Säuberung größeren Ausmasses schreiten, wenn er dazu auch für Westberlin die Mittel erst in den Händen hat. Man muß dafür eintreten, daß die Übernahme dieser Beschlüsse in Westberlin abgelehnt wird. Es kann für sicher genommen werden, daß ein solcher Beschluß zu einem allgemeinen Aufatmen in der GEW-Mitgliedschaft führen würde. Insbesondere, wenn er verbunden ist mit dem Verlangen nach Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung. Eine solche Taktik hätte den Vorzug, den Hauptvorstand gleichzeitig an seiner Absicht der Spaltung und der gegenwärtig andauernden Säuberung zu hindern. Denn gerade eine solche Maßnahme würde ihn der außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz näherbringen, an der ihm nicht gelegen sein kann. Insbesondere darf man es für ausgeschlossen halten, daß Frister beispielsweise den Ausschluß der Landesverbandsmehrheit in Westberlin hinkriegt, ohne eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz zu riskieren.

–M.F.–

ren antreten, weil sie sehen, daß bei dem ewigen gut Wetter Betteln, worin Frister ein Meister ist, nichts herauskommt. Es war für den Beamtenbund innerhalb der GEW abzusehen, daß hier etwas unternommen werden müsse. Und weil genauso sicher war, daß es schwierig werden müßte, die
Mitgliedern, hat sich bei den Wahlen zur Landesvertreterversammlung in Westberlin herausgestellt.
Die Rechten, die unter Führung der GEW-Bundesvorsitzenden Frister und Hoppe in das Feld zogen und den Hals voller Gefährdung der Demokra-
wählt wurden. Etwa wie: Mindestens zehn Jahre gemeinsame Schulzeit für alle Schüler! Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung! Streikrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst!
Dazwischen gab und gibt es viele Kollegen, die es zwar ablehnen, sich
kann. Insbesondere darf man es für ausgeschlossen halten, daß Frister beispielsweise den Ausschluß der Landesverbandsmehrheit in Westberlin hinkriegt, ohne eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz zu riskieren.
–M.F.–

Urabstimmung und Streik bei Textil



Textilarbeiterinnen bei der Urabstimmung

Die Textilarbeiter im Bezirk Nordrhein hatten sich in einer Urabstimmung für einen Streik ausgesprochen. Damit wurde das Angebot der Textilkapitalisten von 6,2 % zurückgewiesen. Die Forderung der Gewerkschaft war 9 %. Während und sofort nach den Urabstimmungen in den Betrieben wurde insgesamt in 14 Betrieben in Mönchengladbach, Aachen und Köln gestreikt, denn die Textilkapitalisten zahlen Hungerlöhne.

Vereinbart wurde am Ende der letzten Woche Lohnerhöhungen zwischen 35 und 46 Pfennig. Die meisten Arbeiter verdienen 5,82 DM in einer Stunde. Hier wird der Stundenlohn um 38 Pfennig erhöht, was 6,7 % entspricht. Die Jahressonderzahlung wurde von 25 % auf 35 % eines Monatseinkommens erhöht.

Einheitsliste gesichert

Bremen. Nach dem Beschluß des Vertrauensleutekörpers für eine Einheitsliste und auf den breiten Druck der Belegschaft hin hat niemand es bei Klöckner gewagt, den Beschluß

Einheitsliste gesichert
Bremen. Nach dem Beschluß des Vertrauensleutekörpers für eine Einheitsliste und auf den breiten Druck der Belegschaft hin hat niemand es bei Klöckner gewagt, den Beschluß

zu hintertreiben und die betriebliche Einheitsliste zu spalten. Es wird also eine Persönlichkeitswahl geben. Damit ist die Möglichkeit gegeben, endlich einen Betriebsrat zu wählen, der die bewußtesten und aktivsten Kollegen umfaßt und die Interessen der Kollegen einheitlich vertreten kann.

Auf der Betriebsversammlung am 10. Juni war das Hauptgesprächsthema die Kurzarbeit. Die Sprecher der Kollegen griffen die Rationalisierungsmaßnahmen der Geschäftsleitung an und forderten: keine Entlassungen und keine neue Kurzarbeit.

Der Arbeitsdirektor, IG Metall-Mitglied Sporbeck, als Vertreter des Werksvorstandes sah sich wiederholt gezwungen, in die Bütt zu gehen und zu erklären, daß der Werksvorstand keine Entlassungspläne hat. Allerdings wollte er sich zur Frage, ob erneut Kurzarbeit eingeführt wird oder nicht, nicht äußern.

Der Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Hoffmann, der die Wahl des Betriebsrates vom Gericht hat anfechten lassen, wurde von den Kollegen ausgepfiffen und blitzte ab.

Die Seibel-Arbeiter streiken seit zwölf Wochen

Ein Seibel-Betriebsrat und der IG Chemie-Sekretär nehmen Stellung zu den Erfahrungen des Streiks

Paderborn. Der IG Chemie-Sekretär Herbert Borghoff und der Seibel-Betriebsrat Günter Dahne sprachen in der Gesamthochschule Paderborn vor Studenten eines Seminars über "Gewerkschaftspolitik". Sie berichteten ausführlich über den Streik der Seibel-Arbeiter, den sie seit über 12 Wochen gegen die Entlassung der Belegschaft führen. Nach der Berichten der Kollegen wurde über das Gesellschaftssystem, in dem die Kapitalisten die Macht haben, gesprochen.

Genossen der Ortsaufbaugruppe Paderborn, die an der Diskussion teilnahmen, berichten:

Bei der Frage, wie es weitergehen solle, welches Ziel die Belegschaft und die Gewerkschaft habe, meinte ein Genosse, daß das von der Gewerkschaft vorgeschlagene Strukturkrisenmodell keine Lösung sei, weil es Rationalisierungsmaßnahmen der Zementkapitalisten nicht verhindere und auch nicht Entlassungen und weil es auch die Konzentrations- und Zentralisationsentwicklung in der Zementindustrie – wo zwei Werke über 50 % der Marktanteile beherrschen – nicht aufhalten könne.

In der Diskussion vertrat der IG Chemie-Gewerkschaftssekretär Borghoff Positionen, mit denen in der Arbeiterklasse schädliche Illusionen verbreitet werden. So meinte er beispielsweise, daß das Grundgesetz durchaus auch andere Gesellschaftsordnungen ermögliche, "bis hin zum sozialistischen", wo doch dieses Grundgesetz eben gerade das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln schützt und wo die staatlichen Organe Unterdrückungsorgane der Kapitalistenklasse gegen das Volk sind. Ebenso meinte er, durch "Mitbestimmung" und "Investitionskontrollen" – weil "eine Fabrik eben Profit machen muß und ohne Profit auch die Arbeitsplätze gefährdet" seien – könne die Gewerkschaft Arbeitsplätze erhalten. Den Einwand konnte der Kollege nicht entkräften, daß dort, wo Gewerkschaften an der kapitalistischen Profitmacherei mitbestimmen würden – wie etwa in der Montanindustrie –, und die Interessen der Arbeiter den Gesetzen des Kapitals unterwerfen, Arbeitsplätze ebenfalls wegrationalisiert würden.

–P./KSB Paderborn–

Gespräch mit dem IG Chemie-Sekretär

Dieses Gespräch führte ein Mitglied der Ortsaufbaugruppe des KBW mit den Kollegen Herbert Borghoff, Bezirkssekretär der IG Chemie Neubeckum, und Günter Dahne, Mitglied des Betriebsrates von Seibel & Söhne in Erwitte, nach einer Veranstaltung eines politikwissenschaftlichen Seminars an der Gesamthochschule Paderborn zum Thema "Gewerkschaftspolitik", zu der die Seminarteilnehmer Kollegen der Fa. Seibel & Söhne eingeladen hatten, damit diese über ihren Kampf und ihre Erfahrungen den Studenten berichten konnten.

Frage: Wie ist der augenblickliche Stand der Auseinandersetzung?

H.B.: Der augenblickliche Stand ist geprägt durch die widerrechtlichen Aussperrungen des Arbeitgebers Clemens Seibel. Wir haben am 27. Mai bei der Urteilsverkündung hier beim Arbeitsgericht in Paderborn obsiegende Urteile bekommen, obwohl wir ja nun diese Urteile hatten, haben wir dem Arbeitgeber trotzdem wieder unsere Arbeitskraft angeboten.

Wir haben unsere Bereitschaft erklärt, mit ihm in Verhandlungen einzutreten, und zunächst hatte es den Anschein, daß er auch bereit gewesen wäre, mit uns diese Verhandlungen durchzuziehen, wobei schwerpunktmäßig bei den Verhandlungen ein sogenannter Stufenplan von seiten unserer Verhandlungskommission entwickelt wurde, der auch die Zustimmung der leitenden Angestellten und selbst Clemens Seibels fand. (Dieser Plan sieht den Abbau von Arbeitsplätzen vor verbunden mit einem Sozialplan / Red.)

Danach hat sich dann folgendes ergeben:

Wir wollten am Sonntag formulieren, am Montag, dem 2. Juni, unterschreiben. Als wir dann am Sonntag zu dem Arbeitgebertreffen kamen, hielt er – der durch Abwesenheit glänzte (F.C.Seibel; d.Verf.) – dieses Angebot, was wir ihm unterbreitet haben, nicht mehr aufrecht, er verließ den Stand des Erreichten.

Das ist unüblich unter Partnern. Auch, wenn man etwas schriftlich noch nicht fixiert hat, bleibt man bei dem, was man festgelegt hat. Das ist so meine Erwartung.

Er blieb also nicht dabei und war nur bereit, über die erste Stufe einen Vertrag mit uns abzuschließen. Das lag nicht im Interesse der Gewerkschaft und der Belegschaft und deshalb haben wir das abgelehnt.

Wir machten dann nochmal einen letzten Kompromißvorschlag, der auch wiederum abgelehnt wurde. Die Antwort darauf war dann, daß er am Dritten allen Arbeitnehmern die Aussperrung mitteilte. Dazu muß man sagen, daß das ein widerrechtlicher Akt ist, denn in der Rechtsprechung und auch in deutschen Gesetzen findet das keine Stütze.

Frage: Was für Erfahrungen habt ihr gemacht und was habt ihr in und aus dem Streik und der Betriebsbesetzung gelernt?

H.B.: Die Frage hat natürlich eine ungeheure Problematik, das kann man eigentlich gar nicht so in wenigen Worten bei einem Interview sagen.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß man in einer Solidargemeinschaft sicherlich bestimmte Zielsetzungen durchsetzen kann. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Gewerkschaften bereit sind, auch solchen außerordentlichen Arbeitskämpfen ihre Unterstützung zu geben.

Und ich darf hier sagen, daß es bisher nicht üblich ist, daß diese Art von Arbeitskämpfen die Unterstützung der Gewerkschaft gefunden haben.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Männer und Frauen, Arbeiter und Angestellte, Beteiligte und Unbeteiligte bereit sind, miteinander in solidarischem Verhalten gegen die Willkür eines Arbeitgebers anzugehen.

Wenn ich gesagt habe "Unbeteiligte", dann war das jener Teil der Arbeitnehmer, die ja zunächst nicht entlassen waren und als Nichtbetroffene sich solidarisch verpflichtet fühlten und mit denen, die schon zur Entlassung angestanden haben, gemeinsam in den Arbeitskampf, d.h. damals ja in die Betriebsbesetzung, gegangen sind.

Wir haben also positive Erfahrungen gemacht, daß beispielsweise die Frauen unserer Kollegen bereit waren, diesen Streik zu unterstützen, ihn mitzutragen, solidarisch an der Seite ihrer Männer zu stehen, daß diese Frauen bereit waren, sich weiterbilden und schulen zu lassen.

Wir haben die öffentliche Solidarität erfahren, beispielsweise, daß auch Bürgerliche plötzlich bereit waren, diesen Streik zu unterstützen.

Wir haben Erfahrungen, daß Pädagogen mit ihren Klassen dort raufkamen zu den Toren des Werkes, ins Werk gingen und mit den Streikenden diskutiert haben über die Ziele und Hintergründe dieses Arbeitskampfes.

Also, ich möchte sagen, daß wir aber auch eine weitere Erfahrung gemacht haben, daß man ohne Gewerkschaften diesen Arbeitskampf nicht hätte durchführen können, daß er nur durchführbar ist mit den Gewerkschaften.

Und auf der anderen Seite – und laß mich das als letztes sagen: Die Belegschaft hat auch festgestellt, daß man nicht in Demut alles hinnehmen soll, daß man sich wehren kann und daß man nur so, durch die Kampfbereitschaft, in Zusammenwirken mit der Gewerkschaft, ihrer eigenen Organisation, so einen Kampf durchstehen kann.

Frage: Was für eine Kampfperspektive habt ihr jetzt?

H.B.: Ich bin etwas überfragt. Ich habe es ja vorhin (auf der Veranstaltung; d.Verf.) schon gesagt, daß wir gegenwärtig neue Überlegungen anstellen aufgrund der Aussperrung. Gegenwärtig kann ich – aus den vorhin genannten Gründen, und dafür muß man ja auch Verständnis haben – nicht sagen, was wir in der kommenden Woche machen werden. Das wäre auch unfair der Mannschaft gegenüber, die noch nicht endgültig und abschließend darüber diskutiert hat.

Frage: Wie ist die Stimmung bei den Kollegen?

H.B.: Ja, mein Kollege Günter Dahne steht ja neben mir als Vertreter des Betriebsrates. **Wir können sagen:** ausgezeichnet! Wir haben noch nie, in keinem Arbeitskampf – und das ist mein 32. Arbeitskampf – eine derart gute Kampfstimmung gehabt; aber vielleicht sagt der Günter auch nochmal etwas dazu.

G.D.: Die Stimmung bei den Kollegen ist nach wie vor, wie ich das schon im Saal (gemeint ist der Hörsaal; d.Verf.) gesagt hab', hundertprozentig; vor allem wichtig ist, unsere Frauen unterstützen uns, das macht ja auch viel aus. Unsere Frauen sind sogar schon soweit, daß die schon zu Delegationsfahrten mitfahren, und da kannst du dir vorstellen, wie die Stimmung bei den Arbeitskollegen und auch bei den Arbeitskolleginnen ist. Wir bezeichnen unsere Frauen ja auch als Kolleginnen in diesem Arbeitskampf.

Frage: Vielen Dank für dieses Gespräch.

Am Nachmittag des 6. Juni wurde auf einer Betriebsversammlung über das weitere Vorgehen der Belegschaft verhandelt. Dabei war noch keine Einigkeit unter den Kollegen herzustellen, ob man weiter für die Rechte der Arbeiter kämpfen solle oder sich auf die bürgerlichen Gerichte verlassen solle. Eine endgültige Entscheidung fällt am Dienstag, den 10. Juni.

5000 bei der DGB-Jugenddemonstration in München

Der DGB-Sprecher pries die "Mitbestimmung" als Mittel zur Verhinderung der Radikalisierung der Arbeiterjugend / DKP-Ordner als Schlägertrupps

Nach den großen Demonstrationen in verschiedenen Städten in Westdeutschland demonstrierten am Samstag, den 7. Juni, in München ungefähr 5 000 Arbeiterjugendliche, Studenten und Schüler gegen die schlechten Zustände in der Ausbildung und gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Zu der Demonstration hatte der DGB aufgerufen.

Obwohl von der Gewerkschaft in den meisten Betrieben keinerlei Mobilisierung eingeleitet wurde, waren 5 000 erschienen, um ihrer Empörung über die schlechten Zustände in der Ausbildung Ausdruck zu verleihen. Das zeigt, daß ein großer Teil der Jugendlichen, vor allen Dingen der Arbeiterjugendlichen, nicht mehr gewillt ist, eine Ausbildung hinzunehmen, die nur im Interesse der Kapitalisten ist.

Der Sprecher des DGB, IG-Metall-Vorstandsmitglied Benz, widmete einen großen Teil seiner Rede einem indirekten Appell an die Kapitalisten, doch endlich die Mitbestimmung zu verwirklichen, da man doch sehe, wie "gefährlich" die Jugendarbeitslosigkeit sei. Denn, so Benz: "Sie ist mehr als ein bedrohlicher Eingriff in die Persönlichkeitsentwicklung, denn sie kann den entscheidenden Schritt auslösen zur Gegnerschaft zu unserer Gesellschaftsordnung", und "das dumme Geschwätz, mit dem die Chaoten ihre Weisheiten verbreiten, ist das beste Kapital der Kapitalisten".

Daß unsere Forderungen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine Einheitsschule, die der Spaltung unter den Arbeiterjugendlichen und zwischen der Arbeiterjugend und der Jugend des Volkes entgegentreten, ihm nicht schmecken, kann man gut verstehen. Denn diese Forderungen gehen von den Interessen der Arbeiterklasse aus und sind direkt gegen die Kapitalisten gerichtet, denen die Berufsausbildung entrissen werden muß.

"Kapital" für die Kapitalisten sind höchstens die Reden der Gewerkschaftsführer, die die Arbeiterklasse auf ewige Zeiten an die Bourgeoisie ketten wollen, indem sie versuchen, den Arbeitern die Mitbestimmung schmackhaft zu machen. "Die Unternehmer müssen endlich einsehen, daß Kapital und Arbeit gleichberechtigt sein müssen" – so Benz.

Das ist allerdings nicht nur "dummes Geschwätz", das ist gefährliches Geschwätz, das die Arbeiter von ihrem Kampf um ihre berechtigten Interessen abhalten soll. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, "gleichberechtigt" zu sein. Sie schafft mit ihrer Hände Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum, den die Kapitalistenklasse an sich reißt. Deshalb ist das Interesse der Arbeiter nicht, "gleichberechtigt" zu sein, sondern die politische Macht zu erobern und die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalistenklasse zu beseitigen.

Unterstützt werden die Gewerkschaftsführer bei der Verbreitung ihrer bürgerlichen Ideologien von der SPD und der DKP. Die DKP bzw. ihre studentische Organisation MSB Spartakus stellte gar fast ausschließlich die Ordner, die als Schlägertrupps auftraten, und zum Beispiel ein Transparent der Gruppe Rote Fahne "Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!" zerrissen. Die DKP-Schlägertrupps gingen mit Brachialgewalt gegen Menschen vor, die nicht hinter dem Mitbestimmungsgefasel von Benz standen. Mit der Organisierung der Arbeiterklasse hat die DKP ebenso wenig im Sinn wie die Gruppe Rote Fahne, die wieder einmal einen "revolutionären Block" bildete, in dem zwar die Studenten der Gruppe Rote Fahne aus bayerischen Städten vertreten waren, nicht aber die Arbeiterjugend.

Daß 5 000 Arbeiterjugendliche, Studenten und Schüler gegen die kapitalistische Ausbildung demonstrieren, ist gut. Schlecht ist, daß sie zum größten Teil unter Forderungen demonstrierten, die ihre Einheit im Kampf nicht herstellen und ihre schlechte Lage nicht beseitigen werden.

Daß das so ist, liegt an der Arbeit und dem geringen Einfluß der Kommunisten. Die ersten Schritte jedoch sind getan. So hat die IG-Metall-Ortsjugendversammlung am 16. April die richtigen Forderungen verabschiedet, und auch in der Elisabeth-Schule (Berufsschule für Maschinenschlosser) wurden sie von einer Klasse vertreten. Diese ersten Schritte gilt es weiterzuführen und alle Kraft darauf zu verwenden, daß größere Teile der Arbeiterjugend aus München auf der zentralen Demonstration des DGB im Herbst unter den richtigen Forderungen gegen die Kapitalistenklasse, für ihre Interessen demonstrieren.

K.G., Ortsaufbaugruppe München



DGB-Jugenddemonstration am 7.6. in München

Veranstaltung genutzt

Schülerratsresolution auf Gewerkschaftsveranstaltung verabschiedet

Zu Freitag den 5.6. hatte der DGB-Kreisjugendausschuß Hannover zu einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Vorbereitungen für die Arbeiterjugenddemonstration am 14. Juni aufgerufen. Ca. 140 Kollegen erschienen.

In seinem Eingangsreferat stellte der Landesbezirksjugendsekretär, Rainer Kunlehn, auch gleich klar, worum es auf dieser Versammlung gehen sollte: Er wolle an dieser Stelle nicht besonders auf die Lage der arbeitendne Jugend und ihre Ausbildung eingehen, jeder im Saal wisse ja, wie es da aussehe, vor allem wolle er sich mit dem Entwurf zur beruflichen Bildung der Bundesregierung auseinandersetzen und die Vorstellungen des DGB dazu vortragen. Nach dieser Fleißarbeit schloß er sein Referat mit der Feststellung ab, daß eine machtvolle Demonstration nötig sei, um der Bundesregierung und den Unternehmern zu zeigen, daß jetzt eine gute Berufsbildungsreform hermüsse. Man wolle nun die DGB-Forderungen diskutieren, selbstverständlich müsse sein, daß man sich hier über keine weiteren Forderungen mehr auseinandersetze und daß auch keine anderen Transparente auf der Demonstration getragen werden könnten.

Nun kamen die Kollegen zu Wort: Es meldete sich eine Kollegin aus der Textilbranche und erzählte über die Einstellung und Verschlechterung der Ausbildung bei der Firma Stadek in Nienburg. Über öffentliche Stände wolle man für die Demonstration am 14. Juni in Hannover mobilisieren.

Nach weiteren Beiträgen, die immer schärfer das verrottete Bildungs- und Ausbildungssystem unter dem Kommando der Kapitalisten und ihres bürgerlichen Staates anprangerten, verlas ein Schulsprecher der Berufsschule V aus der Metallverarbeitung eine Resolution des Schülerrats. Diese hatten über 80 Schülerräte bei einer Gegenstimme und sieben Enthaltungen verabschiedet (siehe KVZ Nr. 22 S. 11).

So hält die Resolution fest:

– **Diese Ausbildung muß unentgeltlich sein, alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr erfassen und theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermitteln. Erst diese Einheitsschule wird für alle Kinder eine umfassende Ausbildung gewährleisten.**

Der Kollege und Schülersprecher stellte diese Resolution in der Versammlung zur Abstimmung als einer guten und nützlichen Grundlage für die weitere Mobilisierung zur Demonstration. In der folgenden Debatte sprachen sich noch mehrere Kollegen für die Verabschiedung der Forderungen aus, weil sie darin eine konkrete Antwort auf die elenden Verhältnisse in der Ausbildung unter der Fuchtel der Kapitalisten sahen. Dies fand breiten Beifall in der Versammlung. Zum Schluß der Diskussion wurde die Resolution gegen den hinhaltenden Widerstand einiger KJA-Mitglieder und der DKP mit 2 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen verabschiedet.

Resolution zur Jugendarbeitslosigkeit

Goslar. Am 6. Juni fand im DGB-Haus Goslar eine Veranstaltung zum Thema "Jugendarbeitslosigkeit – Lehrstellenabbau" statt. Etwa 60 junge Kolleginnen und Kollegen waren dem Aufruf des Kreisjugendausschusses zu dieser Veranstaltung gefolgt, die zur Vorbereitung der Demonstration am 14.6. in Hannover diente.

Um die Lage der Arbeiterjugend zu ändern, traten die Teilnehmer der Veranstaltung in einer Resolution einstimmig dafür ein, daß das Recht auf Berufsausbildung den Kapitalisten genommen wird. Sie soll in eine einheitliche Ausbildung der Arbeiterjugend durch den Staat unter der Kontrolle des Volkes überführt werden.

DGB-Jugenddemonstration in Marburg

Am 7.6. fand in Marburg eine Demonstration des DGB Mittelhessen gegen die Ausbildungsmisere und Jugendarbeitslosigkeit statt. Etwa 800 Jugendliche nahmen an der Demonstration teil. Die äußerst geringe Teilnehmerzahl rührt daher, daß der DGB zur Mobilisierung kaum etwas unternommen hatte. So konnten keine neuen Jugendlichen in den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung einbezogen werden. In Marburg hatte vor rund einem Vierteljahr schon eine Veranstaltung zur Ausbildung der Arbeiterjugend stattgefunden, an der etwa 2 000 Jugendliche teilgenommen hatten.

„Die Lage spitzt sich zu"

Bielefeld: Berufsschüler nehmen den Kampf gegen miserable Ausbildungsbedingungen auf

An den Carl-Severing-Berufsschulen sind die Unterrichtsbedingungen unhaltbar. Diese Tatsache ist seit mehreren Monaten in Bielefeld bekannt. Ebenfalls bekannt ist, daß die Schülermitverwaltung nicht bereit ist, diese Zustände stillschweigend hinzunehmen.

Die Schülermitverwaltung hat in den letzten Monaten die Zustände an dieser Schule, besonders in der metallgewerblichen Abteilung, der Öffentlichkeit bekannt gemacht und auch eine Veranstaltung im DGB-Haus durchgeführt. Nur ein Beispiel für die Zustände: An der metallgewerblichen Abteilung fallen fast 50 % des Unterrichts aus.

Nun ist bekannt geworden, daß sich die Zustände zum neuen Schuljahr im Herbst weiter verschlechtern werden.

– Für die neuen Klassen, die zum Schuljahr 1975/76 neu eingeschult werden, sind keine neuen Lehrkräfte eingestellt worden.

– Stattdessen wird der Lehrermangel weiter vergrößert dadurch, daß bislang an der Schule tätige Referendare an andere Schulen versetzt werden.

– Nebenberuflich tätigen Studenten wird gekündigt.

– Neue Werkstatträume sind nicht eingerichtet worden.

– Vorhandene Klassenräume können wegen fehlender Lehrer nicht optimal genutzt werden.

– Der durchschnittliche Stundenausfall von jetzt fast 50 % wird sich mit Sicherheit weiter erhöhen.

Angesichts dieser Lage hat die Schülermitverwaltung für den 11. Juni zu einer Schülervollversammlung aufgerufen. Dies betrifft alle Schüler der metallgewerblichen Abteilung, die für diese Veranstaltung, die als Schulveranstaltung gilt, arbeits- und unterrichtsfrei erhalten. Im Anschluß an die Veranstaltung plant die Schülermitverwaltung eine Demonstration, an der alle teilnehmen sollen, die die Berufsschüler in ihrem Kampf gegen miserable Ausbildungs- und Schulbedingungen unterstützen wollen.

Die Berufsschüler sind also nicht länger bereit, die staatlichen Sparmaßnahmen in der Berufsausbildung auf ihrem Rücken austragen zu lassen, und gehen jetzt in die Offensive. Immer größeres Gewicht bekommen in dieser neuen Lage die Forderungen der Schülermitverwaltung. Diese Forderungen wurden beschlossen auf der Veranstaltung der Schülermitverwaltung im Februar im DGB-Haus:

1. Eine einheitliche und gleichwertige Schulausbildung für alle Jugendlichen.

Eine Schulausbildung, die jeden Jugendlichen mit den Hauptzweigen der Produktion vertraut macht.

Unterbindung aller Eingriffe der vorgesetzten Ämter, insbesondere der Industrie- und Handelskammern, in die Festlegung der Lehrpläne.

2. Angemessenes Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Schulabgänger.

3. Streichung aller Sonderrechte des Lehrherrn im Ausbildungsvertrag (z.B. Weisungsrecht).

Streikrecht für alle Lehrlinge.

4. Weg mit der Stufenausbildung!

5. Zwölf Berufsschulstunden pro Woche. Berufsschultage müssen arbeitsfrei sein.

Mit ihren Forderungen tritt die Schülermitverwaltung für eine grundlegende Veränderung der Schulausbildung für die Jugend der Arbeiterklasse ein. Angesichts solcher Forderungen regt sich natürlich Widerstand bei Leuten, die ein Interesse daran haben, die herrschenden Zustände in der Berufsausbildung zu verteidigen oder zu beschönigen. In Bielefeld kommt der Widerstand von zwei Seiten:

Die Schulleitung läßt die Forderungen in allen Klassen im Politik-Unterricht diskutieren. Die Richtung, in die sie die Diskussion lenken will, wird klar, wenn man weiß, wie der Oberstudiendirektor Corsing gegenüber der Schülermitverwaltung und deren Forderungen aufgetreten ist: Er riß Wandzeitungen mit diesem Inhalt herunter und begründete seinen Widerstand gegen die Forderungen damit, diese wären nicht unmittelbar auf die Schule bezogen und gehörten darum nicht dahin. Beabsichtigt ist also in den Diskussionen, die die Schulleitung in den Klassen führen läßt , die Forderungen der Schülermitverwaltung als illusionär und utopisch hinzustellen. Daß ihr das nicht so gelingt, zeigt sich an der Reaktion der Klasse E-M 73.1. Diese machte ein Wandplakat, in dem sie berichtete, sie habe noch einmal über die Forderungen diskutiert und habe sich einstimmig bei fünf Enthaltungen dafür ausgesprochen.

Gegen die Forderungen geht aber auch DGB-Jugendsekretär Guntram Schneider vor. Am 13. Mai auf einer Sitzung des DGB-Kreisjugendausschusses stellte er die Unterstützung für die Berufsschüler der Carl-Severing-Berufsschulen in Frage, wenn die Schülermitverwaltung nicht Abstand von dieser oder jener Forderung nehme.

Die Mitglieder des Kreisjugendausschusses waren nicht bereit, dem Ansinnen von Schneider zu folgen und die Schülermitverwaltung zu rügen. Stattdessen wurde vereinbart, auf eine neue Sitzung des Kreisjugendausschusses am 28. Mai Vertreter der Schülermitverwaltung einzuladen.

Auf der Sitzung des DGB-Kreisjugendausschusses am 28. Mai beschloß der Kreisjugendausschuß, die Schülermitverwaltung der Carl-Severing-Schule zu unterstützen und stellte sich im wesentlichen hinter ihre Forderungen. So z.B. hinter die Forderung nach der Einheitsschule.

Die richtige Taktik, die die Berufsschüler darum einschlagen müssen, ist, die Forderungen noch einmal breit zu diskutieren. Dies muß in jeder Klasse erfolgen; ebenso natürlich auch in den Einzelgewerkschaften, wo man breitere Unterstützung für den Kampf der Berufsschüler gewinnen muß. Schüler anderer Schulen müssen auch aufgefordert werden, sich mit den Berufsschülern der Carl-Severing-Schulen zu solidarisieren und sich an der Demonstration zu beteiligen. Ein gutes Beispiel haben schon eine Reihe von Gymnasiasten gegeben: Sie haben Anfang der Woche ein Flugblatt vor allen Bielefelder Gymnasien verteilt, in dem sie sich mit der Schülermitverwaltung der Carl-Severing-Schulen (metallgewerbliche Abteilung) solidarisieren und ihre Mitschüler zur Unterstützung auffordern.

Die Schülervollversammlung mußte inzwischen auf den 18.6. verlegt werden, da die Schulleitung die Ansicht vertreten hatte, sie sei nicht ordnungsgemäß angemeldet worden. A.

Solidaritätsschreiben

Solidaritätsschreiben an die Schüler der Carl-Severing-Schule gingen bisher ein von:

den Schülern des Westfalenkollegs,

den Schülern des Oberstufenkollegs,

der Schülermitverwaltung des Gymnasiums Heepen,

den Studenten der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld,

den 'Falken', Ortsgruppe Sennestadt,

den Jusos, Unterbezirk Bielefeld,

dem Ortsjugendausschuß (OJA) der Textil-Gewerkschaft (GTB),

dem Ortsjugendausschuß (OJA) der Metall-Gewerkschaft (IGM),

der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Milliardengeschäft des BRD-Imperialismus mit Brasilien

Verschärfte Konkurrenz mit der Supermacht USA / Die USA wollen Brasilien in Abhängigkeit halten / Auch der BRD-Imperialismus übt Druck auf Brasilien aus

Über das größte Exportgeschäft der Bundesrepublik, die Lieferung von acht Kernkraftwerken einschließlich Anlagen zur Uranaufbereitung an Brasilien gegen die Lieferung von Roh-Uran an die Bundesrepublik, ist es zu einem Konflikt zwischen der BRD und den USA gekommen.

Das kurz vor der Unterzeichnung stehende brasilianisch-westdeutsche Regierungsabkommen, bei dem es um ein Geschäft von 12 Milliarden Mark geht (Stuttgarter Zeitung vom 7. Juni), ist in der außenpolitischen Debatte des amerikanischen Senats heftig angegriffen worden. Die US-Senatoren Pastore und Ribicoff verlangen, *"die amerikanische Regierung müsse darauf bestehen, daß dieser Vertrag nicht unterzeichnet werde"*. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Juni) Die beiden US-Senatoren erklärten, es könne nicht hingenommen werden, *"daß eine neue und schwere Gefahr in unserem eigenen Hinterhof"* entstehe (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juni). Mit den von der BRD gelieferten Anlagen komme Brasilien in die Lage, Atomwaffen herstellen zu können. Die "Washington Post" bestätigte, *"amerikanische Regierungsvertreter seien besorgt, daß sich die brasilianische Militärregierung entschieden habe, für die Atombombe zu optieren* (sich zu entscheiden)" (Frankfurter Rundschau vom 4. Juni)

Die USA bringen ihre Interessen als Supermacht zur Geltung, die nach Weltherrschaft strebt

Es handelt sich bei diesen Aufforderungen und Besorgnissen um den Versuch einer direkten Einmischung in die Beziehungen zweier selbständiger Länder, Brasiliens und der Bundesrepublik. Und diejenigen, die sich da über mögliche brasilianische Atomwaffen Sorgen machen, sind selber mit tatsächlichen Atomwaffen bis zu den Zähnen gerüstet. Selber denken die USA überhaupt nicht daran, ihre Atomwaffen zu vermindern. Erst vor wenigen Wochen haben sie sich gemeinsam mit der Sowjetunion auf der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags in Genf geweigert, *"ihr strategisches Kernwaffenpotential – 2 400 Atomwaffenträger ... – auf die Hälfte zu reduzieren. ... Das betrachten die Amerikaner und die Russen als Einmischung in ihre Angelegenheiten."* (Neue Zürcher Zeitung vom 28. Mai) Gleichzeitig weigerten sich beide, ein Zusatzprotokoll zu unterzeichnen, *"in dem sich die Atommächte verpflichten, 'nie und unter keinen Umständen Nichtnukleare mit Kernwaffen zu bedrohen'"* (Neue Zürcher Zeitung vom 28. Mai). Wie selbstverständlich gehen die USA davon aus, daß andere Staaten nicht gleichberechtigt sind, sondern nach ihrer Pfeife tanzen müssen Die USA treten offen als eine Supermacht auf, d.h. als **"ein imperialistisches Land, das überall mit Aggression, Intervention, Kontrolle, Subversion und Ausplünderung gegen andere Länder vorgeht und die Vorherrschaft über die Welt anstrebt"** (Deng Hsiao-Ping, Rede auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung vom 9. April 1974. Aus: Peking Rundschau 15/1974).

Das Ziel der USA: Brasilien soll "Hinterhof" des US-Imperialismus bleiben

Der Vorstoß der USA richtet sich zunächst gegen Brasilien. Brasilien ist ein Entwicklungsland, ein Land der Dritten Welt, das traditionell von den USA als Teil der eigenen Einflußzone (des "Hinterhofs" in den Worten des Senators Pastore) betrachtet wird, dessen natürliche Ressourcen vom Imperialismus ausgeplündert und dessen Arbeiter und Bauern als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Politisch ist Brasilien formell selbständig, ökonomisch vom Imperialismus, besonders vom US-Imperialismus, abhängig, wodurch die Unabhängigkeit des Landes unvollständig und unstabil ist. So ist die regierende Militärclique in Brasilien mit direkter Unterstützung und als Agent der USA zur Herrschaft gekommen. Und während die Absicht des US-Imperialismus dahin geht, die Abhängigkeit Brasiliens zu verlängern, gewinnt die objektive Tendenz nach staatlicher Unabhängigkeit von einer fremden Bourgeoisie und nach Verfolgung der eigenen bürgerlichen Interessen selbst in der reaktionären Militärregierung an Boden.

Staaten wollen Unabhängigkeit

So hat die US-Firma Westinghouse nach Brasilien zwar auch schon einen Atomreaktor geliefert. Sie hat aber von den Brasilianern die Folgeaufträge nicht bekommen. Die "Stuttgarter Zeitung" nennt als den *"eigentlichen Grund"* dafür, daß *"Washington nicht bereit ist, den Brasilianern beim Aufbau einer unabhängigen Reaktorindustrie zu helfen. Zu einem solchen Aufbau gehören nicht nur die Reaktoren, sondern auch die Aufbereitungsanlagen für Natururan."* (7. Juni) Bisher haben die USA neben der Sowjetunion faktisch das Monopol für aufbereitetes ("angereichertes") Uran.

Wenn Brasilien diese Abhängigkeit vom US-Monopol überwinden will, dann ist das für die USA Anlaß für *"ernste Besorgnis"* und politische Intervention. Dann ist dem US-Imperialismus die politische Unabhängigkeit Brasiliens ein wachsendes Ärgernis. Zumal Brasilien seine politische Unabhängigkeit genutzt hat, um den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag zu verweigern, über den die Supermächte USA und Sowjetunion alle anderen Länder unter Kontrolle zu nehmen versuchen. Brasilien weigert sich ebenfalls, seinen gesamten Kreislauf an Kernbrennstoffen der Kontrolle der Internationalen Atomenergieorganisation zu unterstellen, in der wiederum die USA und die Sowjetunion zu bestimmen haben. Bereiterklären mußte es sich lediglich dazu, die von Westdeutschland gelieferten Anlagen dieser Kontrolle zu unterstellen, nicht aber eigene Anlagen, die es aufgrund der gemachten Erfahrungen baut.

Zwischen der Supermacht USA und dem westdeutschen Imperialismus wächst die Konkurrenz

Eine Intervention ist der amerikanische Vorstoß aber nicht nur gegen Brasilien, sondern auch gegen die Bundesrepublik. Die BRD ist selbst eine imperialistische Macht. Beim Kampf um Märkte, Rohstoffe und Kapitalanlagesphären ist der westdeutsche Imperialismus mit dem Brasilien-Geschäft ins Gehege der USA eingedrungen und versucht, ihm Terrain streitig zu machen. Die USA schlagen in dieser innerimperialistischen Konkurrenz mit aller Heftigkeit zurück, und sie haben mächtige Mittel. Die "Frankfurter Allgemeine" weist darauf hin: *"Zu bedenken ist hier, daß die Bundesrepublik bis auf weiteres in der Versorgung mit Kernbrennstoffen von den USA abhängig ist."* (5. Juni)

Und diese Abhängigkeit haben die USA die BRD deutlich spüren lassen. Mitte April hat die amerikanische Atomenergiekommission plötzlich einen Lieferstop für angereichertes Uran verhängt (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April). Später hieß es dann, das sei ein Fehler der US-Bürokratie gewesen (Süddeutsche Zeitung vom 16. April). Heute weiß man, daß nach Auskunft der Bundesregierung *"der amerikanische Botschafter in Bonn ... bereits am 19. Februar"* über das Brasilien-Geschäft unterrichtet worden ist. Und daß *"am 7. April* (also eine Woche vor dem Lieferstop) *eine amerikanische Expertendelegation in Bonn abermals darum gebeten (hat), noch keine Entscheidung zugunsten des Brasilien-Abkommens zu treffen"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Juni). Am 30. April hat dann die Bundesregierung trotz des amerikanischen Drucks dem Abkommen zugestimmt. Die eigenen imperialistischen Interessen haben sie dazu veranlaßt.

Die Verschärfung der gegenwärtigen Krise, der Rückgang des Welthandels und der westdeutschen Exporte verschärfen zwangsläufig die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten, verschärfen ihr Bestreben, sich gegenseitig Märkte, Rohstoffe, lohnende Anlagemöglichkeiten abzujagen. Auch die Konkurrenz zwischen dem US-Imperialismus und dem BRD-Imperialismus verschärft sich dabei und zwingt den BRD-Imperialismus, unabhängig von den USA zu werden und in Industriezweige und Länder einzudringen, wo bisher die USA führend waren.

Der westdeutsche Imperialismus steckt nicht zurück

Das ist von langer Hand durch die westdeutsche Bourgeoisie vorbereitet. Seit Jahren subventioniert die Bundesregierung die westdeutsche Reaktorindustrie aus Steuermitteln. Ein eigenes Ministerium existiert dafür, das Forschungsministerium, vormals Atomministerium. Es ist das ein Ministerium in erster Linie, um die Expansion des Siemens- und des AEG-Konzerns auf dem Weltmarkt voranzutreiben. Beiden zusammen gehört die Kraftwerksunion, die jetzt den Brasilien-Auftrag bekommen hat. Mit zurückhaltendem Triumph berichtet die "Frankfurter Allgemeine" über den jetzt bevorstehenden Erfolg in einem der expansivsten Industriezweige: *"Auf brasilianischer Seite ist der Wunsch entstanden, ausschließlich mit deutschen Unternehmen die gesamte künftige brasilianische Nuklear-Industrie schrittweise aufzubauen."* (5. Juni)

Er verstärkt den Druck auf Brasilien

Trotz dieses bevorstehenden Erfolges bleibt der US-Imperialismus selbstverständlich ungleich mächtiger als der westdeutsche Imperialismus. Und so hatte denn seine Intervention auch schon gewisse Erfolge. Die "Stuttgarter Zeitung" weiß zu melden: *"Erst auf Drängen dieser* (amerikanischen Regierungs-) *Delegation habe sich die Bundesrepublik entschlossen, zusätzliche Sicherungen in das Vertragswerk einzubauen, die weit über die Bedingungen des Atomwaffensperrvertrages hinausgingen."* (7. Juni)

Mit anderen Worten: Der Druck des USA-Imperialismus hat die BRD nicht veranlassen können, das lohnende Geschäft aufzugeben. Aber der BRD-Imperialismus hat für Brasilien die Bedingungen verschärft und zusätzliche, in die Unabhängigkeit Brasiliens einschneidende Kontrollen erzwungen.

Brasilien – Bundesrepublik: Widersprüche und Zusammenarbeit

An diesem Vorgang lassen sich ausgezeichnet die Widersprüche und die Abhängigkeiten studieren, die zwischen der Ersten Welt, den beiden Supermächten, auf der einen Seite und der Dritten Welt, den Entwicklungsländern, auf der anderen Seite bestehen sowie die Rolle der Zweiten Welt, die aus den entwickelten kapitalistischen und imperialistischen Ländern mittlerer Größe besteht und wozu auch die BRD gehört.

Brasilien versucht, durch ein Geschäft mit der BRD, einem imperialistischen Konkurrenten des US-Imperialismus aus der Zweiten Welt, seine wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA zu verringern und seine Ressourcen zu entwickeln. Es tauscht seine Rohstoffe gegen Industrieanlagen, die ihm der US-Imperialismus verweigert. In bezug auf dieses Geschäft besteht eine Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit zwischen Brasilien und der BRD und ein Widerspruch zur Supermacht USA.

Aber zwischen Brasilien und der BRD gibt es nicht nur Zusammenarbeit, sondern auch Widerspruch. Die BRD übt in Verfolgung ihrer eigenen imperialistischen Interessen Druck aus auf Brasilien und zwingt es, Bedingungen zu akzeptieren, die seine Unabhängigkeit verletzen. Das Motiv des westdeutschen Imperialismus ist nicht Hilfe für ein unterentwickeltes Land, sondern er geht auf Extraprofite, Rohstoffe, Kapitalanlagesphären aus. Er will seinen Anteil an der Weltherrschaft.

Die westdeutsche Arbeiterklasse muß die imperialistische Politik der westdeutschen Bourgeoisie bekämpfen

Wie muß in dieser Lage die westdeutsche Arbeiterklasse auftreten, wenn sie ihre Interessen verfolgen und die unwiderstehliche historische Strömung schneller vorantreiben will, daß Staaten die Unabhängigkeit wollen, Nationen die Befreiung und Völker die Revolution? Es ist keineswegs ihre Aufgabe, darüber zu jammern, daß die Supermacht USA der westdeutschen Bourgeoisie in die Quere kommt und sie unter ihrer Fuchtel halten will. In diesem Streit zwischen imperialistischen Räubern gibt es keine gerechte Seite. Vielmehr muß die westdeutsche Arbeiterklasse der eigenen imperialistischen Bourgeoisie entgegentreten und im gegebenen Fall dagegen ankämpfen, daß der westdeutsche Imperialismus Brasilien unter Druck setzt und ihm Bedingungen aufzuzwingen versucht, die dessen Unabhängigkeit verletzen. Als Arbeiterklasse in einem imperialistischen Land muß sie dafür eintreten, daß die herrschende bürgerliche Klasse in ihren auswärtigen Beziehungen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz nicht verletzt, wozu sie von ihren imperialistischen Interessen immer getrieben wird.

Je besser es der Arbeiterklasse gelingt, die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie zur Achtung der Souveränität und territorialen Integrität anderer Staaten zu zwingen, zum Nichtangriff, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und dazu, in ihren Beziehungen zu anderen Staaten das Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens zu respektieren, um so mehr unterstützt die westdeutsche Arbeiterklasse den Kampf der Länder der Dritten Welt um Unabhängigkeit und Gleichberechtigung. Um so besser werden diese Länder ihre Beziehungen zur imperialistischen Bundesrepublik dazu nutzen können, um sich zu stärken und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewinnen.

Ein solcher Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die imperialistische Politik der westdeutschen Bourgeoisie trägt nicht nur zur Schwächung des Imperialismus allgemein bei und zur Stärkung der Länder der Dritten Welt. Er nützt insbesondere auch dem Zusammenschluß gegen die beiden Supermächte, indem er die Länder der Dritten Welt stärkt und es ihnen leichter macht, aus der Zusammenarbeit mit imperialistischen Ländern der Zweiten Welt einigen Nutzen zu ziehen. Den Supermächten wird es dadurch erschwert, die Länder der Dritten Welt unter Kontrolle zu halten, und gleichzeitig werden Hindernisse aufgerichtet für ein Zusamengehen der Supermächte mit den imperialistischen Mächten der Zweiten Welt bei der Unterdrückung des Unabhängigkeitsstrebens der Länder der Dritten Welt, dem Streben der Nationen nach Befreiung und der Völker nach Revolution.

Je entschiedener die westdeutsche Arbeiterklasse diesen Kampf führt, um so rascher kommt sie aber zugleich auch ihrem eigenen unmittelbaren Ziel näher, dem Sturz der bürgerlichen Herrschaft in Westdeutschland und der Errichtung der Arbeitermacht, die den Sozialismus aufbaut. Auch in Fragen der Außenpolitik hat die westdeutsche Arbeiterklasse mit der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie keinerlei gemeinsame Interessen.

W.M.

Scharfe Strafen in der DDR

Erhöhung der Geldstrafen / Eigentumsdelikte nehmen zu

Die Staatsführung der DDR hat zum 1.4.1975 ihre Strafprozeß- und -vollzugsordnung "reformiert". An den neuen Bestimmungen sind die Verschärfungen am auffälligsten, da sie auf ein allgemeines Ansteigen der Kriminalität sowie vor allem auf ein Anwachsen der Eigentumsdelikte schließen lassen. Für Verbrechen, die der "sozialistischen Volkswirtschaft" Schaden zugefügt haben, ist die bis jetzt mögliche höchste Geldstrafe von 100 000 M auf ein Höchstmaß von 500 000 M heraufgesetzt worden. Diese Strafe ist allerdings nur als Nebenstrafe, also zusätzlich zu einer Gefängnisstrafe möglich.

Da kann man sich fragen, wer in einem sozialistischen Land 500 000 M bezahlen kann, wenn er zur selben Zeit noch zu einigen Jahren Freiheitsentzug verdonnert wird, d. h. kein Geld verdienen kann. Ein Arbeiter wird nicht in der Lage sein, sich ein solches Vermögen anzuhäufen. Vielmehr scheint es sich hier um Wirtschaftskriminalität von Fabrikdirektoren oder Wirtschaftsfunktionären zu handeln, die sich bei der privaten Bereicherung an dem von den Arbeitern geschaffenen Gewinn unvorsichtigerweise haben ertappen lassen. Daß so eine Bereicherung aber überhaupt möglich ist, daß jemand 500 000 M auf dem Konto haben kann, spricht dafür, daß sich in der DDR eine neue reiche Ausbeuterklasse herausbildet.

Aber auch die Jugendkriminalität scheint wie in kapitalistischen Ländern im Ansteigen zu sein: Jedenfalls können Jugendliche, die auf Bewährung verurteilt wurden, nun mit bis zu 10 Tagen Freizeitarbeit bestraft werden, was bisher nur bis zu 25 Stunden möglich war. Erreicht werden soll damit wahrscheinlich eine stärkere Abschreckung von Verbrechen.

Seit 1970 sind keine allgemeine Statistiken über die Kriminalität in der DDR mehr erschienen, d. h. die vorausgesagte Entwicklung des Zurückgehens jeder Kriminalität in der "sozialistischen" DDR wird nicht belegt. Nur anhand von Einzelveröffentlichungen aus Bezirken und einzelnen Städten läßt sich nachweisen, daß durch die Behandlung von kleinen Eigentumsdelikten wie z. B. Warenhausdiebstählen als "Verfehlungen", die nicht ins Strafregister eingetragen, d. h. nicht zur Kriminalität gerechnet werden, die Statistiken frisiert werden. Dabei geben gerade Eigentumsdelikte einen Aufschluß darüber, in welcher Richtung sich die gesellschaftliche Entwicklung vollzieht: herrschen in einem Land Konkurrenz und große soziale Unterschiede zwischen den einzelnen Schichten der Bevölkerung, handelt es sich also um eine Klassengesellschaft, in der sich eine Minderheit den Reichtum der anderen per Gesetz oder gesellschaftlicher Stellung aneignen kann, so nehmen die Fälle immer mehr zu, in denen die Armen sich individuell auch mal etwas herausnehmen wollen, was ihnen eigentlich zusteht.

Die DDR-Staatsführung mußte also einer gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen, die immer stärker in kapitalistische Bahnen zurückkehrt.

–G., Westberlin–

Der in der vorigen Nummer der KVZ angekündigte 2. Teil der Antwort an die DKP kann aus Platzgründen erst in der nächsten Ausgabe der KVZ erscheinen.

Beschluß der Darmstädter Angestelltenkonferenz der ÖTV

Darmstadt. Auf der Angestelltenkonferenz der Kreisverwaltung Darmstadt der ÖTV vom 22. Mai wurde mehrheitlich ein Beschluß für einen Volksentscheid gegen den § 218 gefaßt. In dem Beschluß heißt es unter anderem:

"Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218.

Die Entscheidung über den § 218 darf nicht einigen hochbezahlten Richtern überlassen werden; vielmehr muß das Volk selbst entscheiden. Dieser Forderung muß durch eine Unterschriftensammlung Nachdruck verliehen werden. Der DGB-Kreisvorstand wird aufgefordert, unter den Forderungen

– Weg mit dem § 218!
– Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
– Das Volk selbst soll entscheiden!
– Volksentscheid gegen den § 218!

eine Veranstaltung und Unterschriftensammlung durchzuführen."

Unterschriftensammlung

Freiburg

Der Fachschaftsrat Psychologie der Universität Freiburg unterstützt den Aufruf des Freiburger Komitees und die Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid gegen den § 218.

In der Abteilung Teilfertigung der Firma Hellige haben von 30 Kollegen 21 die Unterschriftenliste gegen den § 218 unterzeichnet.

Hamburg. Am Samstag, den 7.6., haben 6 Mitglieder der Initiativgruppe Langenhorn auf dem Langenhorner Markt innerhalb von 2 Stunden 240 Unterschriften für die Forderung nach einem Volksentscheid gesammelt und in den Diskussionen breite Zustimmung für die Forderungen gegen den § 218 gefunden.

gen den § 218 gefunden.

Hamburg. Ein Elektriker, der Mitglied des Hamburger Komitees ist, berichtet, daß er auf Montage auf dem Bau bei verschiedenen Handwerkergruppen Unterschriften gesammelt hat. In kurzer Zeit hatten 22 Arbeiter unterschrieben.

Neue Komitees und Initiativen

Nach Mitteilung des Ausschusses der Komitees und Initiativen gegen den § 218 haben sich in der ersten Woche nach dem gemeinsamen Delegiertentreffen folgende Komitees dem Aufruf angeschlossen: die Komitees in **Bochum, Essen, Kiel, Münster, Tübingen und Würzburg.**

In **Heidelberg** hat die Initiative ein Komitee gegründet, 130 Mitglieder haben sich eingetragen.

Neugegründet wurden Initiativen und Komitees in **Frankenthal, Herne und Norden.**

Zu weiteren Veranstaltungen kamen in Wilhelmshaven 50 Menschen, zu einer Podiumsdiskussion in Worms 50 Menschen und in Gießen 180 Menschen. Zu einer Veranstaltung des Initiativkomitees gegen den § 218 an der Universität und Pädagogischen Hochschule in Köln kamen etwa 100 Studenten.

Chefärzte wollen selbst "begutachten"

Hamburg. Am 24.4. 1975 hat bei der Gesundheitsbehörde in Hamburg eine Konferenz der Chefärzte der Gynäkologischen Abteilungen der Hamburger Krankenhäuser stattgefunden. Thema: der § 218.

Hauptsächlich ging es dabei um das Verfahren beim gesetzlich genehmigten Schwangerschaftsabbruch. 1973 hat es in Hamburg 1 859 legale Abtreibungen gegeben, von den gestellten Anträgen waren 95 % genehmigt worden.

Jetzt äußerten sich einige Chefärzte dahingehend, daß sie für "ihre" Abteilungen das Gutachten der Ärztekammer nicht mehr anerkennen, sondern selbst darüber entscheiden wollen, ob eine Abtreibung vorgenommen werden soll.

,Man sieht, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes treten die Vertreter des § 218 wieder ungeniert auf. Umso notwendiger, den Widerstand gegen das reaktionäre Urteil zu festigen.

–M.L., Hamburg–

Wenn eine Arbeiterin ein Kind will

2 Fehlgeburten erlitt eine türkische Arbeiterin, weil die Stotz-Kapitalisten auf ihre Schwangeschaft keine Rücksicht nahmen.

Heidelberg. Wenn eine arme Frau abtreibt, weil sie nicht weiß, wovon sie das Kind füttern soll, muß sie Angst haben, im Gefängnis zu landen. Wenn ein Kapitalist eine Arbeiterin, die ein Kind haben will, zweimal in Fehlgeburten hineinhetzt und sie dann noch auf die Straße wirft, findet er doch leicht einen milden Richter. Das konnte jetzt eine türkische Kollegin erfahren, die vor Gericht ihr Recht gesucht hatte.

Im Oktober war die türkische Kollegin von Stotz BBC in Heidelberg auf die Straße gesetzt worden. Stotz hatte im Herbst mit einer Serie von allesamt rücksichtslosen Entlassungen angefangen. "Betriebsbedingte Entlassungen" aufgrund der "spürbaren Rezession", wie sich der Stotzvertreter vor Gericht ausdrückte. Die türkische Kollegin wurde entlassen wegen "zuvieler Fehlzeiten" in den beiden letzten Jahren.

Nun war die Kollegin in den beiden Jahren jeweils zwei mal für kurze Zeit krank gewesen. Das Gericht sah diese Fehlzeiten als normal und unerheblich an.

Es kam aber auch heraus, wie es zu diesen "Fehlzeiten" gekommen war. 1973 war der Kollegin bei der Arbeit mehrmals schlecht geworden. Sie war schwanger, mußte aber voll im Akkord (von 135 %) arbeiten. Erst als es überhaupt nicht mehr ging, wurde sie nach Hause geschickt. Nach einigen Tagen erlitt sie eine Fehlgeburt. "Wir nahmen dies zur Kenntnis und gliederten die Frau wieder in die Akkordarbeit ein", sagte der Meister vor Gericht kaltschnäuzig.

Im August 74 war die Kollegin erneut schwanger. Sie bat um eine leichtere Arbeit. Die Bestätigung ihres Hausarztes wurde aber nicht anerkannt. Auch über das zweite, vom zuständigen Arzt ausgestellte Attest setzte sich die Firma hinweg, die Kollegin blieb im Akkord. Schließlich rief ihr Arzt bei ihrem Meister an, um ihm noch einmal ausdrücklich den Zustand der Kollegin zu bestätigen. Da wurde sie in den Zeitlohn übernommen, behielt aber die gleiche Tätigkeit. Da sie seit 1969 diese Arbeit machte, blieb sie in ihrem Arbeitsrhythmus wie sie es gewohnt war. Dazu gehörte, daß sie immer wieder, wenn 200 Stück der Geräte fertig waren, sie in einer Kiste wegtransportieren mußte, jeweils 60 kg. Erst Ende September wurde sie an einen Arbeitsplatz versetzt, wo sie Etiketten auf Geräte kleben mußte. Aber auch hier mußte sie wieder schwere Kisten vom Boden auf den Tisch heben. Nach dem Arbeitszettel vom 25.9. waren das insgesamt 22,8 Zentner. Auch am nächsten Tag blieb sie an diesem Arbeitsplatz. Am Tag darauf mußte sie in die Frauenklinik eingeliefert werden. Erneut erlitt sie eine Fehlgeburt.

Noch während sie in der Klinik war, kam die Kündigung.

Vor Gericht brachte der Stotz-Vertreter dann auch noch vor, als Angehörige der Lohngruppe II habe man sie auch deshalb entlassen müssen, weil sie nicht so geschickt sei und weniger vielseitig eingesetzt werden könne, wie die Angehörigen der Lohngruppe III, die ja deshalb auch mehr verdienten.

Ganze 6 Monate nach der Entlassung hat nun das Gericht sich zu den ihm vorliegenden und unbestrittenen Tatsachen geäußert. Zuerst hat das Gericht die Stotzkapitalisten gebeten, die Kollegin doch wieder einzustellen. Darauf haben die Stotzkapitalisten geantwortet, bei Stotz würden gegenwärtig nur Entlassungen in größerem Umfang und keine Neueinstellungen vorgenommen. Bei einer Wiedereinstellung würde sie nach 1 Monat wieder entlassen werden, und dann finge das ganze von vorne an.

Daraufhin hat das Gericht den Kapitalisten den Vorschlag gemacht, der Frau die Differenz zwischen ihrem Lohn bei Stotz und dem Arbeitslosengeld für die Dauer eines Jahres zu zahlen. Das sind 4 560 DM.

Die Stotzkapitalisten stimmten dem zu, aber doch mit dem Vorbehalt auf Widerruf.

Die Kollegin war mit dieser schmählichen Abfindung keineswegs einverstanden, wurde aber, da sie kaum Deutsch konnte, von ihrem "Rechtsbeistand" vom DGB glatt überfahren. Der erklärte sich in ihrem Namen einverstanden.

K., Heidelberg

Münster: Erfolgreiche Veranstaltung

Münster. Über 350 Menschen beteiligten sich am 4. Juni an einer Veranstaltung der Kommunistischen Gruppe Münster zur Fortsetzung des Kampfes gegen den § 218.

In seinem Hauptreferat zeigte der Genosse H.J. Hager vom Zentralen Komitee des KBW auf, wie sich die Bourgeoisie nach dem Karlsruher Urteil auf einer einheitlichen politischen und ideologischen Position gegen das Volk zusammengeschlossen hat. Betont wurde demgegenüber die Notwendigkeit, daß sich die Bewegung gegen den § 218 zusammenschließt auf einheitlichen Forderungen, die konsequent ausgehen von den sozialen Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes und mit allen bürgerlichen Ideen brechen.

Anschließend entlarvte eine Genossin der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Münster den Zynismus der katholischen Kirche in ihrer Haltung gegen den § 218 und belegte anhand der entwürdigenden Verhältnissen in katholischen "Mutter-und-Kind-Heimen" im Münsterland, wie es mit der "sozialen Hilfe" der katholischen Kirche für Schwangere bestellt ist.

In der anschließenden Diskussion erklärte ein Vertreter des "Deutschen Freidenkerverbandes" unter großem Beifall die Unterstützung seiner Organisation für die Fortsetzung des Kampfes gegen den § 218.

Demgegenüber wandten sich einige GIM-Trotzkisten und Angehörige der "Frauengruppe" gegen den Vorschlag des KBW. Die GIM wandte sich gegen die Durchführung von Aktionen und meinte, die Aufstellung allein der Parole "Weg mit dem § 218!" würde genügen. Ebenso wie die Frauengruppe verteidigte sie die bürgerliche Parole "Mein Bauch gehört mir!" und bezeichnete die Kritik des KBW an allen Parolen, die nicht konsequent von den sozialen Interessen der Arbeiterklasse ausgehen, als "Spaltung der Bewegung". Eine Vertreterin der Frauengruppe verteidigte die Parole "Lust ohne Last" als Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Frau, wiewohl auch sie kein Beispiel dafür angeben konnte, wo jemals eine Arbeiterin eine Abtreibung als Selbstbefreiung und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts angesehen hätte.

Bei der abschließenden Abstimmung über die vier Forderungen der Unterschriftensammlung zeigte sich deutlich, wer hinter den Ansichten der GIM und der Frauengruppe steht: nämlich niemand. Von den zum Schluß der Veranstaltung noch etwa 300 Anwesenden stimmten ganze vier gegen die Resolution, dreizehn enthielten sich.

Andere politische Gruppen, wie Jusos, DKP oder Gruppe Rote Fahne waren gar nicht erst erschienen, sondern taten so, als ginge sie der Kampf gegen den § 218 gar nichts mehr an.

Die Veranstaltung war ein Erfolg. Sie hat die Linie des Vorgehens geklärt und die Fronten aufgezeigt, sie ist ein Ansporn für die Verbreiterung des Kampfes auf einer klaren Linie.

H..

Die Sorgen des Ministerialdirektors

Der baden-württembergische Ministerialdirektor Paul Harro Piazolo hat jetzt in dem Amtsblatt des Kultusministeriums " Kultur und Unterricht " eine Anweisung an die Lehrer gegeben, wie sie ihrer Pflicht, sich "aktiv zur Verfassung zu bekennen", nachzukommen haben:

"Wenn sich das Bundesverfassungsgericht in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs auf Grund der Verfassung gegen die Fristenlösung entschieden hat, so darf der Lehrer im Unterricht dieses Urteil nicht nur als die höchstrichterliche und endgültige Entscheidung resignierend hinnehmen, sondern muß den in der Verfassung verankerten Schutz des ungeborenen Lebens als höherwertiges Verfassungsgut als die persönliche Entscheidung der Mutter darstellen und die Autorität des Gerichts, ebenfalls von der Verfassung vorgegeben, klar herausarbeiten. " (vgl. Kultur und Unterricht Nr. 7/1975)

Man sieht, der Herr Ministerialdirektor hat Sorgen, es könne den Lehrern und Schülern nicht gleich das "Höherwertige" daran einleuchten, wenn der Staat eine Frau durch Strafandrohung zwingt, ein Kind in die Welt zu setzen, von dem sie nicht weiß, wie sie es ernähren soll.

S., Heidelberg

Eineinhalb Jahre Haft

Ärztin wegen Abtreibung verurteilt, ohne Bewährung

Stuttgart. Zu eineinhalb Jahren Gefängnis hat die III. Schwurgerichtskammer des Stuttgarter Landgerichts am Mittwoch letzter Woche eine aus Nigeria stammende Ärztin wegen Abtreibung und fahrlässiger Tötung verurteilt.

Von einer höheren Strafe sah das Gericht nur deshalb ab, weil das "Unrechtsbewußtsein" hinsichtlich der Abtreibung durch die Diskussion über den § 218 relativiert worden sei. Offenbar um diesem Bewußtsein wieder nachzuhelfen, wurde die Aussetzung des Urteils auf Bewährung abgelehnt.

Die Ärztin war im Januar 1973 von einer jungen Frau um Hilfe gebeten worden, die im 5 Monat schwanger war. Die ledige Frau war von einem farbigen Soldaten, der ihr eine Heirat versprochen hatte, sitzengelassen worden. Die Ärztin hatte 1 100 DM von der Frau angenommen. In der Privatwohnung der Ärztin waren dann über Nacht Komplikationen aufgetaucht und trotz sofortiger Einweisung ins Krankenhaus war die junge Frau gestorben. Die genaue Todesursache hatten die Gutachter vor Gericht nicht endgültig klären können. Die Ärztin hatte abgestritten, eine Abtreibung vorgenommen zu haben. Sie gab an, sie habe der Frau bei der Untersuchung eine Entkrampfungsspritze gegeben. Als sie gesehen habe, daß die Frau im 5. Monat war, habe sie keine Abtreibung mehr vornehmen wollen.

Für die Richter aber war die Sache klar: Todesursache seien ein Schock, der durch eine Überdosis an Wehen auslösenden Medikamenten hervorgerufen worden sei.

Wenn sie keinen Eingriff gemacht hätte, dann hätte sie auch die 1 100 DM zurückgeben können, meinte der Vorsitzende Steiger.

Für das Gericht war die Welt wieder in Ordnung, Schuld und Sühne waren geklärt. Wenn aber die junge Frau in ihrer Notlage sich nicht vor Strafe durch den staatlichen Richter hätte fürchten müssen und die Ärztin ihr legal hätte helfen können, dann wäre es sicher nicht zu dieser Situation in der Privatwohnung der Ärztin gekommen und die Frau würde wahrscheinlich noch am Leben sein.

Danach hat das Gericht nicht gefragt. Auch nicht danach, ob die junge Frau eine andere Wahl hatte, als ihr Leben zu riskieren, um nicht mit einem Kind dazustehen, daß sie nicht durchzubringen weiß.

–Red.–

Beschluß der Kreisjugenddelegiertenkonferenz Bochum-Wattenscheid gegen den Paragrafen 218

"Die Kreisjugenddelegiertenkonferenz des DGB erklärt und bekräftigt, daß auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes der Kampf gegen den § 218 weitergeführt werden muß, weil er etwas unter Strafe stellt, wozu gerade die Frauen aus der Arbeiterschaft unter den heutigen sozialen Verhältnissen gezwungen werden.

Die Kreisjugenddelegiertenkonferenz fordert deshalb den Kreisjugendausschuß des DGB, die Ortsjugendausschüsse und die Kreisjugendausschüsse der Einzelgewerkschaften auf, weiterhin die Aktivitäten gegen die Aufrechterhaltung des § 218 zu unterstützen und selbst die Initiative zu solchen Aktivitäten zu ergreifen.

Begründung:

Durch den Urteilsspruch des höchsten Gerichtes in der BRD sollte der Kampf gegen den § 218 beendet werden. Dagegen hat bereits am Tag der Urteilsverkündung der DGB in Karlsruhe demonstriert. Dieser Kampf muß fortgesetzt werden, denn durch den Spruch des Bundesverfassungsgerichts haben sich keineswegs die Verhältnisse geändert, die vor allem Frauen aus der Arbeiterschaft, für deren Rechte und Interessen die Gewerkschaften eintreten, jährlich hunderttausendfach zur Abtreibung zwingen.

Geändert hat sich nur etwas an der Möglichkeit, durch den Bundestag den § 218 abzuschaffen, denn der ist auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgelegt und kann dadurch nur noch kosmetische Korrekturen durchführen.

Deshalb ist es heute mehr denn je nötig, dafür einzutreten, daß das Volk über den § 218 entscheidet."



Türkische Familien waren in den Gemeinderat gekommen, um gegen die ihnen drohende Ausweisung zu protestieren.

Von den Forderungen des Volkes will der Stadtrat nichts wissen

Bei der Forderung nach einem türkischen Dolmetscher aus dem Saal verwiesen

Heidelberg. Erneut gab es in der 2. Sitzung des Heidelberger Gemeinderats am 5. Juni große Unruhe. Von der Stadträtin Helga Rosenbaum (KBW) und der Öffentlichkeit wurden Themen vorgetragen, die die Verwaltung und die bürgerlichen Parteien lieber nicht oder noch nicht in der Öffentlichkeit verhandelt hätten: Die geplante Fahrpreiserhöhung bei der Heidelberger Straßenbahngesellschaft (HSB) und die drohende Ausweisung der ausländischen Bewohner eines Haues in der Fahrtgasse, das die Stadt sanieren will.
sanieren will.

Der Oberbürgermeister versuchte, der Situation durch Ordnungsrufe und Rauswürfe von Teilen der Öffentlichkeit Herr zu werden, und am Schluß ließ er erneut die Polizei holen und auch die Stadträtin Helga Rosenbaum aus dem Saal werfen. Es hat sich gezeigt: Weil Helga Rosenbaum die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung in den Gemeinderat trägt, stiftet sie Unruhe und Verwirrung in diesem Gremium, das gerne in Ruhe über die Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klasse berät. Die Gemeinderäte wurden zur öffentlichen Stellungnahme zu ihren Plänen und zu den volksfeindlichen Absichten der Verwaltung gefordert. Ängstlich haben sie jede Festlegung vermieden und gerade dadurch sind ihre Absichten ans Licht gekommen.

Um "die Eintrittskarte" in den Gemeinderat zu erhalten, hatte sich Helga Rosenbaum gemäß dem Auftrag der Versammlung von 800 Menschen am 26. Mai "verpflichten" lassen.

Die Gemeinderäte der bürgerlichen Parteien boten während der ganzen Sitzung nichts als Duckmäuserei gegenüber der Verwaltung und dem Oberbürgermeister und zynische Einmütigkeit bei der Durchsetzung von deren Politik. Sie gaben aber jedesmal Zeichen freudiger Zustimmung, wenn der Oberbürgermeister versuchte, die Stadträtin Rosenbaum oder die Öffentlichkeit seiner Verhandlungsführung zu unterwerfen, und als er schließlich die Polizei holte, weil dies nicht gelang.

Die Frage der Fahrpreiserhöhung wurde im Verlauf der Sitzung mehrfach angesprochen. Eine regelrechte Debatte war nicht möglich, weil außer Helga Rosenbaum kein anderer Stadtrat einen entsprechenden Antrag unterschreiben wollte. Die Fahrpreiserhöhungen wie die Forderungen der ausländischen Arbeiter wurden also erst in der Fragestunde gegen Ende der Sitzung behandelt. In der Frage der Fahrpreiserhöhungen: gewundene Erklärungen. Weder Verwaltung
noch Gemeinderäte wollen jetzt
noch Gemeinderäte wollen jetzt schon offen sagen, was sie vorhaben: Die Fahrpreiserhöhungen auch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen.

Zur Frage der drohenden Ausweisung der Ausländer waren mehrere türkische Familien zum Teil mit ihren Kindern erschienen, um zu hören, was die Stadtväter in ihrer Sache zu sagen hatten. Das machte Oberbürgermeister Zundel ungemein nervös und er versuchte, sich des Anblicks des Volkes mit Ordnungsrufen und Rausschmißdrohungen zu erwehren. Als Helga Rosenbaum forderte, daß die Fragen und Antworten, die die Türken betrafen, übersetzt würden, und die Türken das mit Beifall unterstützten, wurden sie aus dem Saal entfernt und Helga Rosenbaum kurz darauf ebenfalls, "wegen Ungebühr". Gleichzeitig rückte eine Hundertschaft Polizei an, die sich während der ganzen Sitzung in der Nähe aufgehalten hatte. Zundel wollte auf keinen Fall seine Pläne zu den Ausweisungen offenlegen.

Die Sache der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien ist durch ihren Besuch im Gemeinderat ein Stück vorangekommen, denn die Pläne der Stadt sind ein Stück weiter ans Licht gezogen. Ein Ausschuß, in dem Deutsche und Ausländer zusammenarbeiten, bereitet weitere öffentliche Schritte vor, um die Forderung nach ausreichendem Wohnraum und Aufenthaltserlaubnis durchzusetzen.

In bezug auf die Fahrpreiserhöhungen bei der HSB sind die Absichten
gen bei der HSB sind die Absichten
der Stadt jetzt vollends klar. Das ist eine gute Voraussetzung dafür, daß am 19.6., dem Termin der nächsten Gemeinderatssitzung, eine große Kundgebung "bei ruhendem Straßenbahn- und Busverkehr" stattfindet, zu der die öffentliche Versammlung vom 26. Mai aufgerufen hat. Bei Aktionsverhandlungen, zu denen der KBW zur Vorbereitung dieser Aktion eingeladen hat, wird er vorschlagen, daß Demonstrationen in Form eines Sternmarsches zu dieser Kundgebung auf den zentralen Bismarck-Platz führen sollen, um der Aktion von vorneherein eine große Breite und einen kämpferischen Charakter zu geben.

Keine Fahrpreiserhöhung bei der HSB!
Kein Abbau des öffentlichen Nahverkehrs!
Kampf der Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung durch den bürgerlichen Staat!

–J.N., Ortsgruppe Heidelberg–

Ortsgruppe Tübingen gebildet

Auf Beschluß des Zentralen Komitees vom 7.Juni 1975 wurde durch die Mitglieder der bisherigen Kommunistischen Gruppe Tübingen die Ortsgruppe Tübingen gebildet.

Der Bildung der Ortsgruppe ging ein Jahr intensiver Aufbauarbeit der Mitglieder der Kommunistischen Gruppe voraus. Durch diese Aufbauarbeit sind die Voraussetzungen geschaffen worden, um die Ortsgruppe zu bilden. Die Ortsgruppe wird mit einer Zelle in dem Metallbetrieb Zanker und mit einer Zelle in den Unikliniken arbeiten.

Die Ortsgruppe Tübingen leitet die Kommunistische Studentenorganisation in der Universität an.

Adresse:
KBW-Ortsgruppe Tübingen
74 Tübingen
Mühlstraße 14

Gefangenen-misshandlung

Hameln. In der Haftanstalt in Hameln ist der Gefangene Rainer Recke, der dort in Untersuchungshaft gehalten wird, von Vollzugsbeamten schwer mißhandelt worden.

In der Nacht vom 19. auf den 20.5. hat Recke den berüchtigten "Zellenkoller" gekriegt. Er hat die stupide Arbeit, die weitgehende Isolation und die verschiedenen Versuche, ihn fertigzumachen, nicht mehr ausgehalten, hat gegen die Tür getrommelt.

Vier Beamte, darunter der Nachtdienstleiter, sind daraufhin in seine Zelle gestürmt und haben ohne weiteres mit Fäusten und Gummiknüppeln auf ihn eingeschlagen. Er wurde an den Haaren aus der Zelle gezerrt und mit Schlägen durch den Gang zur Kellertreppe getrieben. "Lauf, Du Schwein!" An der Treppe wurde ihm der Arm auf den Rücken gerissen und er flog die Treppe hinunter. Als er nicht sofort wieder aufstand, wurde er getreten, und ein Wärter meinte: "Stell Dich nicht so an". **Im Keller wurde er in Handschellen gelegt und weiter verprügelt. Dann wurde er eine Stunde im "Bunker" liegen gelassen und wieder auf die Zelle gebracht. Er verlangte nach einem Arzt; das wurde** ihm verweigert.

Später behaupteten die Beamten, Recke habe sie mit einer Eisenstange bedroht.

Diese "Eisenstange" war ein dünnes Metallrohr aus seinem Spind, mit dem Recke gegen die Tür getrommelt hatte und das er sofort fallenlassen hatte, als die Beamten eindrangen.

Recke ist jetzt bereits seit mehreren Monaten in Untersuchungshaft. Er wird beschuldigt, nach dem Tod von Holger Meins Brandanschläge auf öffentliche Gebäude verübt zu haben. Nachdem der Haftbefehl gegen ihn im Januar vorübergehend aufgehoben war, erreichte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Göttingen sofort einen erneuten Haftbefehl. In der Begründung für die "Fluchtgefahr" hieß es: "*... daß bei der labilen Persönlichkeit des Beschuldigten, dessen Verhalten Züge eines Psychopathen trägt, die Gefahr besteht, daß er sich dem Strafverfahren entziehen werde. Dies steht umso mehr zu befürchten, als der Beschuldigte zumindest mit den Ideen der Angehörigen des KBW sympathisiert ...*"

Bei einer Razzia in zahlreichen Zellen der Haftanstalt Anfang April, bei der die Beamten die Zellen willkürlich verwüsteten, wurde ihm eine Eisensäge untergejubelt, die er wenige **Tage später fand.**

Bremer Bürgerschaftswahl:

Mit der Agitation begonnen

Bremen. Mit 21 Kandidaten, darunter 14 Arbeitern und Angestellten, wird sich die Ortsgruppe des KBW in Bremen an der Bürgerschaftswahl am 28. September beteiligen.

Seit letzter Woche gibt es an 11 Plätzen in Bremen Agitationszentren des KBW zu den Bürgerschaftswahlen.

Vom Stand am Hauptbahnhof berichtete ein Genosse:

"Am Freitag habe ich in kurzen Reden unsere Ziele dargelegt und begründet, warum der KBW kandidiert. Das hat viele angezogen und zu heftigen Auseinandersetzungen um die Anschauungen der Kommunisten geführt. Bis zu 150 Menschen haben sich an unserem Agitationszentrum versammelt. Wir haben insgesamt 102 Kommunistische Volkszeitungen und 75 Broschüren verkauft. 16 Menschen brachten mit ihren Unterschriften zum Ausdruck, daß sie die Kandidatur des KBW unterstützen, weil sie seine Ziele richtig finden."

Der bürgerlichen Klasse und ihren Politikern sind die Agitationszentren ein Dorn im Auge: können sie schon die Wahlbeteiligung der Kommunisten nicht verhindern, so unternehmen sie doch alles, um die öffentliche Verbreitung der Ziele der Arbeiterklasse mit allen Mittel zu erschweren, und den Boden für die erneute Anwendung des KPD-Verbots zu bereiten. Den Schein, daß im Wahlkampf alle Parteien ihre Anschauungen vertreten können, und daß die Wahlen der höchste Ausdruck der Demokratie in der BRD sind, zerstören sie, wenn die Ziele der Arbeiterklasse bewußt vertreten werden. Beispielhaft für eine Reihe von Behinderungen ist dieser Bericht:

"Seit mehr als einem Jahr verkaufen wir am Huckelrieder Bahnhof die KVZ. Mit Beginn des Wahlkampfes soll dies verboten sein. Am Samstag zog die Polizei 9 Mann zusammen und trotz der zum Teil aktiven Unterstützung der Umstehenden wurden Stellschilder, Broschüren, Zeitungen und auch private Gegenstände in den Streifenwagen geschleppt. Denjenigen, die eine Zeitung gekauft hatten, wurde diese entrissen. Einem Passanten rissen die Polizisten die Mütze vom Kopf, die Hände hoch und drückten ihn gegen den Streifenwagen. Die meisten Umstehenden waren über den Polizeieinsatz entsetzt. Unbehelligt von der Polizei blieb der Propagandastand auf der Straßenseite gegenüber: von der SPD."

In mehreren Fällen mußten unsere Genossen auch die Erfahrung machen, daß die Polizei bei DKP-Mitgliedern Unterstützung findet. Vor dem Kaufhaus Kepa taucht z.B. ein DKP-Anhänger auf und fordert die Genossen "im Namen der Jugendinitiative Brommy-Platz" auf, ihren Stand zu räumen, damit die Jugendinitiative ihren Stand aufbauen kann. Dabei war für zwei Stände durchaus reichlich Platz vorhanden. Als die Genossen seinem seltsamen Ansinnen nicht nachkamen, rief er die Polizei an, die denn auch prompt erschien und der es schließlich gelang, den Stand zu räumen und auch einen Teil der Literatur zu beschlagnahmen.

Offenbar haben die DKP-Mitglieder keinerlei Scheu, mit dem Polizeiapparat zusammenzuarbeiten, wenn es darum geht zu verhindern, daß in ihrer Nähe für die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse agitiert wird.

–Ortsgruppe Bremen–

„Normalisierung"

Landschaftsschutzgebiet für Manager-Villen

Salzgitter. Mit überwiegender Mehrheit beschloß der Rat der Stadt Salzgitter auf Wunsch der Salzgitter AG, fünf Baugrundstücke im Stadtteil Salzgitter-Bad aus dem Landschaftsschutzgebiet herauszunehmen. Alle fünf Grundstücke liegen im Villenviertel Dahlenbergweg. Sie werden leitenden Angestellten der Salzgitter AG zur Verfügung gestellt. (Für den Konzern arbeiten hier in Salzgitter 20 000 Menschen von 50 000 Erwerbstätigen.)

Der Konzern forderte von der Stadt die Baugrundstücke für leitende Angestellte, *"um ihre Abwanderung in benachbarte Städte zu verhindern, die Bevölkerungsstruktur in Salzgitter zu normalisieren und weitere unkontrollierte Eingriffe in das Landschaftsschutzgebiet zu verhindern"*. Als Gegenleistung ist der Konzern dazu bereit, einen Hektar Ödland oder Tagebau aufzuforsten.

Man sieht: Den leitenden Angestellten, die von der Arbeit der Kollegen leben, werden vom Konzern kurze Anfahrtszeiten zu ihren Büros garantiert, während viele Arbeiter und Angestellte Anfahrtswege von 50 km haben.

Unter *"Normalisierung der Bevölkerungsstruktur"* verstehen die Kapitalisten, daß ihre leitenden Angestellten in ruhigen Villenvierteln unter Ihresgleichen im Naturschutz wohnen, während die Arbeiter in Betonklötzen wie der Neubausiedlung Fredenberg oder in der "Rauchzone" der Stahlwerke Peine-Salzgitter (Watenstedt, Bleckenstedt und Hallendorf) wohnen müssen. Und für diese "Normalisierung" soll den Arbeitern notwendiges Erholungsgebiet nicht "unkontrolliert", sondern mit dem Segen des Stadtrats gestohlen werden.

Dann auch noch die Aufforstung von Tagebaugebiet als "Gegenleistung" anzubieten, ist dreist. Wo die Kapitalisten ihren Gewinn gemacht haben, ist die Aufforstung schließlich nicht mehr als recht und billig.

–H., KBW-Sympathisantengruppe Salzgitter–

Landesweiter Widerstand

In Rheinland-Pfalz breitet sich der Widerstand aus gegen den Beschluß der Landesregierung, die Fahrkostenerstattung für Schüler einzuschränken.

In vielen Städten haben sich Aktionskomitees gebildet und wurden Schülervollversammlungen abgehalten, um den Kampf gegen die Einschränkung der Fahrkostenrückerstattung zu organisieren.

Auch auf den Dörfern wurden Unterschriften gesammelt für die Forderung, daß die Landesregierung ihren Beschluß zurückziehen solle. So unterschrieben z.B. in Trimport, einer kleinen Gemeinde von 270 Einwohnern, fast alle bis auf den Bürgermeister.

Nachdem der Widerstand gegen diesen Sparbeschluß der Landesregierung jetzt in vielen Städten und Dörfern des Landes aufgenommen wurde, haben sich die Schüler daran gemacht, ein einheitliches Vorgehen in den verschiedenen Städten und Döfern des Landes zu organisieren.

Am 7. Juni fand auf Initiative des **Aktionskomitees Kaiserslautern ein** Treffen der Komitees in Rheinland-Pfalz statt. Anwesend waren Vertreter aus Kusel, Trier, Winweiler, Speyer, Ludwigshafen, Landau und Kaiserslautern. Die Konferenz verabschiedete eine Resolution, in der es zum Schluß heißt: "Um eine möglichst breite Bewegung zu erhalten, werden zur Grundlage der Bewegung folgende Forderungen ggemacht:

Volle Beibehaltung der Fahrkostenerstattung!
Kein Abbau der Fahrkostenerstattung!
Weg mit dem Beschluß der Landesregierung!

Die Konferenz beschloß, eine einheitliche Unterschriftensammlung in Rheinland-Pfalz einzuleiten und vorzubereiten, daß zu einem noch unbekannten Termin einheitliche Demonstrationen und Kundgebungen in möglichst vielen Orten durchgeführt werden. Die Konferenz richtete eine Vertretung ein, die sich einmal wöchentlich treffen wird und deren Aufgabe darin besteht, den landesweiten Kampf zu vereinheitlichen.

Red. nach Berichten

Universität Frankfurt:

Widerstand gegen Anhörungsverfahren

Am vergangenen Mittwoch fand in Frankfurt eine Universitäts-Vollversammlung statt, auf der ca. 900 Studenten über das weitere Vorgehen gegen die von der Landesregierung durchgeführten Anhörungsverfahren diskutierten und Beschlüsse faßten.

Seit einem halben Jahr eifert die sozialdemokratische Landesregierung in Hessen der CSU-Regierung in Bayern nach, was Bespitzelung im öffentlichen Dienst angeht. Solche Anhörungsverfahren hat es gerade in Frankfurt im öffentlichen Dienst bereits seit einiger Zeit gegeben. Nun hat die Landesregierung versucht, mit einer größeren Offensive an den hessischen Universitäten den Geist der Rebellion auch unter den Studenten zu ersticken, indem sie fortschrittliche Hilfskräfte hinauszusäubern versucht. So will sie ihren Wissenschaftlern Ruhe und ungestörtes Schaffen ermöglichen. Die Studenten sollen von solchen Professoren wie dem CDU Bundestagsabgeordneten Engels oder dem Mitglied des "Rates der '5 Weisen' Gutowsky zu getreuen Gefolgsleuten der bürgerlichen Klasse erzogen werden. Damit wollen sich aber viele von ihnen nicht abfinden und dies drückt auch der Beschluß der Universitäts-Vollversammlung aus. So heißt es in dem Beschluß der Universitäts-Vollversammlung:

"Rechtliche Grundlage für diese Anhörungsverfahren ist das besondere Dienstrecht für die im öffentlichen Dienst Arbeitenden, auf dessen Grundlage sind hier in Frankfurt keinesfalls nur Studenten solchen Verfahren unterworfen worden, sondern auch Lehrlinge und andere bei der Stadt arbeitende. Insbesondere werden die Lehramtskandidaten auf ihre Verfassungstreue untersucht. Die Universitäts-Vollversammlung unterstützt deswegen die Forderung der im öffentlichen Dienst Arbeitenden nach Wegfall dieses besonderen Dienstrechtes."

Weiter beschlossen die Studenten, sich in Aktionsgruppen zusammenzuschließen, deren Aufgabe es ist, eine breite Front gegen das Vorgehen der Landesregierung zu schaffen. Dazu gehört, all die Professoren zur Rede zu stellen, die das Vorgehen der Landesregierung unterstützen. Es wird sich dann auch zeigen, welche Interessen diese Professoren und ihre Wissenschaft vertreten.

Die Studenten beschlossen, die Auseinandersetzung mit ihren Professoren am nächsten Tag während eines Aktionstages aufzunehmen.

Anschließend an diese Universitäts-Vollversammlung zog die große Mehrheit der Versammelten zur Akteneinsicht ins Kanzleramt der Universität. Der Kanzler ist der gesetzlich verordnete Außenposten der Landesregierung der Universität. Sein Stellvertreter ist es, der den betroffenen Studenten bei Anhörungsverfahren die Fragen des Verfassungsschutzes vorhält. Über 400 Personalakten wurden von den Studenten anschließend auf dem Campus vor den Augen der Polizei verbrannt, die es nicht wagte, einzugreifen. Das war ein angenehmer Augenblick.

Daß es bei der Landesregierung und den staatstragenden Parteien auf wenig Gegenliebe stoßen würde, wenn die Tätigkeit des Staates von den Studenten demonstrativ angegriffen würde, hatten diese erwartet. *"Als kriminellen Akt, der an die Bücherverbrennung der Nazis erinnere"*, hat ihn in unverschämter Weise der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Armin Claus bezeichnet und eine Anfrage in den Landtag eingebracht, wo das Thema nun bald beraten wird. Die FDP versuchte gleich, die Säuberung des gesamten Frankfurter öffentlichen Dienstes durch einen Antrag in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Sie verlangt Auskunft vom Magistrat, wie weit dies Geschäft bereits gediehen ist. Im Reigen dieser staatstragenden Parteien durfte auch die DKP nicht fehlen. Nachdem sie wochenlang nichts zu den Anhörungsverfahren hatte verlauten lassen, diese indirekt begrüßte, so weit sie sich gegen "wirkliche Verfassungsfeinde" richte, erklärte sie nun den versammelten bürgerlichen Journalisten, es habe sich um einen Akt der Fußtruppen der CSU gehandelt. Den meisten Durchblick bewies da noch die CDU: *"Ein verabscheuungswürdiger Gewaltakt ..., der gezeigt hat, daß die Befriedung der Frankfurter Universität entgegen allen Beteuerungen der Landesregierung nicht gelungen ist."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.6.), ließ sie durch den Mund ihres Fraktionssprechers verkünden. Daß die Befriedung nicht gelungen ist, zeigte der folgende Aktionstag, an dem in erster Linie nicht über die Akteneinsicht diskutiert wurde, sondern über die Akten und das Treiben des Verfassungsschutzes: Ob die Professoren dies wollten oder nicht.

–T., KSG, Frankfurt–



Am Samstag, dem 7.6., demonstrierten über 150 Jugendliche in Emmendingen für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung. In der Innenstadt umfaßte der Demonstrationszug streckenweise über 250 Jugendliche. Zu der Demonstration aufgerufen hatte die Aktion Jugendzentrum und die Schülermitverwaltung der Gewerbeschule Emmendingen. Seit drei Jahren fordern die Jugendlichen Emmendings ein Jugendzentrum, und die Stadtverwaltung hatte immer wieder Versprechen und Zusagen gemacht. Nachdem dieses Jahr die Gelder für ein Jugendhaus aus dem Haushaltsetat gestrichen worden waren, war die Empörung über das Vorgehen des Stadtrates noch größer geworden.

"Was aber wenn die Lawine rollt"

Hamburg: Sparmaßnahmen im Schulwesen stoßen auf Widerstand

Kurz vor Schuljahresende hat der Widerstand in Hamburg gegen die staatlichen Sparmaßnahmen im Schulbereich seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Eltern und Schüler sind nicht willens, Schul- und Klassenschließungen hinzunehmen. Lehrer und Lehrerstudenten wehren sich gegen drohende Arbeitslosigkeit. Schulstreiks und Unterrichtsboykott machen der Schulbehörde sehr zu schaffen.

Die Ausbildung der Kinder der Werktätigen in Hamburg verschlechtert sich zusehends. Im November letzten Jahres verkündete der Senat im Rahmen des allgemeinen Sparprogramms folgende Maßnahmen für den Schulbereich:

737 Lehrerplanstellen werden gestrichen. Der Unterricht in den zweiten bis zehnten Klassen der allgemeinbildenden Schulen wird um eine Wochenstunde gekürzt. Einschließlich Unterrichtsausfall durch Erkrankungen von Lehrern bedeutet das eine Unterrichtsverkürzung von über 20 %, verglichen mit 1960. Die "kleine Lehrmittelfreiheit" (kostenlos Hefte, Bleistifte usw.) wird aufgehoben, 150 Millionen DM für Schulbauinvestitionen werden gestrichen.

Doch das war dem Senat noch nicht genug! Seit April dieses Jahres geht die Behörde daran, Klassen zusammenzulegen und ganze Schulen im Volks- und Realschulbereich zu schließen. Bis zu Schuljahresbeginn will die Behörde 26 Grundschulklassen schließen, d.h. 98 Grundschulklassen werden zu 77 zusammengelegt. Darüberhinaus sollen sieben Schulen bis August "leerorganisiert" werden (Schulsenator Apel). Mittelfristig sind noch zwölf, langfristig weitere dreißig Schulen von der Schließung bedroht.

Wie der Schulsenator Apel befürchtete, gab es "Ärger vor Ort". 400 Eltern und Schüler demonstrierten im Stadtteil Langenhorn gegen eine geplante Klassenzusammenlegung unter Losungen wie "Heute bei Kindern sparen – morgen für Arbeitslose blechen", "Klassenauflösung – Nein!", "Kinder sollen für Reynolds bezahlen".

Wegen der Schließung der Schule Burgstraße im Stadtteil Borgfelde haben Eltern und Schüler einen Schulstreik organisiert. Am 6. Juni marschierten 250 Schüler während der Schulzeit zum Schulsenator und überreichten eine Resolution gegen die geplante Auflösung ihrer Schule. Wenn die Behörde ihre Entscheidung nicht ändert, soll weitergestreikt werden.

Mitte letzter Woche trafen sich Elternräte von vierzehn Schulen aus dem Stadtteil Wandsbek und forderten Senator Apel ultimativ auf, die geplanten Sparmaßnahmen zurückzunehmen. Andernfalls, so gaben die Eltern bekannt, soll noch vor den Sommerferien gestreikt werden. Mit einer möglichen Beteiligung von 6 000 Schülern wäre das der größte Schulboykott, den Hamburg je erlebt hat.

Die Kampfentschlossenheit der Wandsbeker Eltern hat auch in anderen Teilen der Stadt starken Widerhall gefunden. So ist bekannt geworden, daß sich in Hamburg-Nord mindestens sechs Schulen dem Vorhaben in Wandsbek anschließen wollen, in Hamburg-Altona haben rund ein Dutzend Schulen das gleiche vor. Die Wandsbeker Eltern haben vor, durch Kontaktaufnahmen mit anderen Elternvertretungen in ganz Hamburg die Front gegenüber dem Hamburger Senat noch zu verbreitern. Einstweilen sind mindestens 32 Schulen bereit, zu streiken.

Die Forderungen der Eltern sind im wesentlichen:

– Keine Streichungen von Lehrerplanstellen!

– Keine Zusammenlegung von Klassen!

– Keine Erhöhung der Klassenfrequenzen!

Die Schulbehörde versucht die Bewegung zu spalten

In Presse und Rundfunk versucht die Behörde nun, die Kämpfe der Eltern und Schüler zu diffamieren. Schulsenator Apel äußerte in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk:

"Eltern, die mit Ordnungswidrigkeiten und Rechtsbrüchen versuchen, eine niedrige Klassenfrequenz zu halten gegenüber dem im Hamburger Schulwesen im übrigen üblichen, versuchen ihren Kindern einen Sondervorteil zu verschaffen oder zu erhalten. Und dies kann ich nicht hinnehmen."

Mit anderen Worten: Wer es nicht hinnehmen will, daß durch Klassenzusammenlegungen eine Verschlechterung der Ausbildung seiner Kinder eintritt, wer dagegen kämpft, daß durch Schulschließungen die Klassenfrequenzen Sondervorteile. Mit diesem Argument hoffte der Senator die Bewegung zu spalten, was ihm nicht geglückt ist. Im Gegenteil, der Protest wurde noch breiter, und es werden immer mehr Eltern, die dem Staat auf die Finger klopfen und für ihre Interessen eintreten. Tatsächlich hat der Senator damit nichts anderes gesagt, als daß er Klassen, die nicht überfüllt sind, für einen Sondervorteil hält.

"Wenn die Kämpfe zum System würden, wäre das bedenklich", meinte Bürgermeister Klose auf die Frage, ob nicht bald ein Punkt erreicht sei, wo der Staat unregierbar würde. Und "Die Welt" schreibt: *"Was aber, wenn die Lawine rollt, wenn nicht einige Dutzend, sondern Hunderte oder gar Tausende Hamburger Eltern ihre Kinder am Schulbesuch hindern?"*

Man sieht, es bereitet den bürgerlichen Politikern große Sorge, wenn die Eltern sich in die Schulangelegenheiten einmischen, und sie erkennen gut die Gefahr, die darin liegt, daß die Kämpfe noch breiter werden und sich zum System entwickeln.

–R./G., Hamburg–

Studentenparlamentswahlen

Marburg. Bei den Wahlen zum Studentenparlament der Universität Marburg erhielt der Kommunistische Studentenbund Marburg (KSM) 491 Stimmen, das bedeutet vier Sitze. Der KSM beteiligte sich zum ersten Mal an den Studentenparlamentswahlen. Die "Rote Einheitsliste" (KSV) erhielt 3 Sitze. MSB und SHB, deren Hochburg Marburg schon seit Jahren ist, erhielten zusammen 21 Sitze (23 im letzten Jahr) bei einem gewaltigen Verlust von absoluten Stimmen, da die Wahlbeteiligung um 10 % sank. Die Jungdemokraten (LHV) erhielten 5 Sitze. Rechte Gruppen (RCDS und ADU) erhielten zusammen 7 Sitze.

Streik beschlossen

Heidelberg. In einer Urabstimmung haben die Studenten der Pädagogischen Hochschule Heidelberg einen dreitägigen Streik gegen die Verschärfung der Studienbedingungen und gegen die Nichteinstellung von Lehrern beschlossen. Von 3 000 Studenten beteiligten sich 1 115 an der Urabstimmung. 921 stimmten für den Streik (= 83 % der abgegebenen Stimmen).

Streik gegen Maulkorberlaß

An den Hochschulen Schleswig-Holsteins finden gegenwärtig Urabstimmungen für einen Streik gegen den "Maulkorberlaß" statt, mit dem die Behörde die politische Betätigung und Meinungsäußerung an der Hochschule unterbinden will (siehe KVZ Nr.22, S.11).

Inzwischen liegen die Urabstimmungsergebnisse der Universität Kiel (Wahlbeteiligung 43 %), der Pädagogischen Hochschule Kiel (48 %), der Fachhochschule Kiel (43,7 %) und der Pädagogischen Hochschule Flensburg (58 %) vor. Bei allen vier Hochschulen stimmte die Mehrheit der Studenten für den Streik, der in Kiel diese Woche durchgeführt wird.

Heidelberg. Die Landesregierung Baden-Württemberg hatte angeordnet, daß 20,% der Geldmittel für wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren gestrichen werden sollten. Gegen diese Sparmaßnahme entwickelte sich an der Universität Heidelberg ein breiter Protest. Auf einer zentralen Versammlung aller Hilfskräfte und Tutoren am 27.5. wurde beschlossen, am 9.6. Kampfmaßnahmen gegen diesen Beschluß einzuleiten. Am 5.6. zog daraufhin der Verwaltungsrat der Universität die Gelderkürzung bis auf 1 % zurück.

Universität Freiburg:

Erfolgreiche Urabstimmung

In der Woche vom 2. bis 6. Juni führte die Studentenschaft an der Universität Freiburg eine Urabstimmung durch, in der sie eintrat "für den Erhalt und die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit dem Recht zur umfassenden materiellen und politischen Interessenvertretung – dem politischen Mandat –, mit Beitragshoheit und Satzungsautonomie sowie für einen starken Dachverband aller Studenten, ... in dem der AStA der Universität Freiburg Mitglied ist." (Abstimmungstext)

In dem zweiten Punkt, der zur Abstimmung stand, brachte die Freiburger Studentenschaft ihren Willen zum Ausdruck, "über die Satzung und die Aufgaben der Verfaßten Studentenschaft selbst zu entscheiden".

Für beide Punkte stimmten über 85 % der Abstimmungsteilnehmer. An der Urabstimmung beteiligten sich 5 692 Studenten (das entspricht 34,2 % der Studentenschaft der Universität Freiburg), womit das satzungsmäßige Quorum von einem Drittel knapp erreicht wurde.

Die Festlegung einer neuen Satzung der Studentenschaft war notwendig geworden, nachdem das Verwaltungsgericht Mannheim die alte auf Antrag eines reaktionären Jurastudenten außer Kraft gesetzt hatte, da sie zuviel demokratische Prinzipien enthielt.

Am 7. Januar verabschiedete der Studentenrat eine Satzung, die festhielt, daß die Studenten über ihre Vertretungskörperschaften selbst bestimmen und daß sie zu allen gesellschaftlichen Fragen Stellung nehmen können.

Genau dies wollten die Reaktionäre hintertreiben. Deshalb schrieb der Rektor der Universität einen Brief an den Studentenrat, in dem er forderte, daß die Satzung an das 1973 gegen den massenhaften Protest der Studenten verabschiedete Landeshochschulgesetz "angepaßt" werden müsse.

In dieser Situation kam es darauf an, eine breite Einheit der Studenten gegen den bürgerlichen Staat und für ihre eigenen Rechte herzustellen. Mit diesem Ziel hat die Kommunistische Hochschulgruppe die Urabstimmung über politisches Mandat und Satzung vorgeschlagen.

Der reformistische GEW/SHB/LHV-AStA meinte dagegen, "gegen das Landeshochschulgesetz kann man nichts machen", und wollte die Satzung der Studentenschaft dem Landeshochschulgesetz "anpassen". Eine Urabstimmung wollte er nur zum politischen Mandat und zum Dachverband durchführen. Auf der Vollversammlung am 13. Mai konnte er seinen Vorschlag mit 338 zu 337 Stimmen durchbringen.

In dieser Pattsituation rief die Kommunistische Hochschulgruppe die Studenten dazu auf, in der Urabstimmung die wichtigsten Rechte in der Satzung zu verteidigen und für die entsprechenden Bestimmungen der im Januar beschlossenen Satzung zu stimmen.

Auf der Grundlage dieses Vorschlags gelang es, eine breite Aktionseinheit mit Fachschaftsräten, Instituts- und Fachschaftsgruppen sowie der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) zu schließen. Auf der Uni-Vollversammlung am 27. Mai fand der vorgeschlagene Urabstimmungstext der Aktionseinheit dann eine deutliche Mehrheit von 421 zu 113 gegen den heftigen Widerstand der Reformisten. Um sich nicht völlig zu isolieren, sah sich der Allgemeine Studentenausschuß gezwungen, sich der Aktionseinheit zur Durchführung der Urabstimmung anzuschließen.

Die GEW-Studentengruppe allerdings und die DKP-Studenten unterschrieben den Aufruf der Aktionseinheit zur Urabstimmung nicht, weil sie die Zusammenarbeit mit Kommunisten und die Ausschlußdrohungen ihrer Organisationen mehr fürchten als die Isolierung von der Masse der Studentenschaft.

Bis zur Urabstimmung hatten sich die rechten Studentengruppen völlig aus der Auseinandersetzung herausgehalten. Als sie jedoch merkten, daß die Urabstimmung ein wichtiger Schritt zum Zusammenschluß der Studenten gegen den Staat ist, kam ihre Reaktion: Aufruf zum Boykott der Urabstimmung und Antrag eines rechten Studenten beim Verwaltungsgericht auf einstweilige Anordnung gegen die Durchführung der Urabstimmung durch den Allgemeinen Studentenausschuß. Am letzten Tag der Urabstimmung wurde der Antrag dann zurückgezogen – der Versuch, das Gericht in die Angelegenheiten der Studenten einzuschalten, war gescheitert.

Die über 5 000 Ja-Stimmen in der Urabstimmung sind Ausdruck dafür, daß ein großer Teil der Studenten der staatlichen Politik an den Hochschulen entgegentreten will und daß er sich nicht vom Staat den Horizont auf Hochschulangelegenheiten einschränken lassen will, sondern die Verbindung sucht mit den Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk.

R., Kommunistische Hochschulgruppe Freiburg

Aufruf des SRK Hannover zur DGB-Demonstration am 14. Juni

Hannover. Das Soldaten- und Reservistenkomitee Hannover ist mit einem Aufruf an alle Soldaten in Niedersachsen an die Öffentlichkeit getreten, in dem die Soldaten aufgefordert werden, sich an der DGB-Demonstration in Uniform zu beteiligen, um die Arbeiterjugendlichen in ihren gerechten Forderungen zu unterstützen und um die eigenen Forderungen breit zu propagieren. Die DGB-Demonstration ist eine gute Gelegenheit für die Soldaten, der Bundeswehrführung gegenüber klar zum Ausdruck zu bringen, daß die Soldaten sich das Recht nicht nehmen lassen, in Uniform an der Seite und mit der Arbeiterklasse gemeinsam zu demonstrieren gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat.

Gegen Jugendarbeitslosigkeit

"Gegen Jugendarbeitslosigkeit – für bessere Berufsausbildung", hiermit ruft der DGB-Landesbezirksjugendausschuß Niedersachsens am 14.6. in Hannover zu einer zentralen niedersächsischen Demonstration der Arbeiterjugend auf.

Immer mehr Lehrstellen werden gestrichen. Unter den Jugendlichen gibt es die höchste Arbeitslosenquote.

6 % Ende Januar, 123 000 in Zahlen.

Viele Jugendliche, die keine Ausbildung bekommen, erhofften sie sich beim Bund, dort wird sie ihnen versprochen, und verpflichten sich. Andere bekommen keinen Arbeitsplatz nach ihrer Ausbildung und sehen sich gezwungen, Zeitsoldat zu werden. Wer von zu Hause nicht unterstützt werden kann – der Wehrsold reicht kaum – sieht häufig nur die Möglichkeit, sich zu verpflichten. Durch diese schlechte materielle Lage bleibt den Wehrpflichtigen nichts anderes übrig, als in den Kasernen zu bleiben, sie treibt die Lostrennung vom Volk voran. So erhoffen sich viele von einer Verpflichtung eine Verbesserung ihrer Lage. Deshalb nehmen die "Freiwilligen"-Zahlen auch immer mehr zu. Keineswegs ist der Soldatenberuf auf einmal so angenehm geworden. Angenehm vielleicht für eine Handvoll Offiziere. Für die Mannschaften nehmen Drill und Schikane immer mehr zu. In einer Panzergrenadiereinheit in Fürstenau müssen die Soldaten jetzt sogar vor dem Essen die Hände vorzeigen.

Es ist deshalb kein Ausweg, sich in eine Bundeswehr zu verpflichten, deren Aufgabe es ist, die Verhältnisse zu verteidigen, die einen dazu zwingen können, sich als Söldner zu verkaufen.

Gegen ihre schlechte Lage demonstrieren die Jugendlichen am 14.6.

Wir als Soldaten müssen in Uniform uns daran beteiligen und gegen unsere Lage auftreten unter den Forderungen:

Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit!

Bezahlung der Soldaten, die noch nicht im Lohnverhältnis gestanden haben, entsprechend den Zeitsoldaten!

Kündigungsrecht für Zeitsoldaten!

Wir rufen alle Soldaten aus Niedersachsen auf, unter diesen Forderungen mit den Jugendlichen in Uniform auf die Straße zu gehen!



Vor 20 Jahren: Der erste Verteidigungsminister Blank übergibt die Einstellungsurkunden an die ersten Offiziere der Bundeswehr – alles Kader aus der Nazi-Armee

„Der Minister verlor die Fassung"

Bremen. Verteidigungsminister Leber äußerte sich am Wochenende auf einer Wahlveranstaltung in Bremen zur Teilnahme vieler Soldaten in Uniform an den 1. Mai-Demonstrationen und zum Gesetzentwurf über die Erleichterung des Prüfungsverfahrens der Wehrdienstverweigerung.

Lebers Antwort auf die Frage zu den 1. Mai-Demonstrationen berichtet der 'Weserkurier':

Bei Oberleutnant Rudolf Luers aus Oldenburg verlor der Minister die Fassung.

"Ich muß wohl langsam an den Standort kommen, wo Sie Dienst tun", drohte Georg Leber, als der Untergebene und zugleich auch Parteifreund einen seiner Meinung nach offensichtlichen Widerspruch aufzulösen begehrte. Einem Gefreiten sei die Teilnahme in Uniform an Umzügen des 1. Mai unter Androhung von Disziplinarmaßnahmen verboten. General Hildebrandt aber, Inspekteur des Heeres, habe bei der 36. Feier zum Sieg des Faschismus in Spanien teilnehmen dürfen, in Uniform. Einzige Konsequenz des gestern auch von Leber erneut bedauerten "Tritt ins Fettnäpfchen": eine Aussprache mit dem Minister.

Der Minister wich also einer Stellungnahme zu den Disziplinarstrafen der Soldaten, die in Uniform an den 1. Mai-Demonstrationen teilgenommen hatten, aus.

MAD-Razzia bei Mannheimer Fernmeldern

Das öffentliche Auftreten der Soldaten am 1. Mai Anlaß für den Verdacht auf Konspiration

Mannheim. In der Ludwig-Frank-Kaserne hat der Militärische Abschirmdienst (MAD) zusammen mit der Standortführung eine Razzia bei mehreren Soldaten ausder Fernmelde-Ausbildungskompanie 971 durchgeführt.

Einige dieser Soldaten hatten am 1. Mai in Uniform an der Kundgebung des DGB und der sich anschließenden Demonstration teilgenommen. Die Demonstration wurde von der Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland durchgeführt. Der DGB selbst führte keine Demonstration durch. Für die Teilnahme in Uniform sind bereits drei der Soldaten mit insgesamt 35 Tagen Bau bestraft worden.

Gerade dieses öffentliche Auftreten aber wird vom MAD und der Standortführung zum Anlaß genommen, um die Razzia durchzuführen und den Soldaten vorzuwerfen, sie hätten die Absicht, geheime Zellen in der Bundeswehr aufzubauen. Abgesehen davon, daß Funker und Fernmelder offenbar wegen ihrer Bedeutung für die Nachrichtenübermittlung besonders vom MAD überwacht werdenist damit zu rechnen, daß der MAD an weiteren Standorten mit ähnlich fadenscheinigen Begründungen gegen fortschrittliche Soldaten vorgeht oder vorgegangen ist. Wir fordern alle Soldaten auf, darüber zu berichten. Man muß festhalten, daß die Bundeswehrführung in einem Fernschreiben alle Kompaniechefs angewiesen hat, Soldaten, die in Uniform am 1. Mai demonstriert haben, zu bestrafen. Ausdrücklich wird in dem Fernschreiben darauf hingewiesen, daß der MAD mit den nötigen Informationen dabei behilflich sein könne. Das zeigt, daß die Bespitzelung der Soldaten durch den MAD zugenommen hat. Das zeigt weiter, daß die Bundeswehrführung offenbar nach einem Anlaß sucht, die Einheiten zu säubern.

Im folgenden eine Korrespondenz aus Mannheim, in der die näheren Umstände enthüllt werden.

–Red.–

Massendurchsuchungen in der Ludwig-Frank-Kaserne Mannheim

Am Dienstag, dem 3.6.1975, wurden sieben Kameraden der Ludwig-Frank-Kaserne zur gleichen Zeit Durchsuchungsbefehle auf den Tisch geknallt. Sie bezogen sich auf die Soldaten selbst, ihre persönliche Habe in der militärischen Unterkunft einschließlich der im Kasernenbereich abgestellten Privat-Pkws. Begründet wurden die Durchsuchungsanordnungen mit dem *"Verdacht, Angehöriger der vom Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) gesteuerten Antimilitaristischen Gruppe Mannheim (AGM) zu sein, und mit anderen Soldaten konspirativ als Zelle in der Bundeswehr zu arbeiten."*

Die Kompaniechefs durchwühlten in Zusammenarbeit mit jeweils einem oder zwei Beamten des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) die Spinde und Seesäcke. Das Unterste wurde zu oberst gekehrt. Sie beschlagnahmten Privatbriefe, Bücher, Zeitungen, Notizbücher, kurz alles, was man im entferntesten mit politischer Betätigung in Zusammenhang bringen konnte. Danach wurden die Kameraden in eine leere Kompanie geführt – hier merkten sie, daß sie nicht alleine durchsucht wurden –, wo sie das gesamte Ausmaß der Verfolgungsmaßnahmen überblickten. Die gesamte Kasernenführung und ungefähr sechs Mann des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) waren aufgeboten. Dazu noch einige Unteroffiziere, die sich immer in der Nähe der MAD-Spitzel aufhalten mußten, um die Willensäußerungen der MAD-Spitzel in Form eines dienstlichen Befehls an die Soldaten weiterzugeben (der MAD ist rein rechtlich gesehen gegenüber Soldaten nicht befehlsbefugt).

Alles, was nur irgendwie einmal Kontakt, und sei es auch nur ein loser, zu dem presserechtlich Verantwortlichen der "Mannheimer Soldatenzeitung" (MSZ) gehabt hat, wurde gefilzt und abgeführt. Hier wird deutlich, was ein MAD-Spitzel aus Geltungssucht auch offen zugab: *"Die Soldaten wurden schon seit letztem Jahr in ihrer Freizeit bespitzelt und beschattet."*

Zielobjekt der Angriffe der Bundeswehrführung und des MAD ist die Soldatengruppe "Antimilitaristische Gruppe Mannheim" (AGM), die regelmäßig jeden Monat die Mannheimer Soldatenzeitung herausbringt und vor der Kaserne verteilt. Es war den Soldaten dieser Gruppe durch persönliches Eingreifen und durch ihre Zeitung gelungen, die Auseinandersetzungen in der Kaserne teilweise zu politisieren. So wurden als vorbereitende Maßnahmen für einen Kantinenboykott Selbstholerdienste eingerichtet, es werden Unterschriften gegen den Disziplinararrest gegen drei Soldaten (einmal 15 und zweimal 10 Tage Bau) gesammelt, die am 1. Mai in Uniform demonstrierten. Schikanen werden an die Öffentlichkeit getragen, das Informationsmonopol der Bundeswehr wurde durchbrochen und die Kompanieführungen und Bataillonsführungen wurden zu Stellungnahmen gezwungen.

Als am 1. April zum Beispiel in Mannheim die neuen Rekruten einrückten, sah sich der stellvertretende Bataillonskommandeur Oberstleutnant Binkenstein (Spitzname: "das Sandmännchen") veranlaßt, die Begrüßungsrede ausfallen zu lassen und an deren Stelle gegen die MSZ zu hetzen.

Man sieht, die AGM hat mehr und mehr einen festen politischen Platz in der Kaserne.

35 Tage Bau werden vollstreckt

Wie schon in der KVZ berichtet, haben der Gefreite J.Weckenmann 15 Tage Bau und die Funker Feuling und Valoch je 10 Tage Bau wegen Teilnahme an einer 1. Mai-Demonstration erhalten. Sie haben sich als Soldaten auf die Seite des Volkes gestellt und dessen Forderungen unterstützt.

Der Generalinspekteur des Heeres, Generalleutnant Hildebrandt, wohnte als Vertreter der Bundeswehr in Uniform und vollem Ordensschmuck einer faschistischen Machtdemonstration in Spanien bei. Er erhielt eine kleine Rüge, und die nur deshalb, weil sich die Öffentlichkeit empört hatte. Wer auf der Straße die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes unterstützt, erhält Bau. Wer den Faschisten die Hand reicht und noch dazu Generalleutnant ist, wird von seinen Vorgesetzten gedeckt. Selbst in so offener Weise wird die Gleichheit aller Soldaten vor dem Gesetz, an die sowieso keiner mehr glaubt, mit Füßen getreten.

Nun wurden die drei Soldaten der Ludwig-Frank-Kaserne in Mannheim eingelocht (sie dürfen nicht am Dienst teilnehmen). Sie wurden nicht etwa in der Zelle ihrer Kaserne untergebracht, sondern auf die umliegenden Kasernen in Speyer und Philippsburg verteilt. Bataillonskommandeur Knoch hätte auf keine andere Weise besser seine Angst vor diesen Soldaten zum Ausdruck bringen können. Er ließ sie abtransportieren, um sie von ihren Kameraden zu trennen. Den drei Arrestanten soll der Boden unter den Füßen entzogen werden. Sie sollen nicht die Möglichkeit besitzen, mit ihren Kameraden zu sprechen und sie über die stattgefundenen Durchsuchungen und Schweinereien des MAD zu informieren. Die Kasernenführung will damit verhindern, daß derlei Dinge an die Öffentlichkeit getragen werden und dort das von der bürgerlichen Presse so mühsam gezimmerte Ansehen der Bundeswehr als freiheitlicher Armee zerstört wird.

–X.Y., Soldat der Ludwig-Frank-Kaserne–

„Front gegen die Feldjäger eingenommen"

Wilhelmshaven. Am 1. Mai haben vier Soldaten in Uniform an den Kundgebungen des DGB und des KBW im Kurpark teilgenommen und dabei auf einem Transparent die Forderungen "Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr! Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit!" vertreten.

Aufgrund der Spitzelberichte und -fotos will die Bundeswehrführung zu einem Schlag ausholen: Gegen einen Soldaten, den Matrosen K., 4. Minensuchgeschwader, wurden sieben Tage Ausgangssperre verhängt mit der Begründung: *"Er hat am 1. Mai 1975 in Wilhelmshaven in Uniform an der Kundgebung des DGB und einer weiteren politischen Veranstaltung des KBW teilgenommen. Er entzog sich der Personenfeststellung durch eine Feldjägerstreife in Zivil, indem er durch einen Warnruf ('Feldjäger sind hier und wollen uns holen') die gleichfalls in Uniform teilnehmenden Soldaten verständigte, die zusammen mit Kundgebungsteilnehmern Front gegen die Feldjäger einnahmen."*

Diese Disziplinarmaßnahme richtet sich gegen die gewerkschaftliche und politische Betätigung von Soldaten, die sich auf die Seite des Volkes stellen. Während Soldaten, die sich nicht von ihren Kollegen abspalten lassen und das durch ihre Beteiligung in Uniform an den Aktivitäten der Arbeiter zeigen, bestraft werden, nimmt der Inspekteur des Heeres des Bundeswehr, Genralleutnant Hildebrandt, in Madrid an der von Franco abgenommenen Siegesparade der spanischen Faschisten in Uniform teil, genau wie seinerzeit die Nazi-Generale der "Legion Condor". Die Mannschaften werden sich aber von diesen Herren das Recht auf gewerkschaftliche und politische Betätigung nicht nehmen lassen.

Heraus zur Demonstration gegen die Lage der Arbeiterjugend!

Die Demonstration des DGB gegen Jugendarbeitslosigkeit und Berufsbildungsgesetz **am 14. Juni in Hannover** ist eine ausgezeichnete Möglichkeit für die Soldaten, Forderungen aufzustellen, die die Verbindung mit dem Kampf der Arbeiterklasse herstellen. Die Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Wilhelmshaven ruft daher die Soldaten auf, sich in Uniform an dieser Demonstration zu beteiligen unter den Forderungen:

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr! Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit!

H., Wilhelmshaven

Gewerkschaftsschutz nötig

Offener Brief / Ein richtiger Schritt im Kampf gegen die Diszis

In Bremen ist ein Soldat mit einer Disziplinarstrafe von 50 DM bestraft worden. Der Soldat hatte in Uniform an der 1. Mai-Demonstration und -Veranstaltung des DGB in Vegesack teilgenommen. Der Soldat hat sich jetzt mit einem offenen Brief u. a. an den Ortsvorstand der IG Metall, des Kreisjugendausschusses des DGB und an die Betriebsräte der 'Bremer Nachrichten' und des Bremer Vulkan gewandt. Wir drucken im folgenden den Brief:

"Ich bin ein Soldat aus der Roland-Kaserne (Bremen-Grohn) und habe an der 1. Mai-Demonstration und Veranstaltung des DGB in Vegesack in Uniform teilgenommen.

Der Kampf gegen die schlechte soziale Lage und politische Entrechtung durch die Bundeswehr ist in den Kasernen aufgenommen; am 1. Mai können unsere Forderungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, darum haben mehrere Soldaten in Uniform an den Veranstaltungen des DGB teilgenommen, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten.

Mein Kompaniechef, Hauptmann Berger, ist anderer Meinung, er **belegte mich mit einer Disziplinarstrafe** von 50 DM. Bei einem Wehrsold von 165 DM ist eine Strafe von 50 DM viel Geld!

In der Begründung für die Disziplinarmaßnahme heißt es:

Ich hätte an einer demonstrativen Kundgebung anläßlich des 1. Mai in Uniform teilgenommen, ohne dazu die Genehmigung zu haben und habe damit gegen § 15 (3) Soldatengesetzes verstoßen.

Es gibt allerdings einen Erlaß des Verteidigungsministerium vom 9. Mai 1967, der die Teilnahme an gewerkschaftlichen Veranstaltungen in Uniform erlaubt.

Ich bin über diese Maßnahme der Bundeswehrführung darum empört, weil sie einen Angriff gegen unsere Gewerkschaften darstellt.

Der Befehl, ich hätte mich von der Demonstration zurückziehen müssen, weil dort auch politische Forderungen vertreten worden sind und sich kommunistische Gewerkschafter beteiligt hätten, soll verhindern, daß gewerkschaftlich organisierte Soldaten mit ihren Kollegen aus den Betrieben ihre gemeinsamen Interessen vertreten können.

Ich werde mich jetzt an die Gewerkschaft wenden, um das weitere Vorgehen zu beraten."

Hans-Günther Duda
Bremen 21, Köhlerhof 1a

Gegen 3 spanische Patrioten drohen Todesurteile

Ausnahmezustand im Baskenland

Über das Baskenland hat das Franco-Regime am 25. Mai den Ausnahmezustand verhängt. Damit steht das Land unter Kriegsrecht.

Das bedeutet, daß Genoveva Forest, Antonio Duran und Antonio Garmendia vor einem Kriegsgericht abgeurteilt werden. Die "Kommunistische Bewegung Spaniens" (MCE) schreibt in ihrer Zeitung "Servir al Pueblo":

Schluß mit den faschistischen Verbrechen!

Die Ungewißheit bezüglich des Prozesses gegen Eva Forest, Antonio Duran, Garmendia und andere hält an. Sie sind ohne irgendwelche Beweise angeklagt, am Attentat in der Calle Correo in Madrid teilgenommen zu haben, sowie an dem Attentat beteiligt gewesen zu sein, das uns Carrero Blanco vom Halse geschafft hat (ehemaliger Premierminister Spaniens, d. Übers.). Die Gesuche der Anwälte der Angeklagten, die erreichen sollen, daß der Prozeß kein Militärprozeß wird, sind zurückgewiesen worden. Alles deutet nun darauf hin, daß ein Militärgericht die Verantwortung auf sich laden wird, zu entscheiden, ob neuerliche Todesstrafen verhängt werden oder nicht.

Die Ermordung von Salvador Puig im März des vergangenen Jahres sowie die Urteile von vielen anderen Kriegsgerichten vorher erlauben nicht, sich irgendwelche Illusionen zu machen. Sicher, es gibt keine Beweise, aber was bedeutet das schon? **Eva Forest, Antonio Duran, Garmendia können zum Tode verurteilt werden. Sie können ermordet werden.**

können zum Tode verurteilt werden. Sie können ermordet werden.

Es ist notwendig, daß die Aufmerksamkeit auch nicht eine Sekunde nachläßt. Es ist notwendig, wachsam zu sein, und wenn der Moment des Prozesses kommt, müssen alle Hilfsmittel und alle Kräfte mobilisiert werden, um alles zu tun und zu geben, um ihre Rettung zu erreichen.
Schluß mit den Hinrichtungen!
Schluß mit den faschistischen Verbrechen!

Die Verhängung von Ausnahmezustand und Kriegsrecht hat die Polizei verlangt, um eine groß angelegte Verfolgungsjagd auf alle Basken durchführen zu können, die sie in irgendeiner Weise in Zusammenhang mit der baskischen Unabhängigkeitsbewegung ETA bringen kann. Die faschistischen Polizeischergen des Franco-Regimes werden dabei von den sogenannten Christus-Königskriegern unterstützt. Das ist eine faschistische Terrororganisation, die seit Verhängung des Ausnahmezustandes mindestens 31 Sabotageaktionen und Anschläge im Baskenland durchgeführt hat und inzwischen ihre Aktionen auch auf Frankreich ausdehnt.

Die Guardia Civil, die spanische Polizei, benutzt diese Anschläge, um ihre Verfolgungsmaßnahmen zu rechtfertigen. Enthüllt wurde kürzlich, daß die spanische Polizei dabei eng mit der französischen Polizei im französischen Teil des Baskenlandes zusammenarbeitet. Erst nachdem entdeckt wurde, daß ein spanischer Polizeioffizier in Zivil auf französischem Boden operierte, hat die französische Regierung offiziell gegen die Verletzung ihrer Hoheitsrechteprotestiert zugleich aber angekündigt, daß sie verstärkt alle spanischen Flüchtlinge ausweisen will, die im Zusammehang mit der ETA stehen.



Wiesbaden. Am Freitag, den 6. Juni, wurde von dem Komitee "Keine Todesstrafe für Genoveva Forest, Antonio Duran und Antonio Garmendia!" und dem KBW eine Solidaritätsveranstaltung im Kolpinghaus durchgeführt. Zwischen 400 und 500 Kollegen waren dem Aufruf gefolgt. In Redebeiträgen, die größtenteils zweisprachig gehalten wurden, prangerten spanische Kollegen die Greueltaten des faschistischen Franco-Regimes an und berichteten über die ständige Zunahme der Widerstandsaktionen der spanischen Arbeiterklasse, die trotz Verbots immer häufiger die Waffe des Streiks gebraucht und große Erfolge im Kampf gegen den Faschismus errungen hat.

trotz Verbots immer häufiger die Waffe des Streiks gebraucht und große Erfolge im Kampf gegen den Faschismus errungen hat.

Obgleich das Franco-Regime im Baskenland in den letzten Wochen Massenverhaftungen durchgeführt hat – nach offiziellen Angaben sollen 198 Menschen verhaftet worden sein, Zeitungen berichten aber von über 2 000 – hat es mit diesem Terror keinen Erfolg. Die Arbeiter in den Industriezentren des Baskenlandes und in ganz Spanien entwickeln ihre Streiks und andere Kampfmaßnahmen gegen das Franco-Regime. Dessen Schwäche drückt sich darin aus, daß jetzt ein Teil der Finanzhoheit der baskischen Provinzen wieder hergestellt werden mußte. Die Finanzhoheit hatten die baskischen Provinzen vor dem Machtantritt der Faschisten. Die Faschisten haben dieses Recht 1937 aufgehoben, um damit eine stärkere Kontrolle über das Baskenland ausüben zu können, das damals am Kampf gegen das Franco-Regime festhielt. Anfang Mai hat das Franco-Regime schon ein anderes Zugeständnis gemacht: Es erlaubte, daß in gewissen Schulen im Baskenland Katalanisch und Galizisch als Unterrichtsfächer möglich sind.

Die Tatsache, daß das Franco-Regime vollständig isoliert ist, macht es um so notwendiger, die Solidarität mit allen Verhafteten breit zu entwickeln und besonders den Kampf zur Verhinderung der Todesurteile hier zu führen.

g.j.

hier zu führen.

g.j.

Chile-Meldungen

Streiks in Chile

Die Arbeiter der Haushaltsgeräteindustrie "MADEMSA" in Santiago haben Mitte Mai dieses Jahres gestreikt. Der Streik dauerte 3-4 Stunden und wurde von mehreren anderen Betrieben in Santiago unterstützt. Nach Abbruch des Streiks wurden ca. 30 Arbeiter festgenommen, die mit harten Strafen rechnen müssen.

Im Bereich der Bauindustrie gab es auch Streikbewegungen, die aber, aufgrund der absoluten Kontrolle der Kommunikationsmedien durch die Junta, nicht öffentlich bekannt wurden. Mehrere Baufirmen haben ihre Arbeiter entlassen, da die Bauindutrie in großen Teilen des Landes praktisch gelähmt ist.

In Valparaiso haben drei Versicherungsgesellschaften, u.a. die Versicherung "La Italia", ihren Angestellten mitgeteilt, daß sie ab kommenden Juli ohne Arbeit sein werden.

Cri/Westberlin

427 Prozent Geldentwertung in Chile
Höchste Inflationsrate der Welt

Santiago de Chile – Die Verbraucherpreise in Chile sind im Mai um weitere 16 % gestiegen. Die Inflationsrate erreichte damit in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 125,3 %. Auf die letzten zwölf Monate umgerechnet haben sich die Verbraucherpreise um 427 4 % erhöht. Damit hat Chile die bei weitem höchste Inflationsrate der Welt.

Die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion: Un-

Die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion: Unterstützung für die Junta

In einer Antwort des Bundeskanzleramtes auf einen Brief des Chile-Komitees Hochrhein, in welchem die Regierung aufgefordert wird, ihre Teilnahme zu begründen, heißt es: *"Es handelt sich bei den Umschuldungsverhandlungen um eine* **rein finanztechnische Operation.** *Eine endgültige Absage der Verhandlungen ist daher kein geeignetes Mittel, um zur Wiederherstellung demokratischer Zustände in Chile beizutragen. Demgemäß wird die Bundesregierung das Zustandekommen dieser Konferenz* **nicht von politischen Überlegungen abhängig machen.** *Die Vereinbarung einer Umschuldung liegt auch in unserem wirtschaftlichen Interesse. Wenn sie nicht erfolgte, wäre damit zu rechnen, daß Chile mittel- und langfristige Verbindlichkeiten, die durch Bürgschaften und Garantien der bundeseigenen Hermes Kredit-Versicherungs-AG und der ebenfalls bundeseigenen Treuhand AG gedeckt sind, nicht erfüllt. In diesem Fall müßte also die Bundesregierung die deutschen Gläubiger schadlos halten."* Die SPD-Bundestagsfraktion antwortet auf den gleichen Brief, *"daß ein Fernbleiben der Bundesrepublik von den Umschuldungsverhandlungen Chile von der Verpflichtung entbinden könnte, die Schulden zurückzuzahlen. Mit der Teilnahme an der Pariser Konferenz will die Bundesregierung versuchen, wenigstens einen Teil des Geldes zurückzuerhalten."* Die Regierung handelt also nach dem Motto: Chile Kredite gewähren – Chile zahlt einen Teil zurück und wird dadurch von neuem kreditwürdig – und so weiter.

Aus einem offenen Brief des Chile-Komitees Heidelberg

Das südafrikanische Siedlerregime sichert für die Imperialisten die Herrschaft über Namibia

Der UNO-Sicherheitsrat hat in der vergangenen Woche einen Antrag behandelt, der Boykottmaßnahmen gegen die Südafrikanische Republik vorsah. Gegen die Beschlußfassung des Antrags legten die USA, Frankreich und Großbritannien ein Veto ein, so daß der Antrag scheiterte.

Eingebracht wurde der Antrag von den Mitgliedern des Sicherheitsrates, die der Dritten Welt angehören. Ziel des Antrags war, Kampfmaßnahmen aller UNO-Mitglieder einzuleiten gegen das rassistische Vorster-Regime in Südafrika, damit es seine unrechtmäßige Herrschaft über Namibia aufgibt. Das ist das Gebiet, das bis zum Ende des Ersten Weltkrieges die deutsche Kolonie Südwestafrika war. Für die Unabhängigkeit Namibias haben sich die meisten UNO-Mitglieder erklärt. Deshalb wird der Sicherheitsrat sich weiter damit beschäftigen.

Wie hat sich das südafrikanische Siedlerregime Namibia einverleiben können?

1919 war die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika als Mandatsgebiet des Völkerbundes an Südafrika übergeben worden. Wegen ständiger Verletzungen seiner Mandatsverpflichtung, die geistige und materielle Wohlfahrt aller Teile der Bevölkerung Namibias stets zu fördern, hat die UNO-Vollversammlung 1966 (Resolution 2 145) Südafrika das Mandat über Namibia abgesprochen und bis zur Unabhängigkeit Namibias einen UN-Namibia-Rat eingesetzt.

Die Beschlüsse der UNO-Vollversammlung

Südafrika hat die treuhänderische Verfügungsgewalt der UNO als der rechtmäßigen Nachfolgerin des Völkerbundes nie anerkannt. Stattdessen wurde das Volk von Namibia derselben wirtschaftlichen Ausbeutung, politischen Unterdrückung und rassistischen Diskriminierung unterworfen wie die afrikanische Bevölkerung in Südafrika selber.

Aus diesem Grund hat das Plenum der UN-Vollversammlung seit 1980 stets das Beglaubigungsschreiben der südafrikanischen Delegation in der UNO zurückgewiesen. Darüberhinaus, gestärkt durch den erfolgreichen Befreiungskampf der Völker Mocambiques, Angolas und Guinea Bissaus, beantragten einige afrikanische Länder im Oktober 1974 den Ausschluß Südafrikas aus der UNO, weil es die Grundsätze der UN-Charta ständig verletzt. Dieser Antrag scheiterte im Sicherheitsrat der UNO am Veto der USA, Frankreichs und Englands. Daraufhin beschloß die UN-Vollversammlung im November 1974 (gegen die Stimmen der EG-Staaten und der USA und 12 weiterer Länder), Südafrika in dieser Sitzungsperiode auszuschließen. Grund für diesen Entschluß war:

1. die fortwährende widerrechtliche Besetzung Namibias durch Südafrika;
2. die wirtschaftliche und militärische Unterstützung des weißen Minderheitenregimes in Zimbabwe durch Südafrika;
3. die rassistische Diskriminierung, Unterdrückung und Entrechtung der schwarzen Mehrheit durch die weiße Minderheit in Südafrika selbst.

Anfang November 1974 hatte der südafrikanische Ministerpräsident Vorster appelliert, Südafrika 6 Monate Zeit zu geben; danach werde die Welt staunen, welche Fortschritte Südafrika gemacht habe. Entsprechend hat der Sicherheitsrat der UNO im Dezember 1974 Südafrika aufgefordert, sich bis zum 30. Mai 1975 aus Namibia zurückzuziehen. Aber Südafrika ist dazu nicht bereit: Namibia ist wirtschaftlich und strategisch zu wichtig für Südafrika; und solange die imperialistischen Industriestaaten des Westens die Resolutionen der UNO nicht unterstützen, braucht sich Südafrika nicht vor einem Waffenembargo oder einem Investitions- bzw. Handelsboykott zu fürchten.

Die Haltung der Bundesregierung: fest an der Seite des südafrikanischen Siedlerregimes

Die BRD erklärte zwar, daß sie die Verwaltung Namibias durch Südafrika für ungesetzlich halte; als aber die BRD dann folgerichtig dazu aufgefordert wurde, am 29.11.1974, das deutsche Konsulat in Namibia – das einzige ausländische Konsulat in dem von den südafrikanischen Rassisten verwalteten Land! – zu schließen, die namibianische Befreiungsbewegung SWAPO (Volksorganisation von Namibia) als einzige authentische Vertretung Namibias anzuerkennen, den Handel mit Bodenschätzen Namibias von der Genehmigung des Namibia-Rates der UNO (als rechtmäßigem Mandatsträger) abhängig zu machen und Südafrika durch politischen und wirtschaftlichen Druck zur Aufgabe Namibias zu zwingen – da entpuppte sich das Bonner Bekenntnis zur Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des Volkes als bloßes Lippenbekenntnis:

Die BRD will die SWAPO nicht anerkennen, sie steht damit im Gegensatz zur UNO und OAU (Organisation für afrikanische Einheit); das Konsulat in Windhoek, der Hauptstadt Namibias, will sie nicht aufgeben; vor allem aber will Bonn – Handelspartner Nr. 1 für Südafrika – den Handel mit dem rassistischen Minderheitsregime in Südafrika nicht einschränken.

Kurz: Die BRD tut alles, um wirtschaftlich, militärisch (Waffenlieferungen! – vgl. KVZ vom 1.11.74 und 14.11.74) und politisch das weiße Minderheitsregime in Südafrika zu unterstützen und seine illegale Besetzung Namibias zu verlängern. Und die Interessen des Volkes von Namibia gelten der BRD weniger als die Interessen ihrer Wirtschaft und der rund 23 000 Deutschen in Namibia. Viele dieser Deutschen sind alte Nazis oder solche, die die Tradition der Nazis hochhalten.

Von diesen deutschen Kolonialisten haben 15 000 ausschließlich südafrikanische Pässe, zirka 2 000 haben doppelte Staatsbürgerschaft, die deutsche und die südafrikanische, und 6 000 haben allein einen deutschen Paß. Wie fast alle weißen Siedler in Namibia haben sich auch die deutschen zu faschistischen "Kommandos" zusammengeschlossen und halten regelmäßige Wehrübungen ab. Uniformen und Waffen sind griffbereit. Faschistische Parteien wie der "Bund Nationaler Deutscher" und die Südafrikanische HNP (Nationalistische Rechtsaußenpartei) erfreuen sich unter den Siedlern, besonders den Deutschen, großen Zulaufs und allgemeiner Beliebtheit. Weit interessanter als die Sicherheit der wenigen Deutschen in Namibia ist der BRD allerdings die Ausbeutung der Bodenschätze Namibias: Kupfer, Diamanten, Uran, Helicon, Rubicon, Lithium, Öl durch Firmen wie der Metallgesellschaft AG (Tochter von Klöckner und Co.), der Olthaver Gruppe, der Urangesellschaft, der Otai Bergbau- und Eisenbahngesellschaft, Tiefbohr AG usw. usw.

Die UNO kann den Kampf für Unabhängigkeit unterstützen, entschieden wird er durch den Kampf des Volkes von Namibia selbst.

Die SWAPO ist die größte nationale Befreiungsbewegung Namibias. Sie ist auch die einzige, die seit 1966 den bewaffneten Kampf gegen die faschistische Herrschaft des südafrikanischen Regimes und dessen imperialistischer Bundesgenossen aufgenommen hat. Sie wird unterstützt durch den größten Teil der afrikanischen Industrie- und Landarbeiter, die im "weißen" Sektor Namibias, bekannt als "Polizeizone", für Hungerlöhne schuften müssen.

Das zeigte der große Arbeiterstreik vom Dezember 1971 bis Januar 1972, der den größten Teil des Wirtschaft Namibias lahmlegte. Der Kampf der SWAPO für ein geeintes, unabhängiges Namibia wurde auch im August 1973 von all denen unterstützt, die die Wahlen für eine gesetzgebende Versammlung des Ovambo-Landes boykottierten: 97 % der wahlberechtigten Ovambo befolgten den Boykottaufruf der SWAPO. Denn diese Wahlen waren der erste Schritt der südafrikanischen Besatzer, Namibia in zehn Teile aufzuteilen, wobei 89 % der Bevölkerung auf einem Drittel des Landes zusammengepfercht, aber in neun verschiedene lebensunfähige "Staaten" getrennt werden sollen, während die weißen Siedler (11 % der Bevölkerung) die wirtschaftlich am weitesten entwickelten zwei Drittel des Landes für sich allein beanspruchen.

Um dies zu erreichen, versucht Südafrika, einen Stamm der schwarzen Bevölkerung Namibias gegen den anderen zu hetzen und die von Südafrika bezahlten und bestellten Häuptlinge gegen die nationale Befreiungsbewegung auszuspielen.

Die SWAPO hat es aber erreicht, alle politischen Parteien und Gruppen unter ihrer Führung in der "Nationalen Konvention Namibias" zusammenzufassen. Die Bildung dieser Einheitsfront stellt einen wichtigen Fortschritt des namibianischen Volkes in seinem Kampf gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus dar. Er wird auch die Grundlage für die Ausweitung des seit 1966 geführten bewaffneten Kampfes des Volkes von Namibia sein.

Wir fordern: Anerkennung der SWAPO als der einzigen legitimen Vertretung des Volkes von Namibia durch die BRD! Schließung des Konsulats in Namibia!

Unterstützt den Kampf des Volkes von Namibia unter Führung der SWAPO!

–G., KSA Heidelberg–

Der Befreiungskampf in Oman:

Eine kontinuierliche Unterstützung organisieren

Das omanische Volk, das unter Führung der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) seit zehn Jahren für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung kämpft, steht heute einer starken Übermacht von Feinden gegenüber.

Britische, jordanische und iranische Truppen halten das Land besetzt. Der omanische Sultan Quabus, von den Briten 1970 als Sachwalter ihrer imperialistischen Interessen eingesetzt, hat die Insel Mashira den US-Imperialisten zur Verfügung gestellt. Diese Insel liegt im Indischen Ozean vor der Küste Omans. Und seit einigen Monaten arbeiten amerikanische Berater in Oman.

Der Befreiungskampf des omanischen Volkes begann am 9. Juni 1965 mit einem bewaffneten Aufstand in der westlichen Provinz Dhofar. Innerhalb weniger Jahre wurde die gesamte Provinz – bis auf die Provinzhauptstadt Salalah und deren nähere Umgebung – von der Herrschaft der britischen Imperialisten und der Marionettenverwaltung befreit. Sie mußten es geschehen lassen, daß wenige Tausend Menschen sie aus ihren Stützpunkten verjagten, mußten zulassen, daß diese Menschen eine selbständige demokratische Herrschaft über das befreite Land errichteten.

Unter Führung der PFLO vertrieben die Volksmassen die britischen Anti-Guerilla-Einheiten und deren ausländische Söldner, nahmen sie die "Red Line" (Rote Linie), die einzige Verbindungsstraße zwischen Salalah und dem nördlichen Teil Omans, in ihre eigene Gewalt. Sie machten Wasserstellen und Weideplätze – alte Streitobjekte zwischen rivalisierenden Stämmen – zu Gemeineigentum, bauten die erste Schule, die erste Straße und das erste Gesundheitszentrum in Dhofar.

Die Mitglieder der Befreiungsfront und ihrer bewaffneten Einheiten standen an erster Stelle in diesem Kampf um den Aufbau des Landes, der ärmsten und rückständigsten Provinz von Oman. Auf Initiative der PFLO entstanden Volksräte. Die sind demokratische Organe der Volksherrschaft, die aus der Mitte der Dorfbewohner gewählt werden. Sie werden mit der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten beauftragt. Die Beseitigung des Analphabetentums wurde von der Befreiungsfront in Angriff genommen. Heute können 75 % der Mitglieder der Volksarmee und der Miliz lesen und schreiben. Die Imperialisten und ihre einheimischen Helfershelfer haben bewußt verhindert, daß das Volk lesen und schreiben lernt. Das Analphabetentum haben sie für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft benutzt.

Die Frauen wurden aufgerufen, sich am Kampf zu beteiligen. Für viele war das der Anfang des Weges, der aus der traditionellen Unterdrückung der Frauen herausführte.

Nach der Einsetzung des Sultan Quabus 1970 verschärften sich die Angriffe gegen die befreiten Gebiete. Die Gebiete wurden militärisch abgeriegelt durch die Marionettenarmee und ausländische Truppen. Eine Wirtschaftsblockade wurde gegen Dhofar verhängt. Das führte dazu, daß die Menschen aus den befreiten Gebieten in der Stadt keine Lebensmittel und andere Güter, die sie nicht selbst herstellen können, mehr einkaufen konnten. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch systematische Zerstörung der Felder und der Wasserstellen aus der Luft. Die britische Luftwaffe unternahm Versuche, das Vieh vom Flugzeug aus zu erschießen. Die angeheuerten Söldnereinheiten unternahmen sogenannte "Säuberungskampagnen". Sie überfielen und mordeten die Bevölkerung ganzer Dörfer, verschleppten und folterten vermeintliche Kader der Befreiunsfront. Der Sultan holte immer mehr fremde Truppen ins Land. Der Höhepunkt war die Invasion von 10 000 iranischen Soldaten im Dezember 1973. Seither operieren sie dort und halten das Land besetzt.

Die Zahl der politischen Gefangenen stieg sprunghaft an. Zu Hunderten wurden Omanis im Innern des Landes, vor allem in der Hauptstadt Maskat, in die Gefängnisse geworfen; man klagt sie an, die Befreiungsfront zu unterstützen. Im April dieses Jahres wurden zahlreiche Todesurteile ausgesprochen.

Worum geht es den Imperialisten und den ausländischen Mächten, die heute Oman besetzt halten?

Oman liegt am Ausgang des arabischen Golfes, an der Straße von Hormuz, der "Schlagader des Weltölstroms", die alle 15 Minuten ein Tanker passiert. Im Westen grenzt es an die Volksdemokratische Republik Jemen, ein Land, das bis 1967 ebenfalls von den britischen Imperialisten beherrscht wurde. Das jemenitische Volk hatte lange vorher den bewaffneten Kampf aufgenommen und die britischen Imperialisten damals endgültig aus seinem Land gejagt und seitdem eine nationaldemokratische Herrschaft dort errichtet.

Aufgrund der geographischen Lage hat Oman eine Schlüsselposition. Es soll eine Bastion bleiben gegen den Befreiungskampf der arabischen



Kämpfer der Volksfront für die Befreiung Omans auf einer Versammlung

Völker. Die Zerschlagung dieses Kampfes in Oman und die Wiedergewinnung der befreiten Gebiete durch die Imperialisten und ihre lokalen Handlanger ist das Ziel der ausländischen Einmischung. Dabei hat die Kontrolle Omans für die US-Imperialisten strategische Bedeutung im Kampf um die Weltherrschaft mit der anderen Supermacht, den Sowjetrevisionisten. Denn von Oman aus ist ein großer Teil des Indischen Ozeans zu überwachen. Teile der Kriegsflotten der beiden Supermächte halten sich andauernd in diesem Gebiet auf.

Wie können wir das omanische Volk und seine Befreiungsfront in seinem gerechten Kampf unterstützen?

Der omanische Rote Halbmond hat im April aufgerufen, zur Unterstützung der politischen Gefangenen Protestschreiben mit der Forderung nach Freilassung an die UNO, an die Arabische Liga, die Menschenrechtskommission der UNO und das internationale Komitee des Roten Kreuzes zu schicken (Aufruf siehe KVZ Nr. 19). Solche Briefe sind eine bedeutende Unterstützung. Erstens wird damit dem herrschenden Sultan und seinen Folterknechten gegenüber klargemacht, daß ihre Verbrechen bekannt sind; zweitens wird betroffenen Einrichtungen wie der Arabischen Liga und der UNO-Menschenrechtskommission demonstriert, daß es zahlreiche Menschen gibt, die von ihnen ein Eingreifen zugunsten des kämpfenden Volkes von Oman erwarten; und drittens erfahren durch den Verkauf und den Versand der Postkarten mehr Menschen als bisher von den an den politischen Gefangenen in Oman begangenen Verbrechen. Je mehr Menschen für eine Unterschrift gewonnen werden können, je mehr Karten dadurch auf ihren Weg zum Bestimmungsort durch viele Hände gehen (daß diese Karten gerade von denen, die sie bei der Post sortieren, verpacken und weiterverschicken, aufmerksam gelesen werden, hat das Nahost-Komitee Heidelberg während der Postkartenaktion im Februar erfahren), desto stärker wird der Druck auf die omanische Regierung und betroffene internationale Organisationen.

Von lebenswichtiger Bedeutung ist die medizinische Hilfe für das Volk von Oman. Die erfolgreichen Sammlungen im letzten Jahr sind eine große Unterstützung gewesen. Es kommt jetzt darauf an, eine **kontinuierliche Unterstützung** zu organisieren. Das kann dadurch geschehen, daß z.B. Gruppen (Schulklassen, Abteilungen eines Betriebes, Gewerkschaftsgruppen usw.) sich zum Ziel setzen, monatlich eine bestimmte Menge eines bestimmten Medikamentes für die Unterstützung zu sammeln oder den entsprechenden Geldbetrag. Einzelpersonen können zu Daueraufträgen auf das Spendenkonto gewonnen werden, Ärzte zu regelmäßigen Medikamentenspenden.

U.T.

Spenden für Oman

Spendenkonto
Bank für Gemeinwirtschaft Westberlin
Nr. 10 04 70 43 05
Kennwort: Humanitäre Hilfe Dhofar

Eine Liste der gegenwärtig dringen benötigten Medikamente kann beim Nahost-Komitee Frankfurt Walter Hausmann 6000 Frankfurt Oederweg 118 angefordert werden. Sie gründet sich auf die jüngste Liste des omanischen Roten Halbmonds.

Postkarten zur Unterstützung der politischen Gefangenen (Muster siehe KVZ Nr. 22) können bestellt werden beim Nahost-Komitee Heidelberg 6900 Heidelberg Postfach 10 42 08.

Beim Nahost-Komitee Heidelberg zu bestellen:
Nahost-Zeitung Nr.4 vom 9.Juni 1975
10 Jahre Befreiungskampf in Oman
4 Seiten, A3, Preis: 0,20 DM

Postkarten "Sofortige Freilassung von Said Marzouki und allen politischen Gefangenen in Oman"
Preis: 0,50 DM

Dia-Satz zum Kampf des Volkes von Oman
ca. 60 Dias, Leihgebühr für drei Tage: 10,00 DM

800 DM bei Oman-Fest

Braunschweig. Zum Abschluß der Solidaritätswoche mit dem Befreiungskampf des Volkes von Oman und Dhofar veranstaltete der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Universität ein Fest, zu dem rund 300 Studenten kamen. Ein Film über den Befreiungskampf wurde gezeigt; anschließend fand eine Diskussionsrunde über die Aufgaben der Solidaritätsbewegung statt, während gleichzeitig ein Bazar und eine Versteigerung durchgeführt wurden. Insgesamt erbrachte das Fest 800 DM Spenden für die Volksbefreiungsfront von Oman (PFLO).

Solidarität mit Zimbabwe!

nationale befreiung 5
Freiheit für Zimbabwe
ISBN 3-88048-018-4
98 Seiten Preis: 4,50 DM

Seit 1964 führt das Volk von Zimbabwe unter Führung der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) einen bewaffneten Freiheitskampf gegen das rhodesische Siedlerregime. Neben die kontinuierliche Verbesserung der Bewaffnung und die militärische Ausbildung der ZANU trat seit 1969/70 die bewußte Einbeziehung des ganzen Volkes in den Kampf, die politische Arbeit der Nationalen Befreiungsarmee im Volk.
Seit 1972 ist keine Woche vergangen, in der nicht große Siege errungen wurden. Heute operiert die Befreiungsbewegung in einem Gebiet von etwa 130 000 Quadratkilometern, in dem 2,5 Millionen Afrikaner leben.
Zimbabwe ist der Name einer Stadt, die seit dem 13. Jahrhundert sakrales Zentrum des Königreichs Mashona war. Dieses Reich dehnte sich über das ganze Gebiet aus, das zwischen den Flüssen Sambesi und Limpopo liegt. Heute ist Zimbabwe der Name für das ganze Land, um dessen Freiheit vom rhodesischen Kolonialismus das Volk unter der Führung der ZANU kämpft.
Nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus kommt diesem Kampf heute eine besondere Bedeutung zu. Das rhodesische Siedlerregime ist die nächste Bastion, die die afrikanischen Völker stürmen müssen.
Die Broschüre enthält alle wichtigen Dokumente von der Gründung der ZANU bis zum Frühjahr 1974. Diese Dokumente reflektieren ebenfalls die langen Jahre des ergebnislosen Kampfes gegen Rassendiskriminierung, die der Gründung der ZANU vorausgingen – ergebnislos, weil er von verschiedenen Organisationen ohne Einbeziehung des Volks und ohne Aufnahme des bewaffneten Widerstandes geführt wurde.



Kambodschaner bei der Anlage von Deichen

Brief der kambodschanischen Vertretung

"An das Indochina-Komitee Heidelberg

Liebe Freunde!
Wir freuen uns, den Empfang von 27 000 DM als medizinische Hilfe vom Indochina-Komitee Heidelberg bestätigen zu können.
Wir bitten das Indochina-Komitee Heidelberg, unseren tiefen und herzlichen Dank entgegenzunehmen für diesen neuen Beweis der aktiven und dauerhaften Solidarität mit dem kambodschanischen Volk.
Wir versichern Euch, liebe Freunde, unserer freundschaftlichen Gefühle.

Der Leiter der Mission"

Dazu schreibt das Indochina-Komitee Heidelberg:
"Wir hoffen, noch in diesem Monat weitere 20 000 DM an die GRUNK überweisen zu können. Diese Beträge sind jedoch angesichts der unerhört großen Wiederherstellungs- und Aufbauaufgaben, vor denen das kambodschanische Volk steht, noch sehr wenig.

Spendenkonto Kambodscha
Nr. 437 50 92
(H. Leberl)
Bezirkssparkasse Heidelberg

Auch in der medizinischen Versorgung – vor allem der 600 000 Kriegsverletzten – steht die Regierung des Volkes vor großen Schwierigkeiten. Deshalb muß die materielle Unterstützung für das kambodschanische Volk weiter verstärkt werden."

Erfolgreiche Solidarität mit den Völkern Indochinas

Pforzheim. Am 30.5. führte die Sympathisantengruppe des KBW Pforzheim eine Veranstaltung mit dem Thema "Wie sieht nach der Befreiung Kambodschas und Vietnams der Aufbau des Sozialismus aus", durch, zu der etwa 50 Menschen kamen. Wir hatten dazu auch einen Stand in der Stadt aufgerufen und dabei Spenden gesammelt.

Die Veranstaltung hatte zum einen direkte materielle Unterstützung der Völker Vietnams und Kambodschas zum Ziel, zum anderen eine Information darüber, wie der Aufbau des Sozialismus nach der Befreiung in Angriff genommen wird. Die lebhafte Diskussion ging hauptsächlich um die Frage der neuen Demokratie, der Unterstützung der Mehrheit, der Enteignung anhand des 10-Punkte-Programms der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) und der Vorbereitung zum Aufbau des Sozialismus.

Die Solidarität und die Bereitschaft, die Völker Vietnams beim Aufbau des Sozialismus zu unterstützen, schlug sich am Ende der Veranstaltung in den Spenden der Anwesenden nieder: Es wurden insgesamt – mit der Sammlung in der Stadt – 150 DM gespendet. Zusammen mit dem Geld, das zu gleichen Teilen an die PRR und die GRUNK geht, verabschiedeten wir folgenden Brief:

An die Büros der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnam und der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas

Wir beglückwünschen Euch zum Sieg im Befreiungskampf. Um nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu kämpfen, ist eine gerechte Sache. Während des Kampfes hat Ho Chi Minh gesagt: "Ist der Sieg erreicht, erbauen wir das Land 10 mal schöner als je!" Wir haben auf der heutigen Versammlung 150 DM gesammelt, das wir auf die Spendenkonten für Kambodscha und Vietnam überweisen. Wir wollen Euch beim Aufbau einer neuen Gesellschaft unterstützen, in der das Volk seine Geschicke selbst in die Hand nimmt und die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzt.

Teilnehmer der Veranstaltung zum Sieg der Völker in Vietnam und Kambodscha in Pforzheim

Angesichts unserer noch schwachen Kräfte in Pforzheim schätzen wir diese Veranstaltung als recht guten Erfolg ein.

Sympathisantengruppe des KBW, Pforzheim

Solidaritätsfest

Hamburg. Zu einem Solidaritätsfest an der Universität anläßlich des Sieges der Völker Indochinas über den US-Imperialismus kamen rund 1 600 Menschen. Auf dem Fest, an dessen Durchführung sich zahlreiche Organisationen beteiligten – u.a. die Evangelische Studentengemeinde und das Indochina-Komitee – wurden rund 5 000 DM gespendet, die je zur Hälfte dem kambodschanischen und dem vietnamesischen Volk überwiesen wurden.

Südkorea:

Der Imperialismus unterdrückt das Volk

Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert / Niedrige Löhne / Die Massen leisten Widerstand

Nach dem Sieg der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha verstärkt der USA-Imperialismus seine verbliebenen Stützpunkte in Asien. Eine besondere Rolle spielt dabei Südkorea. US-Verteidigungsminister Schlesinger hat erklärt, daß die US-Truppen in Korea härter zuschlagen würden als "sie es während eines Teils des Vietnam-Krieges getan hätten" (Frankfurter Rundschau, 20.5.75). Gleichzeitig werden haltlose Gerüchte über einen bevorstehenden Angriff der Demokratischen Republik Korea aus dem Norden in die Welt gesetzt. Tatsächlich entfaltet die Demokratische Republik Korea gegenwärtig diplomatische Aktivitäten unter den Ländern der Dritten Welt, um den in Südkorea stationierten 42 000 Mann starken amerikanischen Aggressionstruppen das UNO-Mandat abzuerkennen. Durch alle diese Ereignisse rückt Korea zunehmend in den Blickpunkt. Der folgende Artikel gibt einen Einblick in die inneren Verhältnisse in Südkorea, die durch die Herrschaft eines brutalen Marionettenregimes unter Pak-Chung-Hi und wachsenden Widerstand im Volk gekennzeichnet ist.

Red.

Das Pak-Regime verfolgt eine Wirtschaftspolitik, wie sie viele reaktionäre Regimes in der Dritten Welt praktizieren. Zusammengefaßt lautet sie: Bauen wir mit Hilfe ausländischer Investitionen die Industrie auf, produzieren wir Waren hoher Qualität für den Export, gleichen wir damit unsere Importe aus – dann werden wir bald ein "entwickeltes Land" sein. Aber was sind die wirklichen Ergebnisse dieser Wirtschaftsphilosophie?

Abhängigkeit vom ausländischen Kapital

Der Weg der kapitalistischen Industrialisierung bedeutet auch für Südkorea, bei dem großen Mangel an einheimischem Kapital auf die schon wartenden ausländischen Kapitalisten zurückzugreifen. Die von den imperialistischen Staaten gegebene "Entwicklungshilfe" (Anleihen) reicht bald nicht mehr aus und muß außerdem mit hohen Zinsen zurückbezahlt werden. Der Schuldenberg wächst. In den "joint ventures" (Unternehmen mit "gemeinsamem Risiko") sollen nun ausländisches und südkoreanisches Kapital gemeinsam beteiligt werden. Aber wieder ist zuwenig koreanisches Kapital vorhanden, weil auch die Banken Südkoreas nicht soviel Geld zur Verfügung haben, um es den südkoreanischen Unternehmern zu leihen. Also nehmen auch sie Anleihen im Ausland auf. Damit entsteht die alte Anleihenpolitik in anderer Form von neuem, und die südkoreanische Wirtschaft gerät in immer größere Abhängigkeit. Der "Lösungsweg" – Unternehmen mit ausländischer und koreanischer Beteiligung – hat sich als Holzweg herausgestellt.

Das Pak-Regime muß aber versuchen, das Land mit Hilfe ausländischen Kapitals zu industrialisieren, und das bedeutet, Südkorea muß für die ausländischen Kapitalisten attraktiv gemacht werden. Das Kapital der imperialistischen Länder Japan, USA und BRD strömt nur dann ins Land, wenn erstens dort die größten Profite winken und zweitens in Südkorea das produziert wird, was den ausländischen Kapitalisten nützt. Aus dem ersten folgt: Die Löhne der koreanischen Arbeiter müssen möglichst niedrig gehalten werden und die Arbeiterbewegung muß unterdrückt werden, damit keine Streiks und ähnliche "Unruhen" das Herausholen der Profite trüben können. Dazu weiter unten mehr.

Aus dem zweiten folgt: In Südkorea muß für den Export produziert werden, weil die ausländischen Kapitalisten die in diesem "Niedrigstlohnland" hergestellten Industrieerzeugnisse exportieren und in den kapitalistischen Industrieländern mit größtmöglichem Gewinn verkaufen wollen.

"Um eine realistische Schau der tatsächlichen Einkommensverhältnisse in Südkorea zu ermöglichen, geben wir hier die Zahlen einer bestimmten Firma wider, die laut Aussage von Mitarbeitern der 'Urban Industrial Mission' für die Situation der arbeitenden Klasse in Korea typisch sind.

In der Textilfabrik Taehan Mo Bang Woolen Mill Factory sind 1 700 Arbeiter, meist Mädchen im Alter von 14 bis 22 Jahren, beschäftigt.

Anfängerlöhne: 200 – 250 Won pro Tag (8 Stunden)
Durchschnittslöhne: 400 – 450 Won pro Tag (8 Stunden)
Tägliche Arbeitszeit: 8 Stunden zu 100 % + 4 Stunden zu 150 % = 12 Stunden.
Sonntag: 8 Stunden zu 100 % + 10 Stunden zu 150 % = 18 Stunden.
Wöchentliche Arbeitszeit: 90 Stunden (56 zu 100 % + 34 zu 150 %)
Wochenverdienst: 2 375 – 6 020 Won (12,75 DM – 34,50 DM)
Monatsverdienst: 10 500 – 28 100 Won (60,40 DM – 161,– DM)

Folgendes muß beachtet werden:

1. Die Löhne in dieser Fabrik liegen über dem Durchschnitt, besonders der Löhne in den sogenannten Export-Freizonen.
2. Diese Mädchen arbeiten doppelt soviel wie westliche Arbeiter; die stündlichen Durchschnittslöhne betragen 0,16 DM oder weniger, bis 0,35 DM.
3. Für minimalen Lebensstandard einer vierköpfigen Familie sind 280 DM pro Monat erforderlich. Es gibt keine Sozialversicherung. Im Falle von Krankheit gibt es kein Geld. Um eine Familie mit vier Personen zu ernähren, braucht man also zwei solche Mädchen, die pro Woche 90 Stunden arbeiten!
4. Koreanische CIA-Beamte verdienen in den unteren und mittleren Rängen bis 575 DM pro Monat, also 100 000 Won! Verwaltungsberufe bei der Regierung, Aufsichtsjobs in Fabriken werden mit maximal 80 000 Won (460 DM) vergütet.
5. Die Einkommenssituation in ländlichen Gegenden liegt noch weit unter dem Durchschnitt, auch wenn man miteinrechnet, daß die Bauern einen Teil ihrer Ernte selbst verbrauchen."

Quelle: ESG-Nachrichten Nr. 79, 15.2.1975, S.82f.



Demonstration in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul

Ein Blick auf die Statistik zeigt, daß der Schwerpunkt der südkoreanischen Wirtschaft heute tatsächlich auf industriellen Fertigprodukten liegt, die für den Export bestimmt sind. Noch 1960 lag der Anteil dieser Fertigprodukte bei 18,7 %; 1972 lag er dagegen schon bei 87,7 %. Aber die Zunahme solcher Exporte macht auf der anderen Seite immer mehr Importe notwendig. Fast alle Rohstoffe für die industrielle Produktion Südkoreas müssen eingeführt werden. In der Handelsbilanz des Landes entsteht damit ein Defizit, und dieses Loch kann auch durch neue Kapitalimporte nicht mehr gestopft werden. Durch die neuerlichen Kapitalimporte tritt vielmehr jetzt auch in der Zahlungsbilanz ein Defizit auf: Für 1974 wird dieses Defizit auf 1 300 Millionen US-Dollar geschätzt.

Ein Paradies für die Imperialisten

Zum ersten Punkt, den für die ausländischen Kapitalisten "günstigen Bedingungen": Hier müssen neben allgemeinen Tatsachen wie zum Beispiel der, daß ein koreanischer Arbeiter nur ein Drittel vom Lohn seines japanischen Kollegen bekommt, besonders die sogenannten "Export-Frei-Zonen" genannt werden. Durch die Einrichtung dieser Zonen will die Pak-Diktatur ausländische Kapitalisten anziehen – und dies gelingt ihr auch. Was sind die "Export-Frei-Zonen"?

Von den normalen Industrieansiedlungen Südkoreas unterscheiden diese Zonen sich dadurch, daß erstens die in ihnen produzierten Güter ausschließlich für den Export bestimmt sind und daß zweitens die Imperialisten, die dort Fabriken errichten lassen, von folgenden Verpflichtungen "frei" sind: davon, Steuern zu zahlen; umständliche Verfahren für die Ein- und Ausfuhr von Rohmaterialien befolgen zu müssen; ihre Firmen der Regierungsaufsicht zu unterstellen; die ausländischen Kapitalisten sind ferner von der "Sorge" befreit, irgendwann einmal auf die billige Arbeitskraft in diesen Zonen verzichten zu müssen – die Regierung garantiert nämlich dafür; auch brauchen sie sich um die Erschließungskosten keine Gedanken zu machen und müssen nicht die üblichen Preise für die Grundstücke, Wohnungen und Energie zahlen. Und schließlich ist in diesen Zonen jede gewerkschaftliche Aktivität verboten, besonders der Streik.

Elend für die Volksmassen

Der Weg der kapitalistischen Industrialisierung bedeutet für Südkorea außer der immer größeren Verschuldung, daß

- die Inflation aus den imperialistischen Ländern mit eingeführt wird. So aus Japan eine 30-prozentige Inflation;
- die Entwicklung des Inlandsmarktes vernachlässigt wird, da besonders der Landwirtschaft keine Beachtung geschenkt wird. So mußten aus den USA 1974 für 400 Millionen Dollar Lebensmittel eingeführt werden;
- Erzeugnisse, die Südkorea selbst dringend braucht, nicht oder kaum produziert werden.

Weiter bedeutet der kapitalistische Weg, daß die Menschen in die Städte gerissen werden, wo sie die ihnen versprochene Arbeit häufig nicht finden. Ergebnis ist das wachsende Heer der Arbeitslosen, während zugleich die Bevölkerung der Städte anschwillt. Zum Beispiel Seoul 1953: 2,5 Millionen Einwohner, 1974: 6,5 Millionen. Das Land verödet, und die Städte werden zu Ballungszentren neuen sozialen Elends.

Was die Gesundheitsfürsorge betrifft, so kommen auf dem Land auf einen Arzt ungefähr 12 000 Einwohner; in der Stadt ist das Verhältnis nicht ganz so krass. Alltägliche Krankheiten sind Tuberkulose (1972 1,25 Millionen Fälle), Typhus, Menengitis und Diphterie. Dabei gibt es weder Sozial- noch Krankenversicherung. Die Zahl der Arbeitslosen steigt, aber die, die Arbeit haben, können von ihren Löhnen kaum leben.

Wachsende politische Unterdrückung

Wozu führt nun die von der Pak-Diktatur verfolgte Wirtschaftspolitik der totalen Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern und wozu die von dieser Diktatur abgesicherte soziale Unterdrückung und Ausbeutung? Sie führt dazu, daß sich eine nationale Bourgeoisie nicht entwickeln kann, die Kompradorenbourgeoisie (= vom Imperialismus abhängige Bourgeoisie) den nationalen Ausverkauf weiter betreibt, die Großgrundbesitzer die Bauern ruinieren und damit die Landwirtschaft zerstören, und das Elend der arbeitenden Massen in den Städten und besonders in den "Export-Freizonen" sich immer mehr vergrößert. Dies alles kann nur gegen den Willen des Volkes in Südkorea durchgesetzt werden, und darum greift das Marionettenregime Pak zu der äußerst brutalen Form der Militärdiktatur. Diese Militärdiktatur beschäftigt allein 300 000 Agenten und Spitzel, um den heldenhaften Widerstand des koreanischen Volkes, auch im Ausland, zu brechen. Sie wird von der Bundesregierung dabei unterstützt (ebenso natürlich von den USA und Japan), wie unter anderem der stillschweigend geduldete Terror des südkoreanischen Geheimdienstes KCIA gegen Koreaner in der BRD zeigt.

Der heiße Wunsch nach Wiedervereinigung

Da der Weg einer Entwicklung zu Selbständigkeit und Unabhängigkeit Südkoreas aus objektiven Gründen versperrt ist, rückt die Frage der Wiedervereinigung mit dem Norden ganz unvermeidlich auf die Tagesordnung. Im Bewußtsein des koreanischen Volkes ist kein Problem so wichtig wie das der friedlichen Wiedervereinigung des Landes.

Das Verbot jeglicher Kontakte mit dem Norden durch das Regime in Seoul hat die brüderlichen Bande im Volk nicht unterbrechen können. Das mußte selbst das Pak-Regime erkennen. Eine Umfrage Anfang der 70er-Jahre in Südkorea ergab, daß über 90 % der Koreaner die Wiedervereinigung als dringendstes politisches Ziel ansahen.

Dieser Wunsch nach Wiedervereinigung ist eine wichtige Kraft im Kampf des Volkes gegen die Diktatur. Auch um seine wachsende internationale Isolierung zu durchbrechen, stimmte schließlich das Pak-Regime Gesprächen mit Nordkorea zu. Das Bekanntwerden dieser 1972 durchgeführten Geheimverhandlungen erfüllte viele Koreaner mit großer Freude und Hoffnung. So feierten zum Beispiel die 600 000 Exilkoreaner in Japan, die sich seit Jahren in zwei Gruppen feindlich gegenüberstehen, Versöhnungsfeste und begruben ihre Feindschaft.

Daß aber diese große Hoffnung des Volkes sehr schnell wieder enttäuscht wurde, lag an dem Verhalten des Regimes im Süden: Es zögerte die Verhandlungen hinaus und lehnte das Drängen der Nordkoreaner auf konkrete Ergebnisse als verfrüht ab. Besonders seit der Niederlage der US-Imperialisten in Kambodscha und Vietnam verstärkt die Pak-Diktatur die Kriegshysterie und versucht, der südkoreanischen Bevölkerung mit einer angeblich bevorstehenden Intervention des Nordens Angst und Schrecken einzujagen. Aber die Rechnung der Marionettenclique um Pak Chung Hi wird nicht aufgehen. Dafür mehren sich die Zeichen.

—W./M./W., Frankfurt/M.—

(Zahlen und Angaben nach: ESG-Nachrichten Nr.79, 15.2.1975, Seite 78-89; Japan-Asia Quarterly, Review AMPO 1974, Nr. 3/4)

Festveranstaltung in Köln

Zum 6. Jahrestag der Gründung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams und des 85. Geburtstages von Ho Chi Minh

Köln. Am 7.6.1975 fand anläßlich des 6. Gründungstages der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams und des 85. Geburtstages von Ho Chi Minh eine Festveranstaltung des "Initiativkomitees für Deutsch-Vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD)" in Zusammenarbeit mit dem "Komitee zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD" statt. 800 Menschen nahmen daran teil.

Es waren zwei Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) aus Ostberlin eingeladen worden.

Wieder einmal versuchte die Bundesregierung durch schikanöse Einreisebedingungen zu stören. Die eingeladenen Diplomaten sollten mehrere Tage auf den Wartebänken des Ausländeramtes zubringen und sich im Fall ihrer Einreise den Ausländergesetzen unterwerfen.

Die Weigerung der DRV-Vertreter, sich den Bedingungen der Bundesregierung zu unterwerfen, wurde von allen Anwesenden unterstützt.

Im Einleitungsbeitrag wurde weiterhin aufgezeigt, daß die materielle Unterstützung für Vietnam immer noch dringend nötig ist, da Friede auch durch die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Bedürfnisse zu befriedigen, gekennzeichnet ist.

Die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen dafür existieren zwar, doch das vietnamesische Volk hat noch große Schwierigkeiten, die durch Kolonialismus und Imperialismus künstlich geförderte Rückständigkeit und die von ihnen angerichteten Zerstörungen zu überwinden.

Deshalb ist es auch wichtig, daß die südvietnamesischen Studenten in der BRD Gelegenheit haben, ihre Ausbildung hier zu beenden und zu einem selbstgewählten Zeitpunkt in ihre Heimat zurückzukehren, um dort ihre Kenntnisse in den Dienst des Aufbaus stellen zu können.

Unsere Aufgabe ist es, jedem Versuch der Bundesregierung, dies durch Ausweisungen zu behindern, entgegenzutreten.

Nach dem Einleitungsbeitrag folgte die Rede eines Vertreters des "Komitees zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD", der betonte, daß sich die in der BRD lebenden Vietnamesen hier am Kampf für ihr Land beteiligen.

Danach folgte der Bericht eines Indochina-Komitee-Mitglieds, das von der Provisorischen Revolutionären Regierung eingeladen worden war, Zeuge der endgültigen Befreiung Südvietnams zu sein.

Er schilderte die friedliche Einnahme Saigons, die er unter ständigem Schutz von FNL-Kämpfern miterleben konnte und das Aufblühen des Lebens in Saigon.

Der Wunsch nach Vereinheitlichung der Solidaritätsbewegung zeigte sich auch an den vielen Grußadressen (des holländischen Komitees "Wissenschaft und Technik", der Indochina Peace Campaign, des Vietnam-Komitees für Friede und Befreiungskampf, der Hilfsaktion Vietnam und der Indochina-Komitees in der BRD).

Anschließend wurde ein Dokumentarfilm, der am beispielhaften Leben Ho Chi Minhs die Entwicklung der richtigen und zum Sieg führenden Linie im Befreiungskampf zeigte, vorgeführt.

Zum Abschluß spielte die Theatergruppe der Union Vietnamesischer Studenten in der BRD einige Szenen und Lieder aus dem Befreiungskampf, in denen zum Ausdruck kam, daß der Sieg nur durch die Einheit des Volkes und die Entschlossenheit, für Unabhängigkeit und Freiheit zu kämpfen, errungen werden konnte.

Es wurden rund 1 900 DM gespendet.

P.K., Indochina-Komitee Heidelberg

Gegen Verabsolutierung bürgerlicher Rechtsvorstellungen durch die trotzkistische GIM

„Was tun?" – sich in die Metaphysik flüchten!

In der trotzkistischen Zeitung "Was tun?" ist in der letzten Zeit einiges durcheinandergegangen. Keine Einheit bestand darüber, wie der Kampf gegen den § 218 nach dem Karlsruher Urteil weiter geführt werden kann. Jetzt nimmt das Politische Büro der trotzkistischen GIM (Gruppe Internationaler Marxisten) selber Stellung.

Gleichzeitig soll diese Stellungnahme eine "erste Antwort" auf die Polemik in der KVZ Nr. 20 sein. Diese Antwort ist so großartig, daß man gespannt darauf sein muß, was aus dieser Ecke als zweite oder dritte Antwort noch alles kommen wird. Ausgegangen wird von folgender Feststellung:

Es sei offensichtlich, *"daß es sich bei dem Recht der Frauen, darüber zu entscheiden, wieviele Kinder sie kriegen wollen, um ein elementares Recht handelt, das ihr niemand, weder die sieben Richter noch 51 % der Bevölkerung, absprechen kann. Dementsprechend ist unsere Forderung nach dem Recht auf Abtreibung bedingungslos, d. h. wir können vor diese Forderung nicht die Bedingung setzen, daß 51 % der Bevölkerung dem zustimmen."*

Was liegt hier vor? Es liegt hier eine Verabsolutierung der bürgerlichen Rechtsvorstellungen vor. Dies wird für radikal gehalten. Die Schwangerschaft wird behandelt als eine Privatangelegenheit der Frau und der Foetus und das Kind werden behandelt als Privateigentum der Frau, so wie die Frau selber in der bürgerlichen Familienideologie noch immer als Privateigentum des Mannes behandelt wird. Dementsprechend wird das Recht auf Abtreibung, das in diesem Verständnis nichts anderes ist als die Konsequenz aus dem Recht auf Eigentum am Kind, ebenso zur "bedingungslosen Forderung" wie das Recht auf Eigentum in der bürgerlichen Gesellschaft in allen anderen Fragen bereits bedingungslos gilt.

Wir Kommunisten gehen diese Frage ganz anders an. Wir sagen, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln durch die soziale Revolution des Proletariats beseitigt werden muß und daß im Laufe dieser Revolution auch mit allen bürgerlichen Vorstellungen gebrochen werden wird. Ziel dieser sozialen Revolution der Arbeiterklasse ist die klassenlose Gesellschaft, das heißt die freie Assoziation freier Individuen. Es ist klar, daß in einer solchen Gesellschaft das Recht auf Abtreibung jeden Sinn verliert, genauso wie die bürgerliche Vorstellung des Kindes oder des Foetus als Privateigentum der Frau. Dieses Recht ist genauso wenig bedingungslos wie das Recht auf Privateigentum überhaupt und die bürgerlichen Rechtsvorstellungen.

Vielmehr ist das Recht auf Eigentum durch die bürgerliche Gesellschaft bedingt und in der bürgerlichen Gesellschaft ist es notwendig, das Recht auf Abtreibung bzw. die Beseitigung des Verbots der Abtreibung durchzusetzen, weil unter der Herrschaft des Privateigentums, der Ausbeutung und Unterdrückung durch die herrschende Klasse, das Abtreibungsverbot ein zusätzliches Mittel ist, um die besitzlosen und unterdrückten Klassen und insbesondere die Frauen aus diesen Klassen zu verfolgen und zu schikanieren.

Wenn wir für die Beseitigung des § 218 eintreten, dann treten wir jedoch nicht dafür ein, daß die Schwangerschaft eine Privatangelegenheit der Frau sein soll, und der Foetus oder das Kind das Privateigentum der Frau. Eine solche durch und durch kleinbürgerliche Auffassung lehnen wir ab. Als "bedingungslose Forderung" auf's Panier gehoben ist sie nichts anderes als die Thronerhebung des Kleinbürgertums und seiner Moral.

Wir Kommunisten sagen umgekehrt: Unter der Herrschaft des Privateigentums ist die Beseitigung des § 218 für die besitzlosen und unterdrückten Klassen notwendig. Mit der Beseitigung des Privateigentums durch die soziale Revolution der Arbeiterklasse wird sich diese Frage von selber erledigen, denn sie erwächst aus der bürgerlichen Gesellschaft, die einfachste gesellschaftliche Tätigkeit, die Fortpflanzung, für die besitzlosen und unterdrückten Klassen zu einer Kostenfrage wird, mit der die einzelne Frau oder die einzelne Familie fertig werden soll und oft nicht fertig werden kann.

Nichts davon also, daß für Kommunisten und die besitzlosen Klassen das "Recht auf Abtreibung" eine bedingungslose Forderung wäre. Vielmehr ist sie bedingt durch die bürgerliche Gesellschaft und den bürgerlichen Staat, der diese Gesellschaft und ihre Grundlage, das private Eigentum an den Produktionsmitteln, verteidigt.

Aus seinem kleinbürgerlichen "bedingungslosen" Postulat folgert das Politische Büro der GIM dann folgenden Unsinn:

"Dies (das heißt die "bedingungslose Forderung" auf das Recht auf Abtreibung) ist aber unvereinbar mit der Forderung: 'Das Volk soll entscheiden.' Wir können nicht gleichzeitig sagen: Das Abtreibungsverbot muß bedingungslos weg! und: Das Volk soll selber entscheiden, ob es weg soll oder nicht!"

Nachdem die "bedingungslose Forderung" nach dem Recht auf Abtreibung erst einmal in den Himmel der reinen Ideen gehoben worden ist, ist es offensichtlich auch nicht mehr erstaunlich, daß das Volk, das unter dem § 218 leidet, nicht unter der Forderung "Das Volk selber soll entscheiden!" gegen die Verteidiger des § 218 antreten darf: die herrschende Klasse und den bürgerlichen Staat. Es soll darauf warten, bis die "bedingungslose Forderung" vielleicht von allein aus dem Himmel der reinen Ideen heruntersteigt und das Volk durch ihre Leibwerdung beglückt. Man sieht: Aus der "bedingungslosen Forderung" der GIM ist unter der Hand ein bedingungsloses Verbot für die Volksmassen geworden, für ihre Interessen und ihren Willen einzutreten. Diese Menschheitsbeglücker aus gutem kleinbürgerlichen Holz sind in Wirklichkeit schlimme Feinde des Volkes. Selten haben sie das in dieser Deutlichkeit in einem offiziellen Dokument zum Ausdruck gebracht.

In Wirklichkeit geht es beim Kampf gegen den § 218 nicht um irgendwelche großartige Ideen und "bedingungslose Forderungen". Vielmehr geht es um gesellschaftliche Verhältnisse und politische Tatsachen. Die herrschenden Verhältnisse zwingen jährlich Zehntausende von Frauen aus den besitzlosen Klassen zur Abtreibung. Sie werden durch den § 218 in die Hand von Kurpfuschern und Halsabschneidern getrieben und obendrein verfolgt und mit Strafe bedroht. Dieser Paragraf 218 ist von der herrschenden Klasse gemacht und wird durch den bürgerlichen Staat verteidigt.

Daraus folgt, daß die Volksmassen diesen Paragrafen im Kampf gegen die herrschende Klasse und den bürgerlichen Staat beseitigen müssen. Das wollen sie auch tun. Das taktische Mittel hierzu ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Forderung nach einem Volksentscheid, und niemand hat bisher ein anderes wirksames Mittel angeben können. Gelingt es den Vlksmassen, den § 218 zu beseitigen, dann ist dies ein großer politischer Erfolg. An den Verhältnissen, die die besitzlosen Klassen und die Frauen aus diesen Klassen immer wieder zur Abtreibung zwingen, wäre dadurch noch nichts geändert. Darauf kommt es aber letzten Endes an und jeder politische Erfolg im Kampf gegen die herrschende Klasse und den bürgerlichen Staat wird einen Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel bedeuten, das den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie vorausssetzt.

–J.S.–

17. Juni – Feiertag für die westdeutsche Bourgeoisie

Welchen Grund hatte eigentlich die westdeutsche Bourgeoisie, den 17. Juni zum Feiertag, zum "Tag der Einheit" zu erklären? Was gab es zu feiern und zu gedenken an diesem Tag? Die Bourgeoisie feiert an diesem Tag eine Niederlage des Sozialismus in der DDR und gedenkt ihrer Hoffnung, die Einheit Deutschlands unter ihrer Regie und zur Vergrößerung ihrer Macht wiederherzustellen. Von Anfang an hat die westdeutsche Bourgeoisie versucht, zu diesem Zweck auch die westdeutsche Arbeiterklasse vor ihren Karren zu spannen und hat ihr am 17. Juni arbeitsfrei gegeben – das will etwas heißen. An diesem Punkt kennen die Kapitalisten sonst keine Rührseligkeit. Es sind handfeste Absichten, die sie verfolgen. Dieser freie Tag war dazu da, eine breite antikommunistische Hetze zu entfalten und die Arbeiter aufzufordern, bei gegebener Gelegenheit unter imperialistischer Flagge die "Brüder im Osten" zu "befreien". Inzwischen sind diese Töne schwächer geworden. Die westdeutsche Bourgeoisie hat mit der neuen Ostpolitik seit Mitte der 60er Jahre auf eine andere Taktik umgestellt, die weniger offene Konfrontation, dafür mehr indirekte Einflußnahme auf wirtschaftlichem, ideologischem Gebiet anvisiert. Prompt ist seither auch im Gespräch, den arbeitsfreien Tag wieder abzuschaffen.



17. Juni 1973: Arbeiter und Angestellte demonstrieren zum Regierungsviertel

Schlechte Ausgangsbedingungen in der DDR

Die westdeutschen Imperialisten haben sich die Widersprüche in der DDR zunutze gemacht, um den Arbeitern in Westdeutschland den Wunsch nach dem Sozialismus madig zu machen, der nach dem Krieg auch hier stark war. Sie hat behauptet, daß die Arbeiter in der DDR nicht nur schlechter leben würden als in der BRD, sondern auch noch rechtloser und unterdrückter seien als hier. An beidem war etwas dran, sonst hätten auch die Lügen und Schauermärchen hier keinen derartigen Anklang gefunden, der den Kommunisten heute noch zu schaffen macht. Die wirtschaftlichen Bedingungen waren in der sowjetischen Besatzungszone von Anfang an viel härter als in den Westzonen. Die Wirtschaftsstruktur war ungünstig, im Gegensatz zu den Westzonen mußten hohe Reparationsleistungen erbracht werden (die erst nach dem 17. Juni von der UdSSR vollends erlassen wurden), es strömte kein ausländisches Kapital ins Land usw. Bei solchen Schwierigkeiten war klar, daß der Weg zum Sozialismus nur auf der Grundlage eines hohen politischen Bewußtseins über das Ziel und die Schwierigkeiten auf dem Weg dahin beschritten werden konnte. Von vornherein mußte der Aufbau des Sozialismus eine Sache der Masse der Arbeiter sein – oder er mußte mißlingen. Dazu war wesentlich, daß die Arbeiter und die übrigen Werktätigen an allen Entscheidungen beteiligt waren und sie trugen. Am 17. Juni 1953 zeigte sich, daß das nicht der Fall war. Was passierte?

Arbeiterdemonstrationen gegen Erhöhung der Normen

Am 16. und 17. Juni 1953 kam es zu großen Demonstrationen in Berlin und in anderen Städten der DDR, an denen ca. 300 000 bis 400 000 Menschen, vorwiegend Bau- und Industriearbeiter, teilnahmen. Der Auslöser war die zehnprozentige Heraufsetzung der Normen (Arbeitsanforderungen) durch das ZK der SED, verbunden mit der Bestimmung, daß gleichzeitig auch die Löhne gesenkt werden könnten. Diese Verschärfung des Arbeitstempos sollte nicht durch Überzeugung, sondern durch Zwang, durch Verordnungen von oben durchgesetzt werden. So sollte eine neue Steigerung der Arbeitsproduktivität erzwungen werden, um im Aufbau des Sozialismus schneller vorwärts zu kommen. Ulbricht sagte schon 1949, die radikalste Aufgabe, die die Arbeiterklasse zu lösen hätte, sei die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Damit sei *"die führende Rolle der Arbeiterschaft ... täglich zu verwirklichen".* (Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 404) Danach sind die Arbeiter für die Produktion da. In die Politik werden sie nicht systematisch hereingezogen. Die erledigte für sie die Partei, die SED.

Die Diktatur des Proletariats in der DDR war nicht allseitig

Wie aber war die politische Macht organisiert, die die Entscheidungen fällte? Die KPD und ab 1946 die SED hatte die Arbeiterklasse nach dem Krieg nicht darauf orientiert, ihre eigene Macht zu entfalten und für eine proletarische Demokratie zu kämpfen nach dem Vorbild der Pariser Kommune, in der die Macht unmittelbar vom Volk ausgeübt wird und mit der die Arbeiterklasse die soziale Umwälzung vollziehen kann. Stattdessen gab sie als nächstes Ziel den Ausbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, in welcher der bürgerliche Staat noch existierte, aus dessen Apparat die Faschisten aber hinausgeworfen werden; der im übrigen aber vom Volk abgehoben bleibt. Die Demokratie sollte durch ein Parlament verwirklicht werden, wo das Volk kaum besser kontrolliert werden konnte als der westdeutsche Bundestag heute. Das Volk sollte alle 4 Jahre wählen, sonst aber keine oder kaum Rechte der direkten Machtausübung haben.

Während die proletarische Demokratie dazu da ist, eine wirkliche Volksherrschaft unter der Führung der Arbeiterklasse zu entwickeln und zu verhindern, daß wieder ein Staat entsteht, der dem Volk im Nacken sitzen kann, ist die bürgerliche Demokratie dazu da, Demokratie vorzutäuschen und alle entscheidenden Fragen einer herrschenden Clique zu überlassen, die die Aufträge der Kapitalisten ausführt. Die Aktivität des Volkes wird behindert und gelähmt. Sie ist aber die wichtigste Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus.

Die DDR gab sich unter der Führung der SED 1949 eine parlamentarische Verfassung, wie schon zuvor in den einzelnen Ländern. Die Kommunisten waren im Rahmen dieser politischen Formen darauf aus, die wichtigsten Machtpositionen zu besetzen (in der Verwaltung, Polizei usw.), was ihnen gelang – nicht ohne Mithilfe der Besatzungsmacht. Viele Kommunisten weigerten sich, das zu tun, wie der DDR-Historiker Thomas (Berlin 1967) berichtet – aus einem ganz richtigen Klasseninstinkt heraus, daß man die Staatsmaschine nicht einfach übernehmen kann. Die SED sah so den Weg zur Errichtung des Sozialismus geebnet. In Wirklichkeit isolierten sich ihre Funktionäre immer mehr von den Massen. Sie konnten nicht direkt gewählt werden, nicht abgewählt und kaum zur Rechenschaft gezogen werden. So entwickelten sich an allen Ecken und Enden Karrierismus, Privilegien, Kommandiererei, auch Unterdrückung. Was nicht heißt, daß nicht noch 1953 eine sehr große Zahl der Funktionäre ernsthaft versuchte, sich für den Sozialismus einzusetzen.

Die Partei versteckt sich

Als aber am 16. Juni die erste, disziplinierte Arbeiterdemonstration vor den Regierungssitz zog und Rechenschaft verlangte, versteckten sich die führenden Funktionäre bis auf eine Ausnahme (Fritz Selbmann) und kamen erst wieder zum Vorschein, als die sowjetischen Truppen den Aufruhr unterdrückt und die zahlreich vom Westen herübergeschickten Provokateure festgesetzt und davongejagt hatten. Kein Wunder, daß sich Parolen wie nach dem Sturz der Regierung durchsetzen konnten. Das war nicht die Regierung der Arbeiter. Es war allenfalls eine Regierung für die Arbeiter, ausgestattet mit einem bürgerlichen Staatsapparat zur Durchführung einer Erziehungsdiktatur über die Massen. So konnte der seit 1952 proklamierte Sozialismus nicht weiterentwickelt werden.

Seitens der rebellierenden Arbeiter ziemlich unbewußt ging es am 17. Juni um die Macht im Staat. Ohne das klare Ziel einer proletarischen Demokratie als Organisationsform der Diktatur des Proletariats konnte dieser Kampf zu keinem Ergebnis führen. Er blieb eine spontane Aufwallung. Ohne dieses Ziel konnte auch die SED ihre Isolation und die Isolation des Staatsapparates nicht aufheben. Sie war nicht in der Lage, Selbstkritik zu üben. Bis heute wird der Aufruhr am 17. Juni 1953 in der DDR deshalb schlicht als vom Westen gesteuerter Putsch abgetan. Die Revisionisten liegen da ganz in der Tradition. Die SED-Führung griff statt zur konsequenten Selbstkritik eher noch zu arroganten Ausfällen gegenüber der Arbeiterklasse. So in einem Gedicht des Parteidichters Kuba, das am 20. Juni im Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" veröffentlicht wurde unter dem Titel "Wie ich mich schäme" und die Bauarbeiter der Stalinallee aufforderte, *"künftig sehr viel und sehr gut (zu) mauern, ... ehe euch diese Schmach vergessen wird".*

Eins ist sicher: Am 17. Juni wurde deutlich, daß schon der Boden für die Machtübernahme des Revisionismus bereitet war. Sie ging in den Jahren bis Anfang der 60er Schritt für Schritt vor sich und die vorhandenen Umstände den vorhandenen Staatsapparat übernehmen und aus einer sozialistischen Erziehungsdiktatur in die Diktatur der Bourgeoisie umwandeln.

Daraus haben wir die Lehren zu ziehen.

–W., Ffm.–